



**Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



BBSR-Online-Publikation Nr. 06/2020

## **Regionale Lebensverhältnisse – Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands**

Das Projekt des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)“ wurde vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) durchgeführt.

ISSN 1868-0097

## IMPRESSUM

### **Herausgeber**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

### **Wissenschaftliche Begleitung**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung  
Referat I 6 – Stadt-, Umwelt- und Raumbewertung  
Antonia Milbert  
antonia.milbert@bbr.bund.de

### **Auftragnehmer**

Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen  
Elke Dahlbeck, Dr. Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner, Sarah Wettig

Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung  
der Ruhr-Universität Bochum, Bochum  
Dr. Marc Neu, Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler, Dr. David H. Gehne

### **Stand**

Juli 2020

### **Vervielfältigung**

Alle Rechte vorbehalten

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

### **Zitierweise**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Regionale Lebensverhältnisse – Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands. BBSR-Online-Publikation 06/2020, Bonn, August 2020.



Liebe Leserinnen und Leser,

sind die Lebensverhältnisse zwischen den Regionen Deutschlands gleichwertig? Diese Frage ist gesellschaftspolitisch hoch relevant und daher hoch politisch. Sie bildet die DNA des BBSR und bewegt uns nicht erst seit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Es ist eine Daueraufgabe unserer raumbezogenen Analysen, die Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands kontinuierlich zu messen und zu bewerten.

Was genau Gleichwertigkeit bedeutet, wie sie gemessen werden soll, ab wann eine nicht tolerable Ungleichwertigkeit besteht, darauf gibt es keine einfachen Antworten. Denn Gleichwertigkeit, insbesondere im regionalen Kontext, besitzt eine komplexe Mehrdimensionalität. Was wir wissen, ist, dass eine dauerhafte Ungleichwertigkeit – objektiv gemessen und subjektiv gefühlt – der Demokratie schadet. Daher hat die Bundesregierung das Thema Gleichwertigkeit in dieser Legislaturperiode zu einem ihrer politischen Leitthemen gemacht. Für das BBSR war dies Anlass, sich mit wissenschaftlicher Unterstützung noch intensiver mit einem Messkonzept als Beitrag für eine wissenschaftliche und politische Diskussion auseinanderzusetzen.

Im Folge der Gleichwertigkeitskommission sind bereits eine Reihe von Studien und Gutachten zu dieser Frage erschienen. Die Aufmerksamkeit und Resonanz auf diese Studien waren teilweise sehr hoch. Die den Studien zugrundeliegenden Annahmen und Wertungen unterscheiden sich ebenso wie die Indikatoren, deren Zusammenfassungen und Gewichtungen. Unterschiede ergeben sich auch aus Bewertung der Frage, welcher Handlungsbedarf in den Regionen besteht.

Die vorliegende Forschungsarbeit liefert einen Beitrag, um ein zielgerichtetes Monitoring zu gleichwertigen Lebensverhältnissen aufzubauen. Ziel war es, einen Vorschlag für ein Konzept zu entwickeln, mit dem sich Unterschiede in den Lebensverhältnissen messen und daraus Handlungsanleitungen für Politik und Verwaltung ableiten lassen. Wichtig war es dabei, auch die Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung aufzunehmen. Daher wurden drei Regionen bereist und das Konzept mit lokalen Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürgern besprochen. Denn Fakten sind das eine, Meinungen über Fakten und das subjektive Empfinden sind für die politische Bewertung ebenso bedeutsam.

Der Bericht schlägt ein zweistufiges Messverfahren vor. Über neun zentrale Indikatoren werden die Regionen in sieben Typen unterschiedlicher Ausgangsbedingungen eingeteilt: Wie stark schränken soziale Lagen der Bevölkerung die Handlungsfähigkeit der Kommunen ein? Welche Regionen verfügen über Agglomerations- und wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile? Wo ist der demografische Wandel besonders spürbar? Vor diesem Hintergrund sind dann sowohl objektive als auch subjektive Faktoren gleichwertiger Lebensverhältnisse zu bewerten.

Ich freue mich, dass wir mit diesem Abschlussbericht einen innovativen Diskussionsbeitrag bieten können. Das Konzept liefert eine gute Grundlage, um ein valides Monitoring gleichwertiger Lebensverhältnisse aufzubauen. Ein breiter wissenschaftlicher Konsens in der Frage eines Messkonzepts mit Schwellenwerten wäre wünschenswert, damit die Politik eine noch verlässlichere Grundlage für ihre Entscheidungen hat.

Übrigens können Sie sich bereits jetzt ganz unkompliziert über die Lebensverhältnisse vor Ort informieren. Seit Mitte Juli 2020 ist der Deutschlandatlas der Bundesregierung als interaktive Version online. Seine 56 Karten und Texte vermitteln Fakten zum Leben in Deutschland vor der Corona-Pandemie. Das BBSR hat gemeinsam mit anderen Forschungseinrichtungen des Bundes an dem Kartenwerk mitgewirkt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.



Dr. Markus Eltges

Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung .....	5
1. Einleitung .....	8
2. Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands .....	10
2.1 Postulat der Gleichwertigkeit .....	10
2.2 Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Teilräumen Deutschlands – ein Literaturüberblick .....	11
2.3 Anforderungen an ein Messkonzept gleichwertiger Lebensverhältnisse .....	17
3. Quantitative Analyse: Messung regionaler Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands .....	19
3.1 Herleitung von strukturgebenden Indikatoren und Faktoren .....	19
3.2 Indikatoren und Faktoren in zeitlicher Perspektive .....	23
3.3 Exkurs: Innerstädtische Disparitäten .....	23
3.4 Clusteranalyse und Gebietstypisierung .....	27
4. Wahrnehmung der Lebensverhältnisse in den Untersuchungsregionen .....	33
4.1 Methodisches Vorgehen .....	33
4.2 Analyse von regionalen Tageszeitungen aus den drei Untersuchungsregionen (Diskursanalyse) .....	35
4.3 Generelle Wahrnehmungen gleichwertiger Lebensverhältnisse .....	38
4.4 Spezifische Wahrnehmungen gleichwertiger Lebensverhältnisse in den drei Untersuchungsregionen .....	41
4.5 Rückschlüsse für die Ableitung von Indikatoren regionaler Lebensverhältnisse aus den Analysen in den drei Untersuchungsregionen .....	48
5. Konkretisierung eines Messkonzeptes zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands .....	51
5.1 Die zwei Stufen des Messkonzeptes .....	51
5.2 Ableitung wünschenswerter Themen und Indikatoren .....	52
5.3 Darstellung und Bewertung ausgewählter Indikatoren entlang der sieben Gebietstypen .....	58
6. Fazit und Ausblick .....	66
7. Literaturverzeichnis .....	70
8. Internetquellen .....	74
9. Anhang .....	75

**Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Gebietstypisierung Kreisregionen 2017 .....	6
Abbildung 2: Schema eines Messkonzepts zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse .....	7
Abbildung 3: Studiendesign .....	9
Abbildung 4: Stellung und Dimensionen subjektiven Wohlbefindens in der deutschen Wohlfahrtsforschung .....	11
Abbildung 5: Faktor 1: „Soziale Lage“ .....	21
Abbildung 6: Faktor 2: „Wirtschaftsintensität“ .....	21
Abbildung 7: Faktor 3: „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“ .....	22
Abbildung 8: SGB II-Quote (in %) ausgewählter Städte auf kleinräumiger Ebene 2017 .....	24
Abbildung 9: SGB II-Quote (in %) auf Ebene der 18 Gelsenkirchener Stadtteile 2017 .....	25
Abbildung 10: Lineare Regression: Alleinerziehenden-Haushalte und SGB II-Quote auf Ebene der Gelsenkirchener Stadtteile 2017.....	26
Abbildung 11: Lineare Regression: SGB II-Quote 2017 und nach Body-Mass-Index als übergewichtige/adipös erachtete Kinder in der Schuleingangsuntersuchungen 2016-2018 auf Ebene der Gelsenkirchener Stadtteile ...	27
Abbildung 12: Mittelwerte der sieben Gebietstypen in den 361 Kreisregionen bezogen auf die drei Faktoren, 2017 .....	29
Abbildung 13: Gebietstypisierung, Kreisregionen 2017 .....	31
Abbildung 14: Abweichungen der Zeitungsartikel nach Schlagworten in den drei Untersuchungsregionen vom Erwartungswert.....	35
Abbildung 15: „Themenkonjunkturen“: Strukturwandel und Lebensqualität 2014–2019.....	36
Abbildung 16: Schema eines Messkonzeptes zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse .....	51
Abbildung 17: Bildung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2017, Kreisregionen 2017 .....	60
Abbildung 18: Demografie: Lebenserwartung, Mittelwert 2015-2017, Kreisregionen 2017 .....	61
Abbildung 19: Wohnen: Angebots- und Wiedervermietungsrenten (Euro/m <sup>2</sup> ) 2017, Kreisregionen 2017 .....	62
Abbildung 20: Digitale Infrastruktur: Breitbandversorgung ab 50 Mbit/s 2017, Kreisregionen 2017 <sup>*)</sup> .....	63
Abbildung 21: Digitale Infrastruktur: Breitbandversorgung ab 50 Mbit/s 2017, Gemeindeverbände 2017 <sup>*)</sup> .....	64

**Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Übersicht des methodischen Vorgehens in (ausgewählten) neueren Studien gleichwertiger Lebensverhältnisse.....	14
Tabelle 2: Ergebnis der Faktorenanalyse zum Beobachtungsjahr 2017, Kreisregionen 2017 .....	20
Tabelle 3: Ergebnis der Faktorenanalyse zum Beobachtungsjahr 2011, Kreisregionen 2017 .....	23
Tabelle 4: Ergebnis der Clusteranalyse zum Beobachtungsjahr 2017, Kreisregionen 2017 .....	28
Tabelle 5: Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse aus Sicht der Expertinnen und Experten, Anzahl der Nennungen.....	40
Tabelle 6: Übersicht der Kernindikatoren in den drei Untersuchungsregionen und des Mittelwertes aller Kreisregionen .....	41
Tabelle 7: Nennungen von Stärken und Herausforderungen der Region Dithmarschen in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse.....	43
Tabelle 8: Nennungen von Stärken und Herausforderungen der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse.....	45
Tabelle 9: Nennungen von Stärken und Herausforderungen des Landkreis Mansfeld-Südharz in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse.....	47
Tabelle 10: Auswahl möglicher Themen für weitere deskriptive Analysen entlang der sieben Gebietstypen .....	53
Tabelle 11: Clustermittelwerte ausgewählter Indikatoren, Kreisregionen 2017 .....	59
Tabelle 12: SOEP-Indikatoren zur individuellen Zufriedenheit bezogen auf die Gebietstypen *).....	65
Tabelle 13: Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse in ausgewählten Studien.....	75
Tabelle 14: Anzahl der Zeitungsartikel nach Schlagworten.....	75

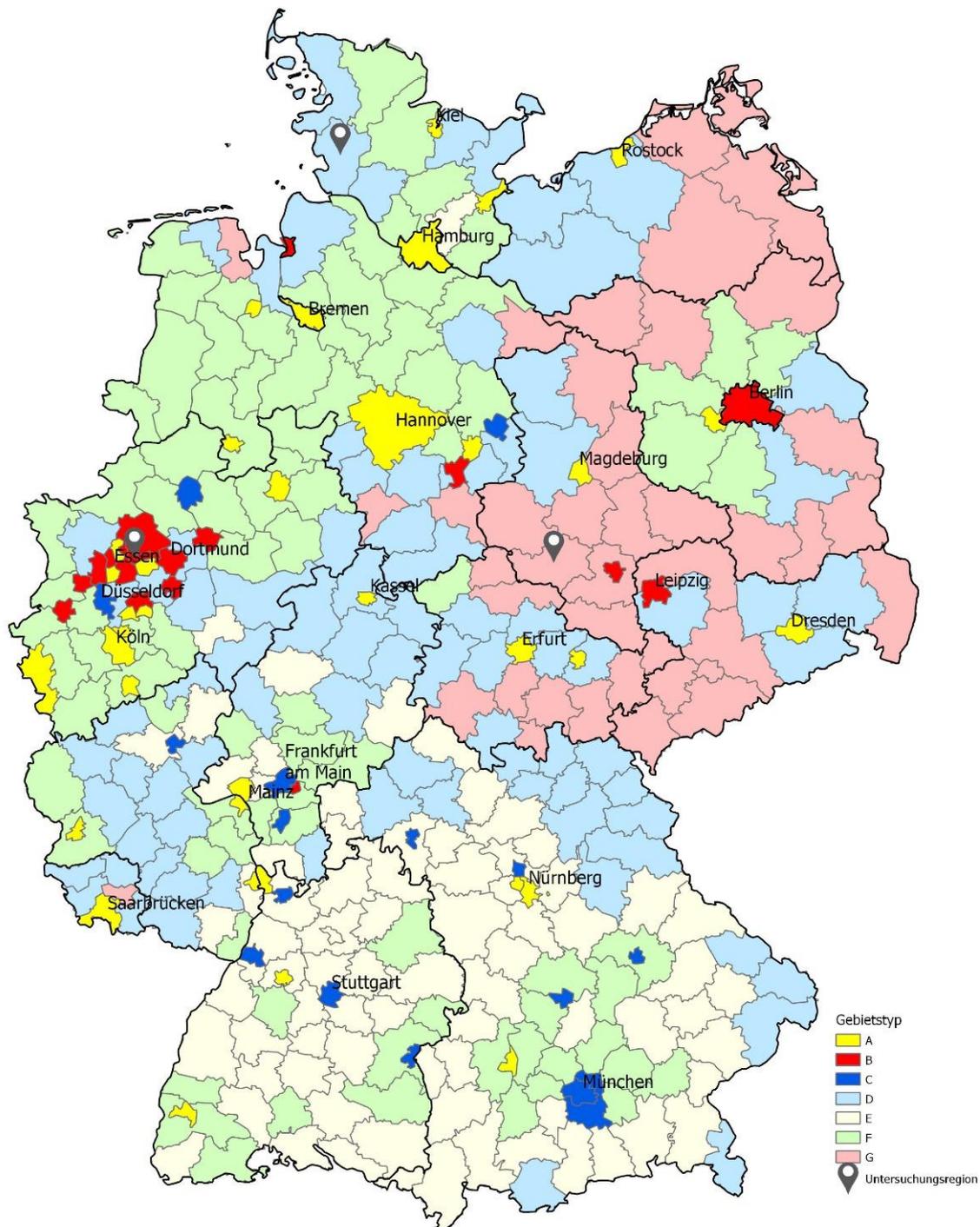
## Zusammenfassung

Im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung – Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands wird ein zweistufiges methodisches Vorgehen vorgeschlagen: In Stufe 1 werden mittels einer Faktorenanalyse die zentralen rahmengebenden Kernindikatoren bestimmt, die sich zu drei unabhängigen Faktoren „soziale Lage“, „Wirtschaftsintensität“ sowie „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“ verdichten lassen. Aufbauend hierauf erfolgt eine Gebietstypisierung der 361 Kreisregionen. Dieser räumlichen Einheit wird anstatt der üblicherweise verwendeten Ebene der 401 Kreise und kreisfreien Städte den Vorzug gegeben, da durch die Anpassung der räumlichen Größenmaße eine regionalstatistisch vergleichbare Einheit entsteht, die statistische Verzerrungen verhindert. Im Ergebnis stehen sieben Gebietstypen, die sich in ihren jeweiligen Ausprägungen bezogen auf die drei Faktoren unterscheiden:

- Gebietstyp A: „Städte mit überdurchschnittlicher Wirtschaftsintensität und erkennbaren sozialen Herausforderungen“
- Gebietstyp B: „Städte mit günstiger Altersstruktur und hohen sozialen Herausforderungen“
- Gebietstyp C: „Städte mit ausgewiesener Wirtschaftsintensität“
- Gebietstyp D: „durchschnittlich geprägte ländliche Regionen mit erkennbaren Herausforderungen bezogen auf die Altersstruktur“
- Gebietstyp E: „durchschnittlich geprägte Regionen mit erkennbar günstiger sozialer Lage“
- Gebietstyp F: „Regionen mit erkennbaren Herausforderungen der Wirtschaftsintensität und günstiger Altersstruktur“
- Gebietstyp G: „ländliche Regionen mit erkennbaren sozialen Herausforderungen, Bevölkerungsrückgang und ungünstiger Altersstruktur“

Die jeweilige Zuordnung der 361 Kreisregionen zu den sieben Gebietstypen ist Abbildung 1 zu entnehmen.

Abbildung 1: Gebietstypisierung Kreisregionen 2017



Datenbasis BBSR 2019; Geobasis DE/ BKG 2017; Berechnung ZEFIR/ Kartografie IAT.

In Stufe 2 erfolgt eine tiefere deskriptive Analyse von wichtigen Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse auf Basis der sieben definierten Gebietstypen. Diese beziehen sich sowohl auf die objektiven Faktoren der Lebensverhältnisse als auch Faktoren zur subjektiven Wahrnehmung der Lebensverhältnisse vor Ort: soziale Dienste (Bildung, Gesundheit) und technische Infrastruktur (Mobilität, Kommunikation) der Daseinsvorsorge; Nahversorgung; kommunale Finanzen; Umwelt und Natur; Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Wohlstand; aber auch „weiche“ Faktoren wie Engagement, sozialer Zusammenhalt oder auch die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Abbildung 2: Schema eines Messkonzepts zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse



Datenbasis: IAT/ZEFIR/BBSR Bonn.

Die Verwendung eines „zweistufigen“ Verfahrens (vgl. Abbildung 2) ist dabei nicht in der Art zu interpretieren, dass den Themenfeldern und Indikatoren der zweiten Ebene inhaltlich eine geringere oder nachrangige Bedeutung beigemessen wird; vielmehr ist diese Vorgehensweise sowohl aus statistischer als auch inhaltlicher Perspektive sinnvoll: Die zentralen, grundlegenden und möglichst geringe Anzahl von Indikatoren in Stufe 1 soll die strukturellen Rahmenbedingungen für die Lebensverhältnisse auf ihre wesentlichen Dimensionen reduzieren. Im Zuge der zweiten Analyseebene werden Indikatoren ausgewählt, die weitere Themenfelder gleichwertiger Lebensverhältnisse abbilden. Die im Rahmen der hier vorgenommenen Analysen bestimmten Kernindikatoren eignen sich prinzipiell auch für ein dauerhaftes Raummonitoring, da diese auch über einen längeren Zeitraum konstant sind. Eine regelmäßige Überprüfung der Stabilität und Bedeutung dieser Indikatoren erscheint allerdings von immenser Bedeutung, denn der gesellschaftliche und technische Wandel erfordert eine ständige Überprüfung aktuell bestehender Messmodelle in Hinsicht auf etwaige Bedeutungsgewinne, aber auch -verluste einzelner Indikatoren.

Voraussetzung für ein dauerhaftes Raummonitoring gleichwertiger Lebensverhältnisse ist auch ein annähernd vergleichbarer Bestand an verfügbaren Daten zu den wesentlichen Dimensionen der Lebensverhältnisse. Hierfür sollte die Datenlage im Bereich Umwelt und Natur, Kultur- und Freizeit und insbesondere in Hinblick auf die Lebensqualität und das Engagement weiter geprüft werden. Auch wenn hier erste Korrelationen zwischen Gebietstypen und der Lebenszufriedenheit aufgezeigt werden können, besteht weiterer Forschungsbedarf, um etwaige Zusammenhänge beispielsweise zwischen der Lebenszufriedenheit oder des bürgerschaftlichen Engagements der Wohnbevölkerung und der strukturellen Beschaffenheit einer Region in den Fokus zu nehmen und auch messbar zu machen. In diesem Zusammenhang ist es besonders wünschenswert, den bereits beschrittenen Weg, ein breites Datenangebot möglichst kleinräumig verfügbar zu machen – auf Ebene der Gemeinden bzw. der innerstädtischen Bezirke – weiterzuentwickeln und zur Verfügung zu stellen, um sowohl in Hinblick auf die regionale Tiefe als auch mit Fokus auf weitergehende inhaltliche Schwerpunkte Analysen zu ermöglichen.

## 1. Einleitung

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind in den Teilräumen Deutschlands nicht gegeben. Zu diesem Ergebnis kommt die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ (BMI 2019a: 10). Nicht nur der Deutschlandatlas (BMI 2019b), sondern auch zahlreiche andere aktuelle Studien zeigen, dass die regionalen Unterschiede in den Teilräumen Deutschlands zum Teil immens sind (vgl. hierzu BBSR 2017; Prognos 2018/2019; IW Halle 2018; Berlin-Institut 2019; FES 2019; IW Köln 2019). Um diesem Missstand mit geeigneten Instrumenten zu begegnen und dem gesetzlich normierten Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu entsprechen, bedarf es eines Monitorings „regionaler Lebensverhältnisse“, welches auf Basis objektiver Indikatoren sowie der Erfassung der subjektiven Wahrnehmung regionale Verhältnisse über einen längeren Zeitraum analysiert. Mit Hilfe eines solchen Monitorings können Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft befähigt werden, passgenaue Lösungen für Regionen, die besonderen Unterstützungsbedarf benötigen, zu fördern.

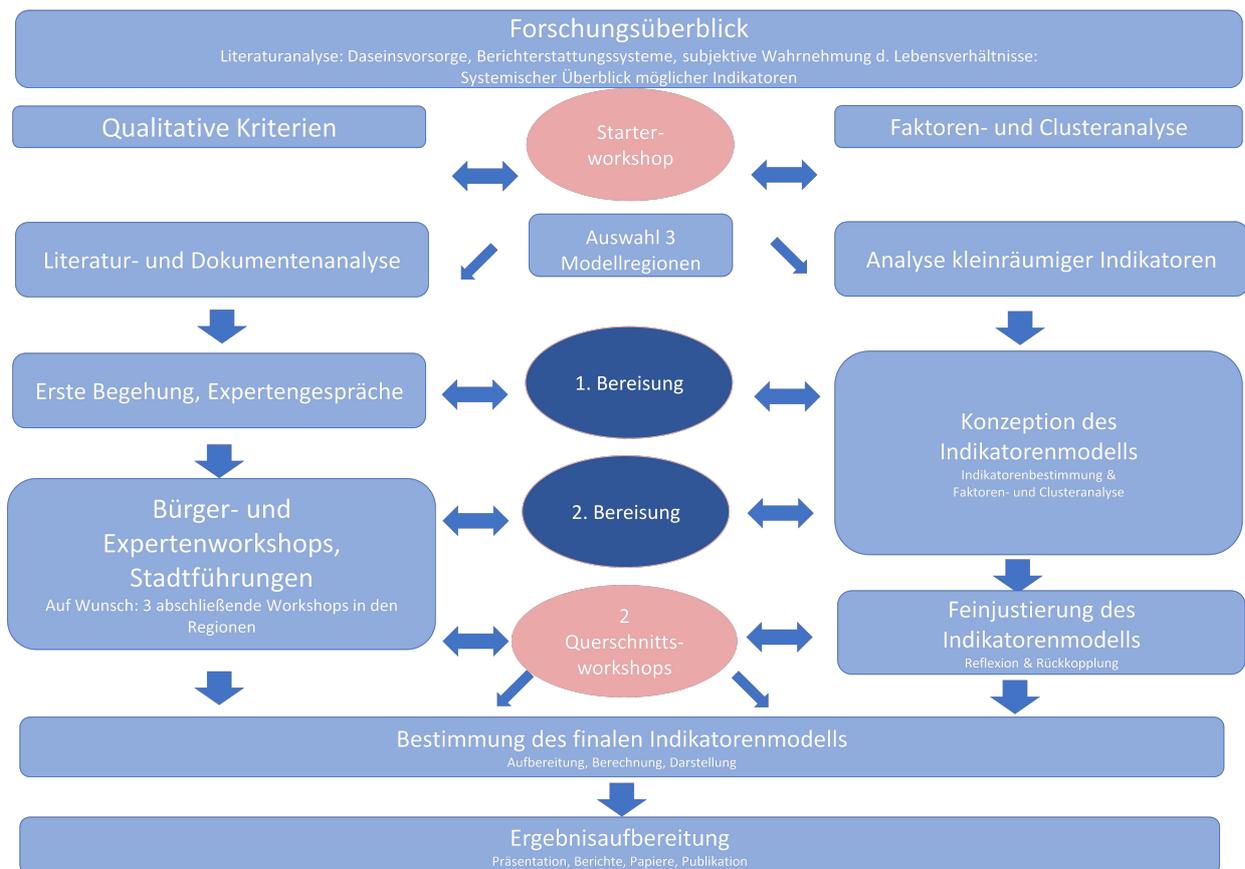
Im Rahmen des zwölfmonatigen Forschungsvorhabens „Regionale Lebensverhältnisse – Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands“ sollte ein Konzept zur Messung regionaler Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands entwickelt werden, welches folgende Fragen thematisiert:

- Welche räumliche Ebene soll gewählt werden, um ein Indikatoren- und Algorithmenkonzept „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu entwickeln?
- Welche Dimensionen/Kernbereiche sind zentral für die Beschreibung gleichwertiger Lebensverhältnisse?
- Welche Indikatoren beschreiben (un-)gleichwertige Lebensverhältnisse maßgebend?
- Welche Ursachen- und welche Wirkungsfaktoren beschreiben gleichwertige Lebensverhältnisse?
- Gibt es für die Ursachen- und Wirkungsindikatoren politisch und wissenschaftlich definierte Schwellenwerte, und/oder an welchen Zielgrößen macht sich Gleichwertigkeit fest?
- Wie sollte das Indikatoren- und Algorithmenkonzept „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gestaltet werden?
- Wie werden die Lebensverhältnisse in den Regionen von Bevölkerung und regionalen Akteuren bewertet? Stimmen diese Bewertungen mit den gemessenen Verhältnissen überein? Korreliert dies mit der Kumulation von Problemlagen?

Zur Beantwortung der oben aufgeführten Forschungsfragen wurde ein Mix qualitativer und quantitativer Methoden empirischer Sozialforschung („Fully Integrated Mixed Design“) gewählt. Abbildung 3 stellt das Forschungsdesign und das aufeinander aufbauende Vorgehen dar. Das Forschungsdesign wurde so konzipiert, dass sich qualitative und quantitative Ergebnisse aufeinander beziehen und wechselseitig beeinflussen. Im Rahmen eines Starter-Workshops wurden das Studiendesign sowie die Auswahl der drei Untersuchungsregionen präsentiert und mit Expertinnen und Experten diskutiert. Die Auswahl der Untersuchungsregionen erfolgte auf Basis einer ersten Vorab-Analyse auf Ebene der 401 Kreise und kreisfreien Städte. Es sollten als städtisch und als ländlich einzustufende Kreise in den Blick genommen werden, die aktuell von einem Strukturwandel betroffen und durch eine relativ überdurchschnittliche soziale Benachteiligung gekennzeichnet sind. Darüber hinaus sollten die ausgewählten Untersuchungsregionen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland liegen. Die Auswahl fiel auf die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen in Nordrhein-Westfalen, den Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt sowie den Landkreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein.

Die Zwischenergebnisse aus den quantitativen Analysen sowie aus den drei Untersuchungsregionen wurden in zwei Querschnittsworkshops in Bonn und Berlin mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis reflektiert. Zudem wurden die Zwischenergebnisse zusätzlich in den drei Untersuchungsregionen mit ausgewählten Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürgern präsentiert und diskutiert. Die Workshops stellten sicher, das Messkonzept auf Grundlage einer breiten Wissensbasis zu entwickeln.

Abbildung 3: Studiendesign



Quelle: IAT/ZEFIR.

Im Ergebnis der Untersuchungen steht ein zweistufiges Messkonzept: Eine Gebietstypisierung ermöglicht es, die Regionen sieben verschiedenen Typen zuzuordnen, die sich in ihren sozialen, wirtschaftlichen und demografischen Ausgangsbedingungen möglichst ähnlich und damit strukturgebend sind. Das detaillierte Vorgehen und die Ergebnisse finden sich in Kapitel 3. Die zweite Ebene des Messkonzeptes umfasst einen Vorschlag für Indikatoren, welche weitere Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse betreffen (Kapitel 5). Exemplarisch wird aufgezeigt, wie diese Indikatoren mit den Gebietstypen in Zusammenhang stehen (Abschnitt 5.3).

Die Herleitung der für das vorgeschlagene Messkonzept genutzten Indikatoren basiert auf der Auseinandersetzung mit den Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse (Kapitel 2) und einer vergleichenden Analyse ausgewählter aktueller Studien (Abschnitt 2.2).

Die ausgewählten drei Beispielregionen können drei der sieben Gebietstypen zugeordnet werden. Die Analysen und Ergebnisse in und mit den Fallstudien werden in Kapitel 4 ausgearbeitet. Die Analysen in den Regionen beinhalten eine Diskursanalyse lokaler Medien (Abschnitt 4.2), Experten- und Bürgerinterviews mit Bereisungen, die über die generelle (Abschnitt 4.3) und regional spezifische (Abschnitt 4.4) Wahrnehmung gleichwertiger Lebensverhältnisse Aufschluss geben.

In einem Fazit schließen sich in Kapitel 6 Empfehlungen für ein Monitoring gleichwertiger Lebensverhältnisse an.

## 2. Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands

### 2.1 Postulat der Gleichwertigkeit

Auch wenn in Deutschland auf Bundesebene die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht als Staatsziel verankert ist (Lechleitner 2018: 8)<sup>1</sup>, besteht jedoch ein gesetzlich normiertes Gebot zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen. Gemäß Grundgesetz (GG) Artikel 72, Abs. 2 wird dem Bund die Handlungsvollmacht bzw. Gesetzgebungskompetenz übertragen,

*„[...]wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“*

Nach der Wiedervereinigung wurde dabei dieser Passus von *Einheitlichkeit* in *Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse* geändert, was einen größeren Interpretations- und Handlungsspielraum eröffnet (vgl. Eickhof 2005: 2; Hahne 2005; Gärtner 2008). Es geht demnach nicht um gleiche, sondern um gleichwertige Lebensbedingungen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil 2002 konstatiert, dass der Bund erst dann aktiv werden darf, wenn sich die Lebensverhältnisse in erheblicher Weise voneinander unterscheiden oder sich diese Entwicklung abzeichnet (Lechleitner 2018: 8).

Des Weiteren ist auf Artikel 106 GG zu verweisen, der den Finanzausgleich zwischen den Ländern im Falle einer ungleichgewichtigen Entwicklung bestimmt. Nicht zuletzt fokussiert das Raumordnungsgesetz (ROG) in § 1, Abs. 2 auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse:

*„Leitvorstellung bei Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1 ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt.“*

Eine gewisse Konkretisierung erfolgt im § 2 des ROG entlang der Grundsätze der Raumordnung. Hier wird die Forderung eines Ausgleichs der sozialen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse gestellt (vgl. Kawka 2015: 73). Hierfür ist die *„[...] nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovationen sind zu unterstützen, [...]“* (§ 2 (2) ROG).

In Hinblick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind auch die von der Ministerkonferenz für Raumordnung verabschiedeten Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung für Deutschland (MKRO 2016) zentral; insbesondere Handlungsfeld 2 „Daseinsvorsorge sichern“ zielt durch eine systematische Nutzung des Zentrale-Orte-Systems darauf, die Daseinsvorsorge und Infrastruktur auch in dünnbesiedelten Räumen zu gewährleisten. Auch Handlungsfeld 3 „Raumnutzungen steuern und nachhaltig entwickeln“ und Handlungsfeld 4 „Klimawandel und Energiewandel gestalten“ fokussieren die Gleichwertigkeit. Dagegen zielt Handlungsfeld 1 „Wettbewerbsfähigkeit stärken“ explizit auf die regionalen Unterschiede.

Trotz Anpassung der Leitbilder an aktuelle Entwicklungen unterscheiden sich die Bereiche gleichwertiger Lebensverhältnisse kaum von den bereits 1976 durch den Beirat für Raumordnung definierten sechs Dimensionen, die zur Messung regionaler Unterschiede in Hinblick auf die Lebensverhältnisse vor Ort zentral sind (Plogmann 1977: 31 ff.): Umweltqualität, Wirtschaftsstruktur, Siedlungsstruktur, Sozialstruktur, materielle Infrastruktur sowie personelle Infrastruktur.

---

<sup>1</sup> Dagegen haben einige Bundesländer (u. a. Bayern, Brandenburg, Bremen, Berlin) das Ziel in den jeweiligen Landesverfassungen aufgenommen (Lechleitner 2018: 8).

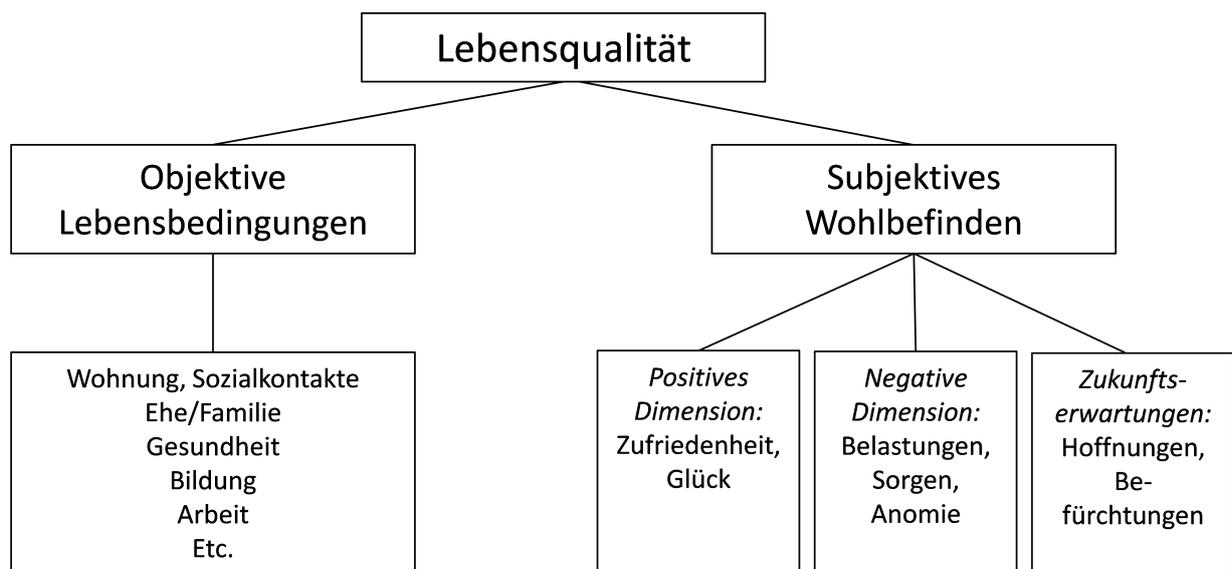
Auch die Auswertung der im Folgenden dargestellten ausgewählten Literatur weist auf diese als immer noch zentral zu betrachtenden Dimensionen hin.

## 2.2 Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Teilräumen Deutschlands – ein Literaturüberblick

### Subjektive Faktoren

Seit den 1970er Jahren wird zur Messung der Lebensverhältnisse vermehrt die subjektive Beurteilung des Wohlbefindens betrachtet (Braun 2010; Beierlein et al. 2014; Veenhoven 2017; Zapf 1977). Die quantitative „Glücks- bzw. Wohlbefindensforschung“ misst hierfür mittels (repräsentativer) Bevölkerungsbefragungen die subjektive Beurteilung der individuellen Lebenssituation. Dabei wird zwischen der affektiven Bekundung von Glück (momentane Stimmung, Freude) und der kognitiven Bewertung der Lebenszufriedenheit unterschieden (Diener 1984, zit. nach Beierlein et al. 2014). Da Glück stärker von momentanen Stimmungen und physiologischen Dispositionen abhängt, erscheint die Lebenszufriedenheit eher zur Messung der subjektiv wahrgenommenen Lebensverhältnisse geeignet. Neben den positiven Dimensionen Glück und Zufriedenheit kann das Wohlbefinden jedoch auch negativ beeinflusst werden: durch Belastungen, Sorgen oder Anomie, also dem Fehlen sozialer Normen und Regeln (vgl. Abbildung 2). Darüber hinaus wirken sich auch Zukunftserwartungen – je nachdem, ob diese durch Hoffnungen oder Ängste dominiert werden – auf das aktuelle Wohlbefinden aus.

Abbildung 4: Stellung und Dimensionen subjektiven Wohlbefindens in der deutschen Wohlfahrtsforschung



Quelle: Darstellung IAT nach Schäfers 2008: 39.

Lebenszufriedenheit wird in Befragungen unterschiedlich erhoben; sowohl in Hinblick auf die Anzahl der Fragen als auch in Bezug auf die konkreten Fragestellungen und Antwortoptionen. Die Erhebungsunterschiede erschweren Zeitreihen- und Ländervergleiche (Beierlein et al. 2014). In Deutschland ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) (Zapf/Schupp/Habich 1996) eine wichtige, seit 1984<sup>2</sup> bestehende, Längsschnitterhebung von Haushalten und deren Bewohner ab 17 Jahren. Im Rahmen der umfangreichen Befragung wird die Lebenssituation der Haushalte bzw. der darin wohnenden Personen erhoben. Im Jahr 2017 umfasste die Stichprobe rund 15.000 Haushalte und rund 33.000 Personen bundesweit.

<sup>2</sup>Bis 1989 lief die Befragung nur in Westdeutschland.

Zur Messung der Lebensqualität wird auf die Lebenszufriedenheit insgesamt abgezielt:

*„Zum Schluss möchten wir Sie noch nach Ihrer Zufriedenheit mit Ihrem Leben insgesamt fragen. Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben? (Antworten Sie bitte wieder anhand der folgenden Skala, bei der "0" ganz und gar unzufrieden, "10" ganz und gar zufrieden bedeutet.)“ (Kantar public 2018: 37).*

Darüber hinaus werden noch spezifische Bereiche in Hinblick auf die Zufriedenheit abgefragt: Gesundheit, Schlaf, Arbeit, Tätigkeit im Haushalt, Haushaltseinkommen, persönliches Einkommen, Wohnung, Freizeit, Kinderbetreuung, Familienleben, Wohngegend sowie das soziale Sicherungsnetz in Deutschland (Kantar public 2018: 4). Weil jedes Jahr die gleichen Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends besonders gut verfolgt werden (Liebig/Schupp/Goebel et al. 2019).

Das SOEP ist darauf angelegt, repräsentative Paneldaten für Deutschland zu erhalten. Für Teilräume kann die Fallzahl für repräsentative Aussagen zu niedrig sein, so dass auf regionaler Ebene nur sehr bedingt Analysen mit dem SOEP möglich sind. Es fehlt jedoch an alternativen Befragungen und Studien für die Teilräume in Deutschland, welche die subjektive Beurteilung der Lebenszufriedenheit regional tiefergehend thematisieren. So wurde im Rahmen einer BBR-Befragung die Zufriedenheit insgesamt sowie mit verschiedenen Themenbereichen (Wohnumfeld, wirtschaftliche Lage) erhoben. Eine Auswertung war allerdings nur zwischen West- und Ostdeutschland, für die Bundesländer und für die Stadt und Gemeindetypen des BBSRs möglich (Böltken et al. 2015). Die Befragung wurde 2012 letztmalig wiederholt und dann eingestellt.

Anhand der BBR-Befragung untersuchten Kawka und Sturm (2006) die allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Leben in Ost- und Westdeutschland für die Jahre 1993, 1998 und 2003. Der Anteil der Zufriedenen lag 1993 in Westdeutschland bei 59 % und in Ostdeutschland bei 34 %. 1998 blieb der Wert für Westdeutschland auf gleichem Niveau; in Ostdeutschland lag er bei 54 %. 2003 sank der Wert in beiden Teilen Deutschlands ab: in Westdeutschland auf 53 % in Ostdeutschland auf nur noch 40 %. Als Grund hierfür machen die Autoren die steigende Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage aus. Die Zufriedenheit mit dem Wohnort ist stark davon geprägt, ob die Befragten in schrumpfenden oder wachsenden<sup>3</sup> Gemeinden wohnen, und zwar auch unabhängig von der eigenen wirtschaftlichen Lage. So waren nur gut 30 % der Befragten in stark schrumpfenden Gemeinden mit ihrem Wohnort zufrieden oder sehr zufrieden. In stark wachsenden Gemeinden gaben hingegen über 60 % an, zufrieden oder sehr zufrieden zu sein (Kawka/Sturm 2006: 313). Parallel bemühten Kawka und Sturm (2006) eine Onlinebefragung durch McKinsey und ermittelten zwei weitere Gründe, welche die subjektive Beurteilung der Lebensqualität in 117 deutschen Teilräumen bedingen. So sind eine hohe Arbeitslosenquote und ein negativer Wanderungssaldo der 18- bis unter 30-Jährigen mit einer negativeren Beurteilung assoziiert.

Ungeachtet der Herausforderung, die Vergleichbarkeit der Erhebung der subjektiven Beurteilung des Wohlbefindens zu gewährleisten, hat sich ein breites und diverses Forschungsfeld etabliert, welches Faktoren identifiziert, die das subjektive Wohlbefinden beeinflussen (Dolan/Peasgood/White 2008; Geerling/Diener 2018; Steel/Uggerslev/Bosco 2018). Hierbei existieren neben zahlreichen Studien auf Individualebene auch Studien, die auf Ebene von Nationalstaaten (Veenhoven 2011; Helliwell/Layard/Sachs 2018) oder (weniger häufig) auf Ebene von Regionen, Städten und Nachbarschaften (Fitz/Lyon/Driskell 2016) Zusammenhänge analysieren. Ohne dem Anspruch einer Metastudie genügen zu können, werden im Folgenden ausgewählte Merkmale aufgeführt, die das subjektive Wohlbefinden laut internationaler Studien beeinflussen können:

- Ein als gut empfundener **Gesundheitszustand** ist positiv mit dem subjektiven Wohlbefinden assoziiert (Puntscher et al. 2015; Ngamaba/Panagioti/Armitage 2017), wobei der Zusammenhang nach einer aktuellen Metastudie als mittelstark ausgeprägt (Bestimmtheitsmaß pooled  $r = 0,347$ ) gelten kann (Ngamaba/Panagioti/Armitage 2017).

<sup>3</sup> Nach einer BBSR-Klassifikation, welche u. a. Bevölkerungsentwicklung, Wanderungssaldo und Arbeitslosenquote berücksichtigt.

- **Hohes Einkommen/Wohlstand** ist ein häufig untersuchtes Merkmal, das das subjektive Wohlbefinden tendenziell positiv beeinflusst (Diener und Biswas-Diener, 2009, zit. nach Steel/Uggerslev/Bosco (2018); Helliwell/Layard/Sachs 2018). Auf nationaler Ebene ist der Zusammenhang in wohlhabenden Ländern jedoch weniger stark ausgeprägt bzw. zum Teil nicht mehr vorhanden (Puntscher et al. 2014). Regionale Einkommensdisparitäten sind innerhalb der europäischen Länder negativ mit der Lebenszufriedenheit assoziiert; der Effekt ist jedoch nur schwach ausgeprägt (vgl. Pittau/Zelli/Gelman 2010). Insgesamt bewerten Dolan/Peasgood/White (2008) die Befunde zum Einkommen in ihrer Metaanalyse als komplex, da neben der absoluten Einkommenshöhe auf individueller und nationaler Ebene auch das relative Einkommen Einfluss hat; relativ reichere Menschen sind tendenziell zufriedener.
- Übereinstimmend wird **Arbeitslosigkeit** als negativer Faktor auf die individuelle Lebenszufriedenheit identifiziert (Dolan/Peasgood/White 2008). Dieser Befund gilt auch, wenn der Einfluss des individuellen Einkommens kontrolliert wird (Pittau/Zelli/Gelman 2010). Die regionale Arbeitslosigkeit (untersucht für Europa auf Ebene NUTS 2) ist ebenfalls negativ mit der Lebenszufriedenheit assoziiert. Der Befund widerspricht der Annahme, dass Arbeitslosigkeit die individuelle Lebenszufriedenheit weniger beeinflusst, wenn viele Menschen in der Region ebenfalls arbeitslos sind (Pittau/Zelli/Gelman 2010).
- **Soziale Beziehungen/Sozialkapital** und **Vertrauen** beeinflussen das subjektive Wohlbefinden positiv (Morton 2003, Crowe 2010, zit. nach Fitz/Lyon/Driskell 2016; Puntscher et al. 2015).
- Das **Alter** weist eine U-förmige Beziehung auf die Lebenszufriedenheit auf, d. h. jüngere und ältere Menschen geben an, zufriedener mit ihrem Leben zu sein als Menschen mittleren Alters (Pittau/Zelli/Gelman 2010).

## Objektive Faktoren

Es gibt zahlreiche Konzepte und Studien, in denen die Lebensverhältnisse entlang objektiver Indikatoren und auf unterschiedlichen regionalen Ebenen analysiert werden.

Neben dem Raumordnungsbericht 2011 bzw. einer Aktualisierung aus dem Jahr im Jahr 2017 (BBSR 2012, 2017) und der ZDF-Deutschland-Studie (Prognos 2018), wurden 2019 vier neue Studien veröffentlicht: Neben den Ergebnissen der Gleichwertigkeitskommission (BMI 2019) wurde der Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES 2019), der Teilhabeatlas des Berlin-Instituts (Berlin-Institut 2019) und eine Studie zur räumlichen Entwicklung in Deutschland des IW Köln (Oberst/Kempermann/Schröder 2019) publiziert. Die Studien unterscheiden sich bezüglich der verwendeten Kennzahlen, der Methodik sowie der räumlichen Ebenen. In den sechs Studien wurden 8 bis 53 Indikatoren verwendet. Tabelle 1 gibt diesbezüglich einen Überblick.

Tabelle 1: Übersicht des methodischen Vorgehens in (ausgewählten) neueren Studien gleichwertiger Lebensverhältnisse

Untersuchungsgegenstand	Raumordnungsbericht BBSR 2012/Aktualisierung 2017	Unser Plan für Deutschland BMI 2019	Disparitäten-Bericht FES 2019	Deutschland-Studie ZDF/Prognos 2018	Teilhabeatlas Berlin-Institut 2019	IW Köln 2019
Anzahl der Indikatoren bzw. Kennzahlen	23 Indikatoren geordnet in 6 Dimensionen	24 Indikatoren	10 Indikatoren	53 Indikatoren zugeordnet zu vier Themenbereichen	8 Indikatoren	12 Indikatoren
Räumliche Ebene	401 Kreise und kreisfreie Städte; Aktualisierung 2017: 361 Kreisregionen	401 Kreise und kreisfreie Städte	401 Kreise und kreisfreie Städte	401 Kreise und kreisfreie Städte	401 Kreise und kreisfreie Städte	96 Raumordnungsregionen
Methodik	Klassifikation anhand von Indizes anhand der Abweichung vom Mittelwert	Keine Zusammenführung der Indikatoren, Ausweisung der Mittelwerte für die 20 % an Regionen mit geringem/größerem Handlungsbedarf	Clusteranalyse in 5 Typen; Diskriminanzanalyse	Ranking, 401 Rangplätze, Kategorisierung jedes Indikators auf 10er Skala, Gewichtung einzelner Indikatoren	Clusteranalyse	Konvergenzanalyse
Kategorien/Cluster	ja - sehr stark überdurchschnittlich - stark überdurchschnittlich - ausgeglichene Lebensverhältnisse - stark unterdurchschnittlich - sehr stark unterdurchschnittlich	nein	ja - Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr - Starkes (Um-)land - Deutschlands solide Mitte - Ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise - Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel	nein	ja - Reiche Großstädte und ihre Speckgürtel - Attraktive Großstädte - Großstädte mit Problemlagen - Erfolgreiche ländliche Regionen - Ländliche Regionen mit einzelnen Problemen - abgehangene Regionen	ja - gefährdete Regionen - Nicht gefährdete Regionen

Quellen: BBSR 2012, 2017; BMI 2019; FES 2019; Prognos 2018; Berlin-Institut 2019, IW Köln 2019; eigene Zusammenstellung.

In der Übersicht der sechs Studien in Tabelle 1 wird sichtbar, dass es eine hohe Vielzahl an **statistischen Verfahren** zur Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands gibt. Einige Studien nutzen Rankings, wie die ZDF-Deutschlandstudie aus dem Jahr 2018 (Prognos 2018). Diese Studie wurde in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Ranking-Verfahren basieren in der Regel auf der Bildung von Indizes, wobei die Verfahren sich in den verschiedenen Studien unterscheiden. Rankings bieten den Regionen die Möglichkeit, sich direkt im bundesweiten Vergleich auf einen Platz einzuordnen. Sie ermöglichen jedoch keine inhaltliche Typisierung, d. h. allein durch die Rangplatzierung wird nicht ersichtlich, in welcher Dimension eine Region überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich abschneidet, so dass Ableitungen für konkrete Handlungsempfehlungen nicht ohne weiteres möglich sind. In der Deutschlandstudie wurde diesem Umstand mit Rankings für die einzelnen Dimensionen Rechnung getragen. Bei Rankings besteht jedoch die Gefahr, dass mit der Platzierung eine Stigmatisierung einzelner Regionen einhergeht. Dies ist zum Beispiel möglich, wenn Studien medial aufgegriffen und (verkürzt) und populistisch weitergetragen werden.

Das Messkonzept des BBSR folgt einem breiten Verständnis von gleichwertigen Lebensverhältnissen mit 23 Einzelindikatoren in sechs Dimensionen. Die Einzelindikatoren werden jeweils in Bezug zum jeweiligen Bundesdurchschnitt standardisiert (z-transformiert), und es werden für die sechs Dimensionen Indizes gebildet. Die Indizes sind einfache Mittelwerte aus den standardisierten und in gleiche Bewertungsrichtung (hohe Werte = gut) gebrachte

Einzelindikatoren in den jeweiligen Dimensionen. Die Indikatoren Arbeitslosenquote und Bruttoinlandsprodukt wurden hierbei als einzige Indikatoren auf Grund ihrer hohen Bedeutung zweifach gewichtet. Die Bewertung eines Teilraumes, der keine gleichwertigen Lebensverhältnisse mehr bieten kann, wird entlang der Standardabweichung der Indizes vom Mittelwert (unter 1 = stark unterdurchschnittlich) vorgenommen (Deutscher Bundestag 2017: 4). Sehr stark unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse bestehen in einer Region, wenn diese in vier oder mehr Dimensionen sehr stark vom Mittelwert abweichen. Stark unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse liegen vor, wenn drei Einzeldimensionen stark vom Mittelwert abweichen und maximal zwei Einzeldimensionen stark überdurchschnittlich abweichen (ebd.). Dieses Verfahren bietet mehrere Vorteile: Durch die Standardisierung fließen alle Indikatoren mit derselben Gewichtung ein. Sofern eine stärkere Gewichtung inhaltlich sinnvoll ist, kann diese bewusst vorgenommen werden. Auch die Nutzung der Klassifikation – an Stelle eines Rankings – bietet Vorteile, denn hierdurch sinkt die Gefahr, dass Regionen stigmatisiert werden. Als ungleichwertig gelten Regionen, die mehr als eine Standardabweichung nach unten abweichen. Damit erfolgt die Orientierung am bundesweiten Durchschnitt, jedoch nicht am Maximalwert.

Sowohl im Teilhabeatlas als auch in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde ein clusteranalytisches Verfahren genutzt. Ziel der Clusteranalyse ist es, entlang der Dimensionen bzw. der eingebrachten Indikatoren möglichst ähnliche homogene Typen zu bestimmen, die sich jedoch von den zu anderen bestimmenden Typen größtmöglich unterscheiden (Bortz 2005; Backhaus et al. 2011). Im Rahmen dieser Analysen gibt es keine definierten Schwellenwerte. Bei der Beschreibung und Benennung der Gebietstypen ist darauf zu achten, dass die zentralen Merkmale der Gebietstypen benannt werden, ohne Regionen mit Herausforderungen zu stigmatisieren. Weder den politischen Akteuren noch den Bürgern hilft es, wenn ihre Region als „abgehängt“ bezeichnet wird.

In Hinblick auf die **räumliche Ebene** ist es wünschenswert, Daten möglichst kleinräumig zur Verfügung zu haben, um regional tiefgehende Analysen durchführen zu können. Zudem können diese Daten bei Bedarf flexibel auf eine andere Raumeinheit oder höhere Ebene aggregiert werden. Häufig schrumpft das Datenangebot mit einer räumlich tiefergehenden Betrachtung; eine thematisch breite Vielfalt an Daten zur Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse steht in Deutschland maximal auf Ebene der (aktuell) 401 Kreise und kreisfreien Städte zur Verfügung. Vier der sechs Studien nutzen die Kreisebene. Das BBSR verwendete im Jahr 2017 die Ebene der 361 Kreisregionen<sup>4</sup> und das IW Köln die 96 Raumordnungsregionen<sup>5</sup>.

Vergleicht man die **Dimensionen** gleichwertiger Lebensverhältnisse, die in den Studien analysiert werden, zeigen sich deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 13 im Anhang):

In fünf der sechs Studien wird das Thema Wirtschaft genannt. Lediglich im Rahmen der ZDF-Deutschlandstudie wird diese Dimension nicht betrachtet. Gängige Wirtschaftskennziffern wie z. B. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gehen nicht in die Analyse ein. Das Thema Soziales wird im Teilhabeatlas (unter Hinzunahme der Indikatoren Schulabbrecher(-quote) und Lebenserwartung) als soziale Teilhabe aufgeführt. Darüber hinaus werden im Disparitätenbericht und im Raumordnungsbericht das Thema Wohlstand thematisiert. In der BBSR-Analyse erfolgt dies mit Hilfe der Indikatoren verschuldete Privatpersonen, Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften sowie dem verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen (BBSR 2012: 17). Diese oder ähnliche Indikatoren zur Messung der Einkommenslage, der Inanspruchnahme von SGB II-Transferleistungen oder Schulden gehen jedoch auch in die Analysen der anderen Studien ein.

<sup>4</sup> Bei den Kreisregionen werden die kreisfreien Städte unter 100.000 Einwohner mit ihrem umliegenden oder angrenzenden Landkreis zusammengefasst. Grund ist, dass Städte unterhalb dieser Größe in den meisten Bundesländern im Regelfall kreisangehörig sind und nur in einzelnen Ländern den Status der Kreisfreiheit genießen. Statistisch entstehen hier jedoch erhebliche Verzerrungen, die unter der Verwendung der Kreisregionen bereinigt werden. Die Zusammenfassung ermöglicht eine bessere Vergleichbarkeit der Regionen zwischen den Bundesländern (Krischowsky/Milbert/Sturm 2013: 141f.).

<sup>5</sup> Raumordnungsregionen sind Zusammenfassungen von Kreisen auf Basis der Pendlerbeziehungen zum nächsten Oberzentrum, welche sich stark an den Planungsregionen der Länder orientieren. Sie stellen großräumige funktionale Raumeinheiten dar (Krischowsky/Milbert/Sturm 2013: 142f.).

Der Bereich der Infrastruktur wird explizit im Raumordnungsbericht, der IW-Studie und dem Deutschlandplan aufgeführt. Darüber hinaus werden unter dem Stichwort Daseinsvorsorge, Versorgung, Bildungs- und Lebenschancen sowie Gesundheit und Sicherheit (Teil-)Bereiche der Infrastruktur analysiert.

Die ökologische Dimension, die im Raumordnungsgesetz explizit genannt ist, wird lediglich in der Deutschlandstudie unter „Natur und Freizeit“ thematisiert. Als Ursache hierfür ist die fehlende Datenbasis zu vermuten. Während in den anderen Dimensionen eine breite Datenbasis besteht (u. a. durch Nutzung von Daten der Träger der Sozialversicherungen wie der Bundesagentur für Arbeit, der Rentenversicherung oder der amtlichen Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung), stehen aus dem Umweltbereich kaum Daten zur Verfügung. Zu nennen sind hier die Flächennutzungsstatistik oder auch die Statistik der Abfallentsorgung, die durch die amtliche Statistik zur Verfügung gestellt werden. Es werden zudem noch Daten zur Luftqualität durch das Umweltbundesamt veröffentlicht. Diese bieten jedoch nur einen punktuellen Blick entlang der jeweiligen Messstationen und können so nicht einfach auf eine höhere Raumebene (z. B. den gesamten Kreis) übertragen werden.

Daneben werden in den Studien noch die Bereiche Arbeit und Arbeitsmarkt, Wohnen, räumliche Strukturen, Engagement und Partizipation sowie staatliches Handeln und kommunale Finanzen genannt.

Neben den sechs aufgeführten Studien sei noch auf die Studie von Miosga (2015) und in Anlehnung daran auf den Bericht der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ hingewiesen. Diese Studie hat über Bayern hinaus große Aufmerksamkeit erhalten. Die Autoren nähern sich hier über das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit einer Klärung möglicher Dimensionen (Bayerischer Landtag 2017: 20 ff.):

- Die Verteilungsgerechtigkeit umfasst die raumbezogene Gerechtigkeit beim Zugang zu Gütern, Ressourcen und Infrastrukturen.
- Die Chancengerechtigkeit umfasst die Teilhabechancen sowie die Unterstützungs- und Befähigungsstrukturen, um den Menschen gleichwertige Ausgangsbedingungen zu ermöglichen.
- Die Verfahrensgerechtigkeit beschreibt die rechtlichen Rahmenbedingungen inklusive der Partizipationsmöglichkeiten und Governance-Strukturen.
- Die Generationengerechtigkeit erweitert die bisherigen Dimensionen um den Aspekt der Nachhaltigkeit. Hierbei geht es also z. B. um ökologische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Raumordnung auf die nächste Generation.

Explizit benannt werden im Rahmen des Bayerischen Enquete-Kommissionsberichts die Bereiche soziale und technische Infrastruktur, Wirtschaft und Arbeit, Einkommen, Gesundheitsversorgung, Kommunikationsinfrastruktur, Nahversorgungseinrichtung, Wohnen, Umweltqualität, Sicherung und Rettung, Kultur und Freizeit, Bildung, Arbeitsmarkt, Gleichstellung, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur, regionales Entwicklungspotenzial, Demografie. Während die Verteilungs- und Chancengerechtigkeit damit sehr umfangreich und detailliert beschrieben wird, bleibt die Konkretisierung der Verfahrens- und Generationengerechtigkeit in Hinblick auf mögliche Dimensionen eher schwach ausgeprägt und verweist auf Partizipation und den Ressourcenverbrauch (ebd.: 25ff.).

Insgesamt ist festzuhalten, dass die verschiedenen Studien und Berichte hohe Überschneidungen, jedoch auch Unterschiede in Hinblick auf Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse zeigen. Die Bereiche Soziales, Ökonomie, Ökologie und Daseinsvorsorge sind zentrale Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse (Kawka 2015: 73). Es geht um Teilhabechancen über alle Teilräume hinweg durch ausreichend materielle Versorgung, um die Chancen der Erwerbsarbeit, der Umweltqualität (Energiegewinnung, Klimafolgen), einer ausreichenden Infrastruktur in Hinblick auf Grundbedürfnisse (Einzelhandel, Bildung, Gesundheit, aber auch technische Infrastruktur wie Ver- und Entsorgung, IuK etc.). Darüber hinaus gibt es weitere Bereiche wie Kooperation, Sicherheit, Kultur, Partizipation, kommunale Finanzen, die nicht in allen aufgeführten Studien thematisiert wurden, jedoch in Hinblick auf regionale Lebensverhältnisse eine wichtige Rolle einnehmen. Des Weiteren gibt es zentrale gesellschaftliche oder/und technologische Rahmenbedingungen, die die Lebensverhältnisse maßgeblich prägen wie der demografi-

sche Wandel oder auch die Digitalisierung (BMI 2019). Neben den objektiven Lebensverhältnissen spielt die Lebensqualität, also die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, aber auch mit dem Wohnumfeld (z. B. einer schrumpfenden Region) und der wirtschaftlichen Lage eine wichtige Rolle.

Bevor in Kapitel 3 die Ableitung des Messkonzepts dargelegt wird, werden zunächst wichtige Anforderungen an ein Messkonzept aus den Erfahrungen der Sozialberichterstattung hergeleitet.

### 2.3 Anforderungen an ein Messkonzept gleichwertiger Lebensverhältnisse

Erst seit den 1970er Jahren hat sich die heute bestehende Berichterstattung ausdifferenziert und weiterentwickelt. Während in den Jahren zuvor lediglich ökonomische Indikatoren entsprechend der gesellschaftlichen Orientierung Betrachtung fanden, wurde zunehmend Kritik an der alleinigen Orientierung am Wirtschaftswachstum laut, und deren Folgen (Umweltschäden, „Überflussgesellschaft“, soziale Folgen etc.) wurden angemahnt (Zapf 1971: 353). Seitdem hat sich in Deutschland ein breites Spektrum an Berichtssystemen herauskristallisiert. Diese zielen entweder auf einen spezifischen Bereich (Gesundheit, Soziales, Umwelt, Wirtschaft etc.), auf spezifische Zielgruppen und deren Lebenslagen (ältere Menschen oder Jugend, Familien etc.), auf themenübergreifende Querschnittsziele (Nachhaltigkeit, Kohäsion) oder aber explizit bezogen auf den Raum bzw. Teilräume (Raumordnung, Fortschritt). In Hinblick auf die Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands wird hierfür sowohl auf die objektiven Lebensverhältnisse als auch auf die subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse rekurriert.

Gemäß der klassischen Definition von Zapf (1977: 11) besteht die Zielsetzung von Sozialberichterstattung darin, „[...] über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, systematisch und autonom zu informieren“. In Anlehnung hieran sollte eine Berichterstattung zur Messung regionaler Lebensverhältnisse drei zentralen Funktionen dienen (vgl. Gehne et al. 2017: 14ff.):

- 1) Dauerbeobachtung zur Messung der aktuellen Lage sowie der Entwicklung regionaler Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands: Eine valide empirische Datenbasis soll die möglichst umfassende und regelmäßige Raumbearbeitung gewährleisten (Noll 1997; ILS/ZEFIR 2004). Eine regelmäßige Berichterstattung im Sinne eines Monitorings stellt ein zentrales Instrumentarium dar, um Problemlagen frühzeitig zu erkennen. In diesem Sinne fungiert das Monitoring der Raumbearbeitung als Frühwarnsystem, um Politik und Verwaltung über Entwicklung der regionalen Lebensverhältnisse zu informieren und passgenaue Lösungen zu entwickeln. Voraussetzung hierfür ist, alle steuerungsrelevanten Daten bezogen auf die zentralen Bereiche der Lebensverhältnisse zusammenzuführen.
- 2) Aufklärung der interessierten kritischen Öffentlichkeit: Neben Politik und Verwaltung dient eine dauerhafte Berichterstattung immer auch der Aufklärung einer interessierten Öffentlichkeit. Ziel ist es, interessierten Akteuren die Möglichkeit der kritischen Auseinandersetzung in Hinblick auf räumliche Entwicklungen zu bieten.
- 3) Raumordnerische und regionale Politikberatung: Die Raumberichterstattung hat den Anspruch, regionale Entwicklungen in Hinblick auf die Zielstellung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zusammenfassend zu beschreiben, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und zu bewerten.

Lechleitner kommt in seiner Studie zu der folgenden Definition gleichwertiger Lebensverhältnisse im Sinne des Art. 72, Abs. 2 GG:

*„Lebensverhältnisse sind äußere Faktoren, welche die Qualität des menschlichen Daseins beeinflussen. Dazu gehören wirtschaftliche Bedingungen, also Umfang und Qualität des Angebots von Gütern und Dienstleistungen und die finanziellen Möglichkeiten, dieses Angebot nachzufragen, die staatliche Infrastruktur (Straßen und Wasserwege), die innere Sicherheit oder die Umweltbedingungen.“ (Lechleitner 2018: 12)*

Im Rahmen einer umfassenden Berichterstattung kann das Erreichen oder Nicht-Erreichen definierter politischer oder rechtlicher Ziele jedoch nur gesamtgesellschaftlich beurteilt werden. Die Bewertung einzelner regional- oder strukturpolitischer Maßnahmen kann hierdurch nicht erfolgen (in Anlehnung an Gehne et al. 2017: 14ff.). Das berührt die im Rahmen der Entwicklung eines Konzepts zur Analyse regionaler Lebensverhältnisse aufkommende Frage nach möglichen Schwellenwerten. Die Zielorientierung sowie der Maßstab für die Zielerreichung sind von großer Relevanz. Es geht z. B. in Hinblick auf Leistungen der Daseinsvorsorge nicht nur um eine möglichst flächendeckende Bereitstellung, sondern immer auch um die Qualität der Angebote sowie den erzielten „Output“ (vgl. BBSR 2017; ARL 2016). Kersten, Neu und Vogel (2015: 8) kommen in Hinblick auf die Zielorientierung bei der Bereitstellung von öffentlicher Daseinsvorsorge zu dem Schluss, dass seit rund 20 Jahren nicht mehr ein mögliches Maximum fokussiert wird, sondern Politik nur noch Mindeststandards adressiert. Auch Hahne und Stielicke (2013) oder Kersten (2009) konstatieren eine veränderte Zielorientierung insbesondere im Rahmen der Diskussion des EU-Ziels der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion. Eine generelle Zielorientierung auf Mindeststandards sei jedoch laut Lechleitner (2018: 32) in Hinblick auf die „Gleichheit der Wertigkeit der Lebensverhältnisse“ rechtlich nicht möglich, sondern es bedarf bei der Festlegung eines unteren Standards immer einer Orientierung an den obersten Standards, um das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erreichen (ebd.).

Um die Frage der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu beantworten, bedarf es somit einer umfassenden, möglichst auf Dauer angelegten Berichterstattung in Hinblick auf die relevanten Dimensionen von Lebensverhältnissen. Dafür sollte möglichst nicht nur die Angebotsseite von sozialen und technischen Diensten, sondern auch die Qualität sowie der gemessene Output betrachtet werden. Notwendig hierfür ist ein breites Angebot an validen Indikatoren, welche regelmäßig und flächendeckend zur Verfügung stehen.

Im Folgenden wird ein Messkonzept präsentiert, welches die verschiedenen Bereiche gleichwertiger Lebensverhältnisse abbilden kann. In Kapitel 3 werden hierfür zunächst die strukturgebenden Kernindikatoren durch verschiedene statistische Verfahren hergeleitet, welche die zentralen Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse abbilden, um entlang dieser drei Dimensionen eine Gebietstypisierung vorzunehmen.

### 3. Quantitative Analyse: Messung regionaler Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands

Im Folgenden wird das im Rahmen des Modellvorhabens entwickelte Messkonzept detailliert dargestellt. Zunächst erfolgte eine explorative Vorauswahl von relevanten Indikatoren, die mittels Faktorenanalyse auf inhärente Beziehungen geprüft und verdichtet wurden, um strukturgebende Kernindikatoren zu identifizieren (3.1). Aufbauend auf den Werten von drei extrahierten Faktoren, die zugleich drei Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse abzubilden vermögen, erfolgte eine Gebietstypisierung (Abschnitt 3.4). Um die Stabilität dieser zentralen Dimensionen über einen längeren Zeitraum zu überprüfen, wurde eine Faktorenanalyse auch für das Jahr 2011 durchgeführt. Die Ergebnisse finden sich in Abschnitt 3.2. Ein Exkurs zu innerstädtischen Disparitäten (Abschnitt 3.3) thematisiert die teils beträchtlichen innerregionalen Unterschiede und damit die Frage zu der Angemessenheit der Wahl der Kreisregionsebene für das Messkonzept.

#### 3.1 Herleitung von strukturgebenden Indikatoren und Faktoren

##### Auswahl relevanter Indikatoren

Die Auswahl möglicher Indikatoren beruht auf einer Auswertung der INKAR-Datenbank des BBSR. INKAR steht für „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung“. INKAR stellt ein Portal dar, welches ein umfangreiches Angebot über flächendeckend verfügbare Indikatoren auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen liefert. Aus diesem thematisch sehr breit aufgestellten Portfolio wurden die für die Forschungsfrage relevanten Indikatoren (vgl. Kapitel 2.3) geprüft. Hierzu wurden vornehmlich deskriptive Statistiken (d. h. Streuungs- und Lagemaße) herangezogen. In die engere Auswahl kamen die Indikatoren, die auf der Kreis- und Kreisregionsebene die größte Streuung aufweisen und damit auf die stärksten regionalen Disparitäten hinweisen. Des Weiteren wurde die Auswahl mittels bivariater Korrelationsanalysen weiter eingeschränkt. Im Ergebnis der theoretisch begründeten und empirisch geprüften Vorauswahl werden für die weitere Analyse neun zentrale Indikatoren weiter betrachtet (vgl. Tabelle 2).

##### Faktorenanalyse

Da die Ableitung von spezifischen Herausforderungen und Rahmenbedingungen in den Regionen über eine Clusteranalyse erfolgen soll, wurde dieser eine Faktorenanalyse vorgeschaltet. Dies ist aus zwei Gründen sinnvoll: Zum einen soll der Grundanforderung clusteranalytischer Verfahren entsprochen werden, statistisch möglichst voneinander unabhängige Variablen in das Modell einfließen zu lassen. Zum anderen kann durch die Faktorenanalyse die Zahl der Untersuchungsmerkmale (Indikatoren) auf ihre wesentlichen Dimensionen bzw. Faktoren reduziert werden. Die Faktoren repräsentieren dabei die Indikatoren, die untereinander hohe Korrelationen aufweisen und den Ausgangsbestand damit sehr gut abbilden. Da die ermittelten Faktoren selbst nicht miteinander korrelieren, ist die Anforderung der möglichst voneinander unabhängigen Variablen erfüllt.

Mit der Faktorenanalyse wurden drei Faktoren extrahiert. Auf der Ebene der 361 Kreisregionen erklären diese 84,3 % der Gesamtvarianz der neun Kernindikatoren. Auf den ersten Faktor entfallen davon 40,7 %, auf den zweiten Faktor 31,8 % und auf den dritten Faktor 11,7 % der Gesamtvarianz

Tabelle 2: Ergebnis der Faktorenanalyse zum Beobachtungsjahr 2017, Kreisregionen 2017

Indikator	Faktor 1: Soziale Lage	Faktor 2: Wirtschaftsintensität	Faktor 3: Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur
Unterbeschäftigungsquote <sup>6</sup> 2017	<b>0,949</b>	0,082	-0,201
SGB II-Quote 2017	<b>0,951</b>	0,129	-0,151
Verfügbares Einkommen in Euro je Einwohner 2017	<b>-0,721</b>	0,255	0,302
Bevölkerungsdichte 2017	0,505	<b>0,705</b>	0,271
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in wissensintensiven Dienstleistungen 2017	0,084	<b>0,939</b>	0,065
Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Einwohner 2016	-0,161	<b>0,853</b>	0,129
Prozentuale Bevölkerungsentwicklung 2010-2017 (zensuskorrigiert) <sup>7</sup>	-0,156	0,477	<b>0,756</b>
Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre 2017	-0,232	-0,166	<b>0,879</b>
Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahre 2017	0,195	-0,378	<b>-0,817</b>

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung. Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung ZEFIR.

Die grundsätzliche Eignung der neun ausgewählten Indikatoren sowie der Gesamtkonstellation des Indikatorensatzes wird anhand des Kaiser-Meyer-Olkin-Kriteriums (MSA-Wert) bestätigt. Die Zusammenstellung aller Variablen wird mit einem MSA-Wert von 0,72 als „gut“ bewertet. Auch kein Einzelindikator weist einen MSA-Wert auf, der unterhalb des Richtwerts von 0,5 liegt.

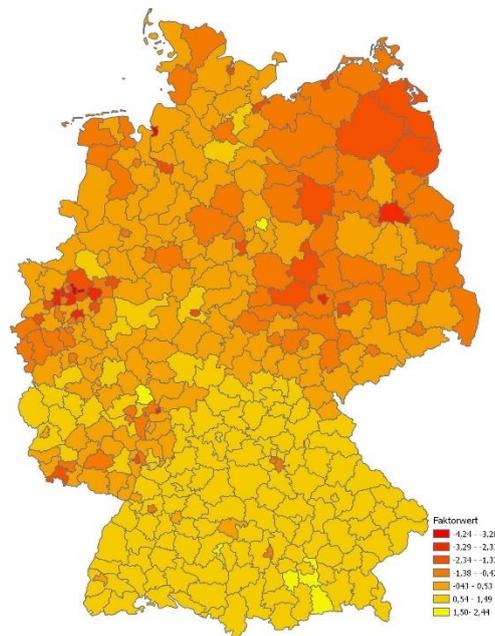
Faktorladungen sind Korrelationen zwischen den Einzelindikatoren und den Faktoren und können somit Werte zwischen +1 und –1 annehmen. Die absolute Höhe der Ladung drückt die Bedeutung der jeweiligen Komponente für die betreffende Variable aus bzw. umgekehrt. Das Vorzeichen gibt Auskunft über die Richtung des Zusammenhangs. Die Faktorladungen sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Höchste positive Korrelationen für den ersten Faktor weisen die Indikatoren „Unterbeschäftigungsquote“ und „SGB II-Quote“ auf. Höchste negative Zusammenhänge finden sich für Faktor 1 für das „Verfügbare Einkommen je Einwohner“. Kreisregionen, die durch hohe Anteile unterbeschäftigter Personen gekennzeichnet sind, weisen zugleich höhere SGB II-Quoten auf, zudem sind die mittleren verfügbaren Einkommen unterdurchschnittlich. Der erste Faktor repräsentiert somit zusammenfassend jene Indikatoren, die die sozioökonomische Situation in den Kommunen abbilden und kann daher mit dem Begriff „soziale Lage“ treffend charakterisiert werden (vgl. Abbildung 5). Anzumerken ist hier, dass die Faktorwerte mit -1 multipliziert wurden, um eine gleiche Bewertungsrichtung zwischen den drei bestimmten Faktoren zu gewährleisten. Hohe positive Faktorwerte stehen nach der Umrechnung für günstigere Ausgangsbedingungen bezüglich der sozialen Lage, hohe negative Werte für stärkere Herausforderungen in der sozialen Lage der Bevölkerung.

<sup>6</sup> Mit der Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit wird nicht der Teil des Arbeitsplatzdefizits abgebildet, der sich in arbeitsmarktpolitischen Entlassungsmaßnahmen niederschlägt. Zur Berücksichtigung dieser Untererfassung dient die Unterbeschäftigtenquote. Die hier verwendete „Unterbeschäftigungsquote im engeren Sinne“ umfasst neben den Arbeitslosen nach §16 SGB III auch jene Personen, die im weiteren Sinne als arbeitslos gelten, d. h. die an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung teilnehmen sowie Personen, die unter die sogenannte 58er-Regelung fallen. Hinzu kommen die Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind. Dabei handelt es sich um Personen in Qualifizierungsmaßnahmen, Beschäftigte am 2. Arbeitsmarkt und Personen, die vorruhestandsähnlichen Regelungen oder kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit unterliegen (BA 2013).

<sup>7</sup> Nach Durchführung des Zensus 2011 weichen die Bevölkerungszahlen zum Teil erheblich von den Bevölkerungszahlen der Bevölkerungsfortschreibung bis 2011 ab, die auf Basis der Volkszählung von 1987 fortgeschrieben wurden. Eine entsprechende Rückschätzung erfolgte durch das BBSR (BBSR 2016).

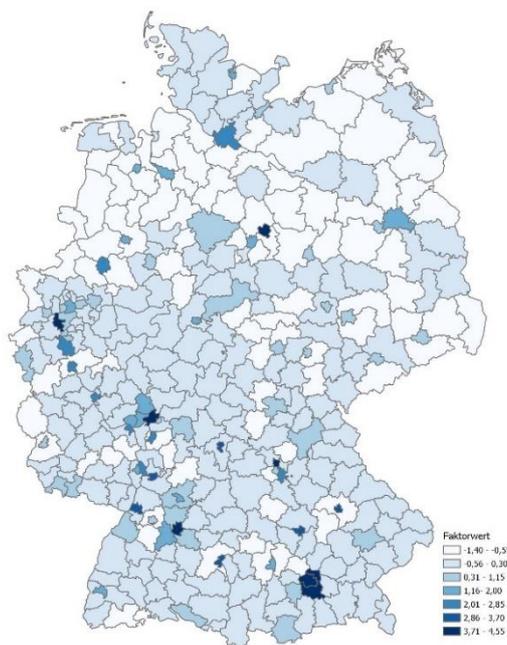
Abbildung 5: Faktor 1: „Soziale Lage“



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Geobasis DE/BKG 2017; Berechnung ZEFIR/Kartografie IAT.

Der zweite Faktor beschreibt den Grad der Verstädterung und die Wirtschaftskraft in den untersuchten Gebietseinheiten. Hohe positive Werte auf diesen Faktor kennzeichnen Kreisregionen, die durch eine hohe Bevölkerungsdichte, ein hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und durch hohe Anteile Hochqualifizierter am Arbeitsort gekennzeichnet sind. Hochqualifizierte werden durch den Indikator der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen repräsentiert. Der Faktor wird mit dem Begriff der „Wirtschaftsintensität“ zusammengefasst (vgl. Abbildung 6). Je höher die Faktorwerte, desto positiver gestaltet sich die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen.

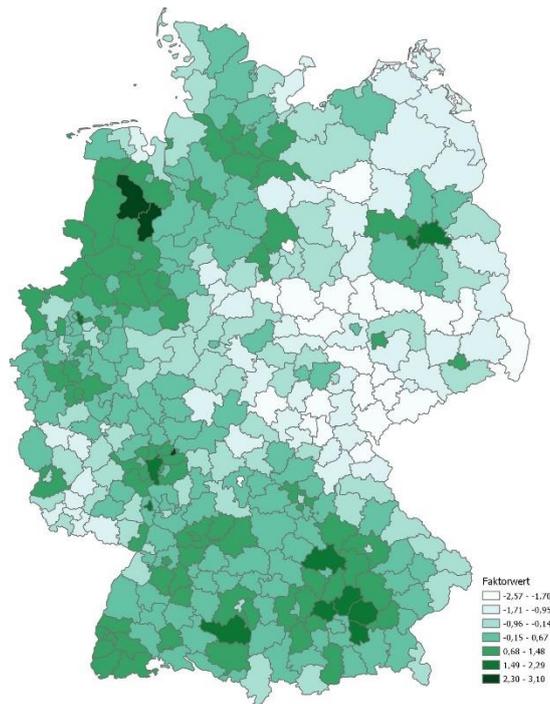
Abbildung 6: Faktor 2: „Wirtschaftsintensität“



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Geobasis DE/ BKG 2017; Berechnung ZEFIR/Kartografie IAT.

Schließlich sind Indikatoren des demografischen Wandels prägend für den dritten Faktor. Neben der Bevölkerungsdynamik ist hier die Altersstruktur der ortsansässigen Bevölkerung von Bedeutung. Der mit „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“ bezeichnete Faktor weist hohe Korrelationen mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung bezogen auf den Zeitraum von 2010 bis 2017 auf und ist zugleich geprägt durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil jüngerer Menschen bei gleichzeitig relativ geringen Anteilen älterer Wohnbevölkerung. Hohe positive Faktorwerte gehen mit Bevölkerungswachstum und einer für die weitere Bevölkerungsentwicklung vergleichsweise günstige Altersstruktur einher (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Faktor 3: „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Geobasis DE/BKG 2017; Berechnung ZEFIR/Kartografie IAT.

### 3.2 Indikatoren und Faktoren in zeitlicher Perspektive

Um zu überprüfen, wie stabil die extrahierten Faktoren sind und sich die verwendeten Indikatoren und Faktoren damit für ein längerfristiges Monitoring eignen, wurden die gleichen Indikatoren auch für das Beobachtungsjahr 2011 einer Faktorenanalyse unterzogen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Ergebnis der Faktorenanalyse zum Beobachtungsjahr 2011, Kreisregionen 2017

Indikator	Faktor 1: Soziale Lage/Bevölkerungsstruktur	Faktor 2: Wirtschaftsintensität
Unterbeschäftigungsquote 2011	<b>0,946</b>	0,112
SGB II-Quote 2011	<b>0,923</b>	0,197
Verfügbares Einkommen in Euro je Einwohner 2011	<b>-0,706</b>	0,237
Bevölkerungsdichte 2011	0,229	<b>0,845</b>
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in wissensintensiven Dienstleistungen 2011	0,032	<b>0,921</b>
Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Einwohner 2011	-0,203	<b>0,822</b>
Prozentuale Bevölkerungsentwicklung 2004-2011 (zensuskorrigiert)	<b>-0,593</b>	0,112
Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre 2011	<b>-0,846</b>	-0,065
Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahre 2011	<b>0,727</b>	-0,366

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.  
Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung ZEFIR.

Es zeigt sich, dass die Eignung der Indikatoren in gleichem Maße gegeben ist wie im Vergleichsjahr 2017. Die Zusammenstellung aller Variablen lässt sich auch hier als „gut“ bezeichnen, der MSA-Wert beträgt 0,74. Auch für das Beobachtungsjahr 2011 liegt bei keinem Merkmal der MSA-Wert unterhalb des Richtwerts von 0,5. Es ist allerdings anzumerken, dass für 2011 nur zwei Faktoren extrahiert werden (vgl. Tabelle 6) und diese mit 75,7 % einen geringeren Anteil der Gesamtvarianz erklären als für 2017 (84,3 %). In diesem 2-Faktoren-Modell entfallen auf den ersten Faktor, der hier durch eine Überlagerung der „sozialen Lage“ und der „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“ geprägt ist, 45,3 %. Auf den zweiten Faktor, der auch in dieser Berechnung die „Wirtschaftsintensität“ zusammenfasst, entfallen 30,4 %. Dieser Vergleich verdeutlicht damit, dass im Zeitverlauf zwischen den Jahren 2011 und 2017 der demografische Wandel, gekennzeichnet durch die Bevölkerungsdynamik und die Altersstruktur der Bevölkerung, sich mittlerweile als ein eigenständiger Faktor erweist. Demografischer und sozialer Wandel lassen sich somit auch aus räumlicher Perspektive getrennt abbilden (vgl. hierzu auch Franzke et al. 2015; Gehne et al. 2017), bleiben aber beides bestimmende Rahmenbedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse.

### 3.3 Exkurs: Innerstädtische Disparitäten

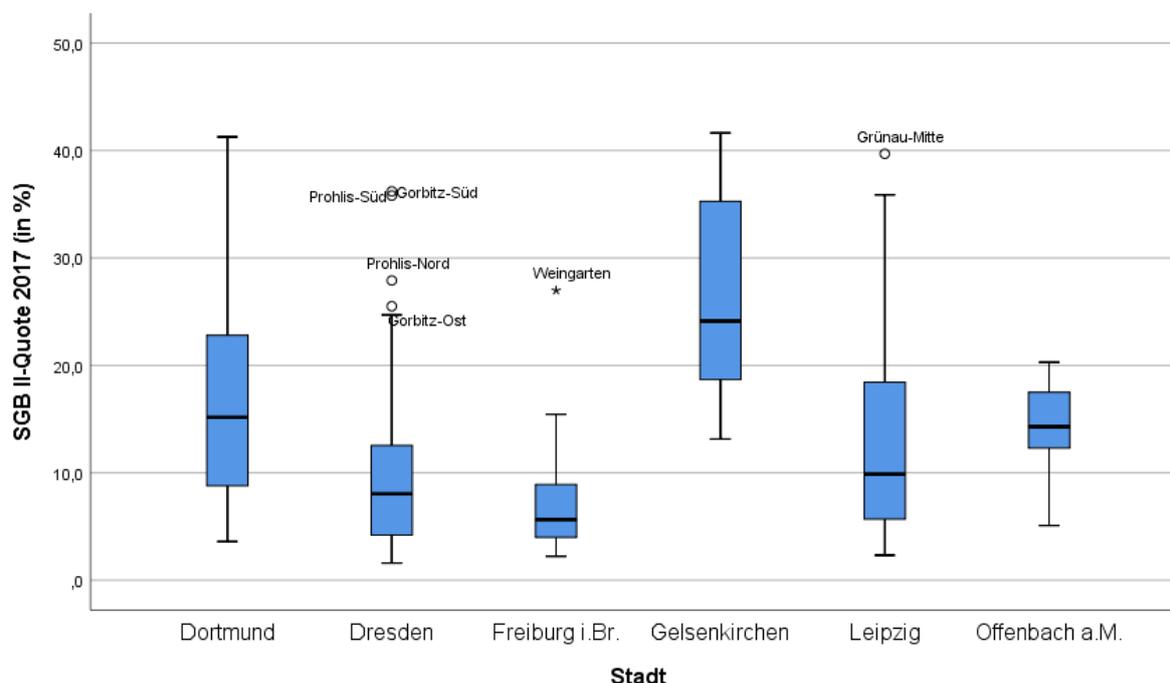
Die sozialräumlichen Unterschiede innerhalb der Landkreise und kreisfreien (Groß-)Städte fallen für gewöhnlich größer aus als die regionalen Disparitäten zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten (Neu/Strohmeier/Kersting 2011; Goebel/Hoppe 2015). Insbesondere die Armutsstrukturen sind, durch eine beträchtliche Heterogenität in den Städten geprägt. Abbildung 8 stellt diese Heterogenität **beispielhaft für sechs deutsche Großstädte** mittels Boxplots dar.

Ein **Boxplot** besteht aus der farbigen Box, die die Spannweite vom ersten bis zum dritten Quartil und somit die mittleren 50 % der Gesamtverteilung abbildet. Abgegrenzt wird diese durch das obere und das untere Quartil. Der Median, also der Wert, der genau in der Mitte der aufsteigend sortierten Wertereihe liegt, wird durch die horizontale Linie innerhalb der Box repräsentiert, d. h. dass die eine Hälfte der Untersuchungsobjekte, d. h. der Kreisregionen oberhalb des Strichs, die andere Hälfte der Untersuchungsobjekte unterhalb des Strichs verortet ist. Die obere und die untere horizontale Linie, die sogenannten „Whiskers“ markieren den Maximal- bzw. Minimalwert des Indikators, wobei etwaige Ausreißer nicht berücksichtigt werden. Die Ausreißer, die anderthalb bis drei Boxenlängen nach

oben oder unten abweichen, werden durch einen Kreis gekennzeichnet, Extremwerte, die mehr als drei Boxenlängen abweichen, werden mit einem Stern versehen. Die Länge der Boxen und die Anzahl der Ausreißer liefern somit Informationen auf die indikatorbezogene Homogenität innerhalb der Gebietstypen.

Auf Ebene der Stadtteile weist die Stadt Dortmund den höchsten Heterogenitätsgrad bezogen auf die SGB II-Quote auf. Bei einem minimalen Anteil von 3,6 % SGB II-Empfängern an der Gesamtbevölkerung im Alter von unter 65 Jahren und gleichzeitig maximalen 41,3 % beträgt die Spannweite zwischen den Dortmunder Sozialräumen 37,7 Prozentpunkte. Der Mittelwert der Dortmunder Stadtteile liegt bei 17,0 %, der Median beträgt 15,2 %.

Abbildung 8: SGB II-Quote (in %) ausgewählter Städte auf kleinräumiger Ebene 2017



Datenbasis: Stadt Dortmund (39 Sozialräume), Stadt Dresden (60 Stadtteile), Stadt Freiburg im Breisgau (27 Stadtteile) Stadt Gelsenkirchen (18 Stadtteile), Stadt Leipzig (63 Ortsteile), Stadt Offenbach am Main (19 Statistische Bezirke); Berechnung und Darstellung ZEFIR.

Im Vergleich etwas wenig belastet sind die Städte Offenbach am Main und Freiburg im Breisgau. In Freiburg sind die insgesamt geringsten SGB II-Quoten zu verzeichnen (Mittelwert: 7,4 %; Median 5,6 %) mit lediglich einem Stadtteil (Weingarten mit 24,7 %) als Ausreißer. Die Lage in Offenbach am Main stellt sich etwas homogener dar. Allerdings liegen die SGB II-bezogenen Armutsquoten hier auf einem insgesamt deutlich höheren Niveau (Mittelwert: 14,6 %; Median: 14,3 %).

Die ostdeutschen Städte Dresden und Leipzig haben unter den Beispielkommunen der Abbildung 8 die meisten Orts- bzw. Stadtteile (Dresden 63; Leipzig 60). In beiden Städten fällt die SGB II-Quote im Mittel relativ moderat aus (Dresden: Mittelwert 9,8 %, Median 8,1 %; Leipzig: Mittelwert 12,6 %, Median 9,4 %). In Leipzig streuen jedoch die Stadtteile mit überdurchschnittlichen SGB II-Quoten stärker als in Dresden und der Leipziger Stadtteil Grünau-Mitte mit einer SGB II-Quote von 39,7 % erreicht einen Grad an sozialen Herausforderungen, der in diesem Vergleich nur in den Ruhrgebietsstädten auftritt.

In Gelsenkirchen schließlich stellt sich die soziale Lage nochmals anders dar. Die 18 Gelsenkirchener Stadtteile weisen eine vergleichsweise geringe Spannweite von 28,5 Prozentpunkte auf, bewegen sich hier allerdings auf einem insgesamt sehr hohen Niveau (Mittelwert: 25,9 %, Median 24,1 %). Da Gelsenkirchen eine der ausgewähl-

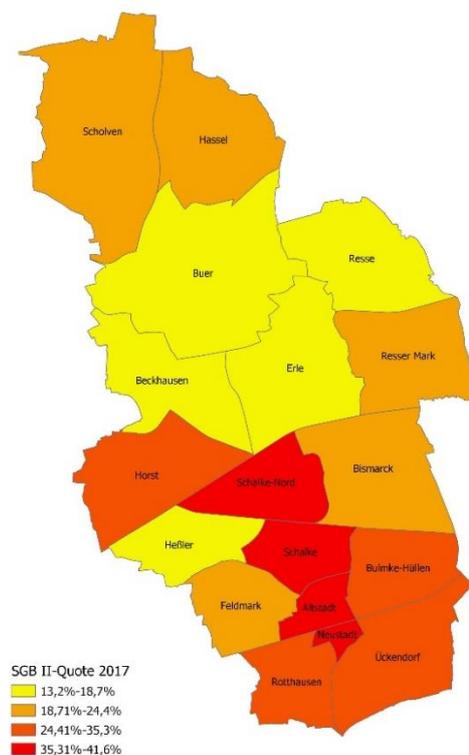
ten Untersuchungsregionen darstellt, soll im Folgenden die Situation der Stadt Gelsenkirchen bezüglich der kleinräumigen Disparitäten, die im Allgemeinen auch unter dem Begriff der (kleinräumigen) Segregation untersucht werden, im Rahmen des nun folgenden Exkurses einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

### Beispiel Gelsenkirchen

Unterschiedliche Lebenslagen sind auch innerhalb der Städte unterschiedlich verortet – dies gilt grundsätzlich für jede räumliche Betrachtungsebene. In den Städten, auf der Analyseebene von Stadtteilen oder Sozialräumen werden die Disparitäten besonders sichtbar. Segregation, also die räumliche Konzentration der Wohnbevölkerung mit bestimmten Merkmalen in bestimmten städtischen Teilgebieten findet sich sowohl in schrumpfenden als auch wachsenden Städten, eine zunehmende soziale Ungleichheit spiegelt sich somit auch in ihrer „Verräumlichung“ wider, oftmals in einer Polarisierung der Städte mit beträchtlichen Folgen für die städtischen Sozialraumstrukturen (z. B. Friedrichs 1995; Kronauer/Siebel 2013). Prozesse und Strukturen sozialräumlicher Ausdifferenzierung lassen sich dabei grundsätzlich anhand von drei Dimensionen unterscheiden, erstens der sozialen Segregation, die die Ungleichheit der Wohnbevölkerung in Bezug auf Einkommenslage, Bildungsgrad und beruflicher Stellung in den Blick nimmt. Zweitens der demografischen Segregation, die räumliche Unterscheidungen bezüglich der Alters- und Familienstrukturen untersucht und drittens die ethnische Segregation, in deren Fokus eben die ethnische Herkunft steht (z. B. Häußermann/Siebel 2004; Strohmeier 2006).

Die Stadtteile mit höheren Anteilen von SGB II-Leistungsbeziehenden sind im Gelsenkirchener Süden verortet, wie Abbildung 9 zu entnehmen ist. Trotz des wie oberhalb bereits dargestellten außerordentlich hohen Armutsniveaus in Gelsenkirchen, lassen sich in Hinblick auf die SGB II-bezogenen Armutsquoten dennoch deutliche Disparitäten im Stadtgebiet feststellen, die sich im Wesentlichen in einem Nord-Süd-Gefälle darstellen: Während die Anteile von Leistungsbeziehenden nach SGB II in den nördlichen Stadtteilen (im Vergleich zum Wert der Gesamtstadt) noch als moderat bezeichnet werden können, so liegen die entsprechenden Werte in den südlichen Gelsenkirchener Stadtteilen mit Ausnahme von Heßler auf deutlich höherem Niveau.

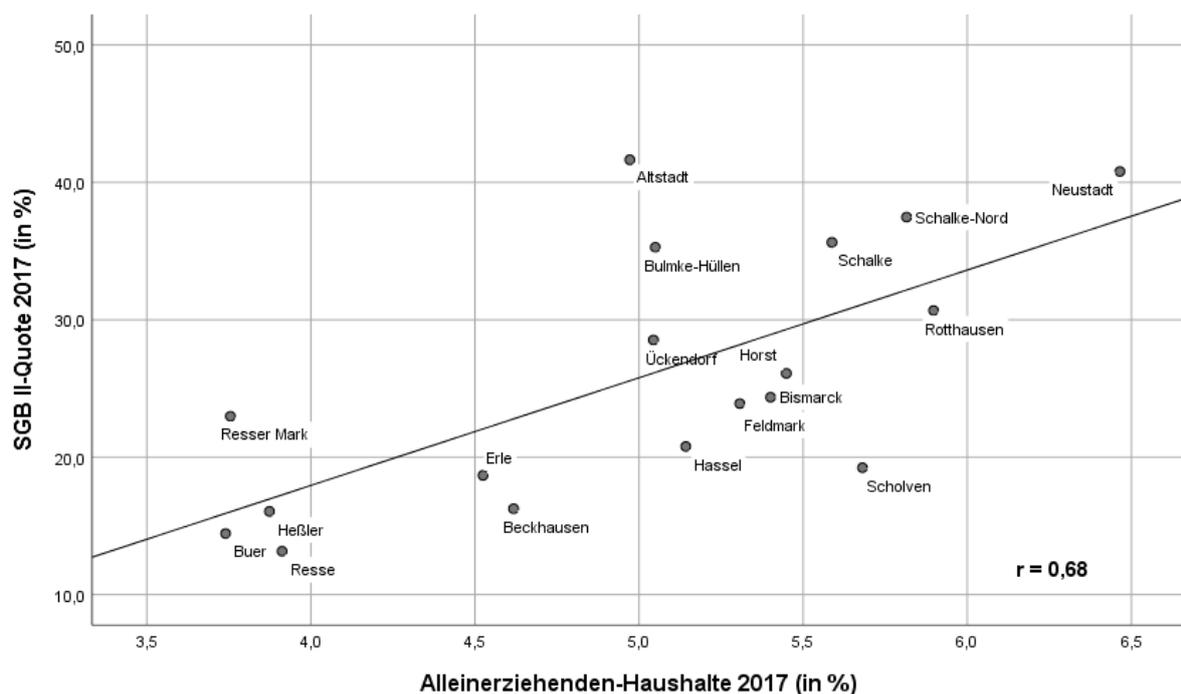
Abbildung 9: SGB II-Quote (in %) auf Ebene der 18 Gelsenkirchener Stadtteile 2017



Datenbasis: Stadt Gelsenkirchen; Berechnung ZEFIR/Kartografie IAT.

Richtet man den Blick auf die anderen aufgeführten Segregationsdimensionen, so offenbaren die Gelsenkirchener Sozialraumstrukturen eine für die sozioökonomisch herausgeforderten Stadtteile mehrdimensionale Überlagerung von sozialen Problemlagen, die eine Kumulation besonderer Herausforderungen für die Stadtpolitik bedeuten. Dieser ist zunächst die beträchtliche Überlagerung sozialer und ethnischer Segregation zu entnehmen. Der nahezu lineare statistische Zusammenhang<sup>8</sup> zwischen dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und der SGB II-Quote von  $r=0,90$  belegt, dass es sich um die ärmsten Stadtteile handelt, in denen auch die höchsten Anteile von Personen mit Migrationshintergrund leben. Hier finden sich tendenziell auch die meisten Kinder und Jugendlichen ( $r=0,79$ ). Auch die Lebenslage Alleinerziehender ist in den durch höhere und höchste SGB II-Quoten geprägten Stadtteilen häufiger anzutreffen: Der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an der Gesamtzahl der Haushalte fällt in der Regel höher aus, die Korrelation beider Merkmale ist auch hier mit  $r=0,68$  entsprechend hoch (vgl. Abbildung 10). Ein weiteres Beispiel lässt sich im Themenfeld Gesundheit ausmachen. Es sind eben wieder jene Stadtteile, die durch überproportionale Armut geprägt sind, und darüber hinaus in Bezug auf Gesundheitsindikatoren als herausgefordert zu bewerten sind. So fallen in den durch hohe SGB II-Quoten geprägten Gelsenkirchener Stadtteilen die Anteile der im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung attestierten Übergewichts- bzw. Adipositasbefunde bei Kindern deutlich höher aus, der bivariate statistische Zusammenhang auf Ebene der 18 Stadtteile ist auch hier mit  $r=0,76$  beträchtlich (vgl. Abbildung 11).

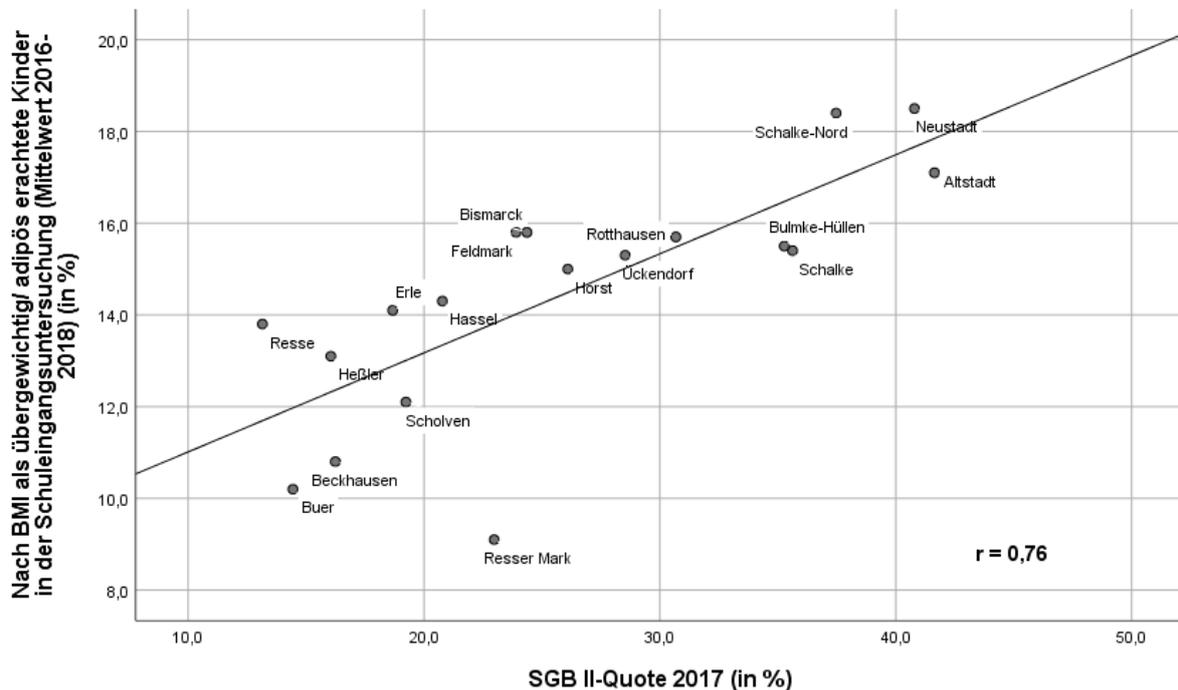
Abbildung 10: Lineare Regression: Alleinerziehenden-Haushalte und SGB II-Quote auf Ebene der Gelsenkirchener Stadtteile 2017



Datenbasis: Stadt Gelsenkirchen; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

<sup>8</sup> Ausgewiesen wird der Korrelationskoeffizient nach Pearson.

Abbildung 11: Lineare Regression: SGB II-Quote 2017 und nach Body-Mass-Index als übergewichtige/adipös erachtete Kinder in der Schuleingangsuntersuchungen 2016-2018 auf Ebene der Gelsenkirchener Stadtteile



Datenbasis: Stadt Gelsenkirchen; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

Die skizzierten empirischen Befunde am Gelsenkirchener Beispiel zeigen, dass eine indikatorengestützte Raumbewertung auch innerstädtische Bedeutung hat, um sozialräumliche Probleme und Entwicklungen zu erkennen und geeignete Interventions- und Präventionsinstrumente implementieren zu können. Lösungen zur Vermeidung von Segregation sind dabei nicht in einem einzelnen Politikfeld oder einer isolierten Maßnahme zu finden, als Phänomen mehrdimensionaler Problemlagen können soziale Benachteiligung und Ausgrenzung und dem Entgegenwirken zunehmend ungleichwertiger Lebensverhältnissen auch in den städtischen Teilräumen nur durch übergeordnete strategische Zusammenarbeit verschiedener Politikbereiche und nicht zuletzt durch den systematischen Einbezug der Menschen in den Quartieren entgegengewirkt werden.

### 3.4 Clusteranalyse und Gebietstypisierung

Die Gebietstypisierung erfolgte mittels des multivariaten statistischen Verfahrens der Clusteranalyse. Mithilfe clusteranalytischer Methoden können jene Gebietseinheiten zu Gebietstypen bzw. „Clustern“ zusammengefasst werden, die sich bei den in die Analyse eingehenden Merkmalen (Indikatoren) ähnlich sind. Hier werden die Kreisregionen so gruppiert, dass die Unterschiede zwischen den Kreisregionen innerhalb eines Gebietstyps möglichst klein und die Unterschiede zwischen den Gebietstypen möglichst groß ausfallen. Die so bestimmten Gebietstypen lassen sich dann hinsichtlich der Merkmalsausprägungen (Indikatorenausprägungen) interpretieren. Die Zuordnung der Kreisregionen im Rahmen der Clusteranalyse erfolgte hier anhand der ermittelten Faktoren bzw. den Faktorwerten der Kreisregionen (vgl. Kapitel 3.1). Es werden zwei clusteranalytische Verfahren nacheinander angewandt. In einem ersten Schritt wird mit einer hierarchischen Clusteranalyse eine aus statistischer wie auch aus fachlicher Sicht sinnvolle Clusteranzahl bestimmt. Es wird hierbei das Ward-Verfahren mit der quadrierten Euklidischen Distanz als Distanzmaß verwendet, weil dieses Verfahren ähnlich große Cluster erzeugt, die dem Ziel der möglichst homogenen Gruppen sehr nahekommt. Für jedes dieser Cluster können die dazugehörige Clusterzentren bestimmt werden. Diese Clusterzentren werden in einem zweiten Schritt mit einer Clusterzentrenanalyse, einem iterativen

Verfahren nach Varianzkriterium (auch K-Means-Methode genannt), optimiert. Das geschieht dadurch, dass einzelne Kreisregionen zwischen den Clustern umsortiert werden. Die endgültigen Cluster sind dann im günstigsten Fall in sich noch homogener und unterscheiden sich noch deutlicher voneinander als in der Ausgangsclusterlösung.

Die vollständige Clusteranalyse der Kreisregionen auf Basis der drei ermittelten Faktoren ergibt eine Zuordnung zu sieben Gebietstypen bzw. Clustern, die mit den Buchstaben A bis G gekennzeichnet werden. Der Tabelle 4 lassen sich die Zentren bzw. Mittelwerte dieser sieben Cluster für den Faktor „soziale Lage“, den Faktor „Wirtschaftsintensität“ und den Faktor „Bevölkerungsentwicklung/ Altersstruktur“ entnehmen. Anhand der Ausprägungen der Faktoren erfolgt die Typbeschreibung. Bei den Faktorwerten handelt es sich um dimensionslose Zahlen mit einem Mittelwert von 0. Daher lassen sich positiv wie negativ abweichende Clustermittel schnell interpretieren. Für eine differenziertere Betrachtung der die 361 Kreisregionen charakterisierenden Typen werden zudem die Clustermittelwerte bezogen auf die neun Ausgangsindikatoren dargestellt. Die erste Zeile „Anzahl Kreisregionen“ gibt schließlich an, wie sich die 361 Kreisregionen auf die sieben Cluster verteilen.

Tabelle 4: Ergebnis der Clusteranalyse zum Beobachtungsjahr 2017, Kreisregionen 2017

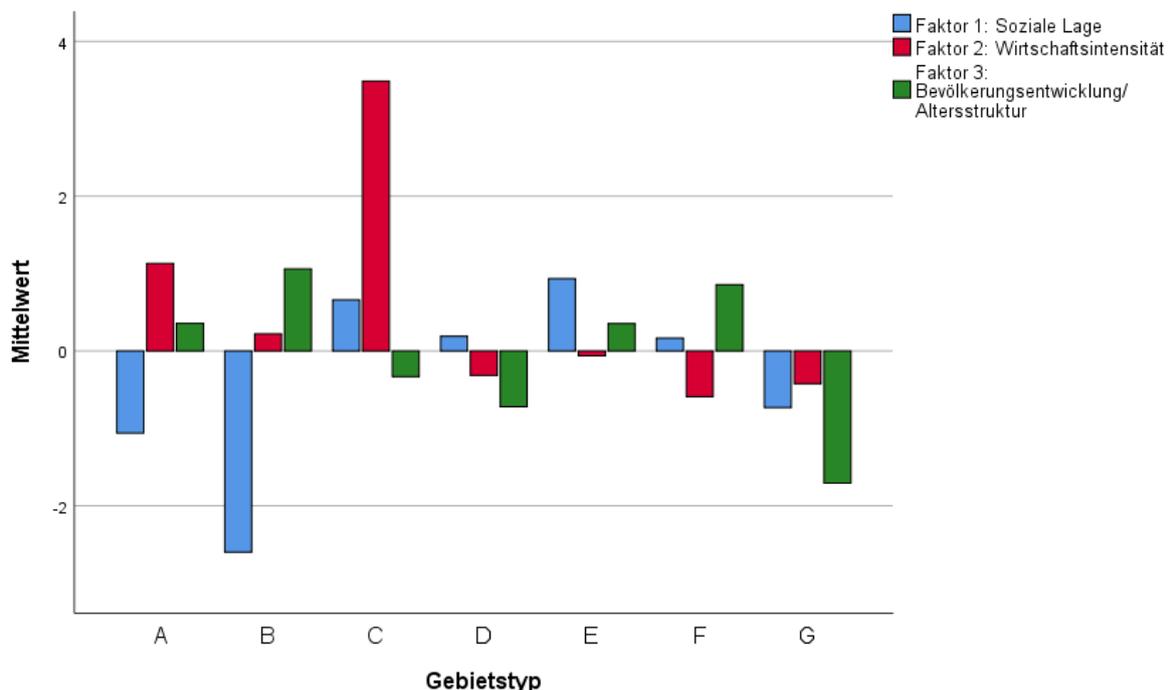
Ergebnisse	Gebietstyp A	Gebietstyp B	Gebietstyp C	Gebietstyp D	Gebietstyp E	Gebietstyp F	Gebietstyp G	Mittelwerte insgesamt
Anzahl Kreisregionen	36	18	16	85	78	88	40	
Faktor 1: Soziale Lage	-1,06	-2,60	0,66	0,19	0,93	0,17	-0,73	0,00
Faktor 2: Wirtschaftsintensität	1,13	0,22	3,49	-0,32	-0,06	-0,59	-0,42	0,00
Faktor 3: Bevölkerungsentwicklung/ Altersstruktur	0,36	1,06	-0,33	-0,72	0,35	0,86	-1,71	0,00
Unterbeschäftigungsquote 2017	10,3	14,8	6,5	7,0	4,2	6,1	10,8	7,3
SGB II-Quote 2017	13,4	19,1	7,9	8,0	4,3	7,0	12,7	8,6
Verfügbares Einkommen in Euro je Einwohner 2016	20.626	18.713	24.077	21.151	23.902	22.150	18.986	21.728
Bevölkerungsdichte 2017	1.603	1.978	1.764	169	261	239	147	507
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in wissensintensiven Dienstleistungen 2017	18,0	12,6	31,0	8,6	9,5	7,7	7,9	10,6
Bruttoinlandsprodukt in Euro je Einwohner 2016	45.236	33.802	84.708	29.308	36.653	30.533	25.871	35.081
Prozentuale Bevölkerungsentwicklung 2010-2017 (zensuskorrigiert)	5,1	3,7	8,1	-0,8	3,7	3,8	-4,0	2,13
Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre 2017	15,9	15,7	15,5	15,6	16,9	17,4	14,4	16,2
Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahre 2017	20,3	21,1	18,5	23,7	20,8	20,7	26,9	22,0

<sup>\*)</sup> Mittelwerte bezogen auf die Gesamtheit der 361 Kreisregionen.

Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung ZEFIR.

In Abbildung 12 werden die Clustermittelwerte bezogen auf die drei Faktoren grafisch veranschaulicht. Die Abbildung verdeutlicht die Unterschiede zwischen den sieben Clustern und das Ausmaß für die regionalen Disparitäten der Kreisregionen.

Abbildung 12: Mittelwerte der sieben Gebietstypen in den 361 Kreisregionen bezogen auf die drei Faktoren, 2017



Datenbasis: BBSR, Berechnung und Darstellung ZEFIR.

Auf Basis dieser empirischen Befunde lassen sich die Gebietstypen wie folgt charakterisieren:

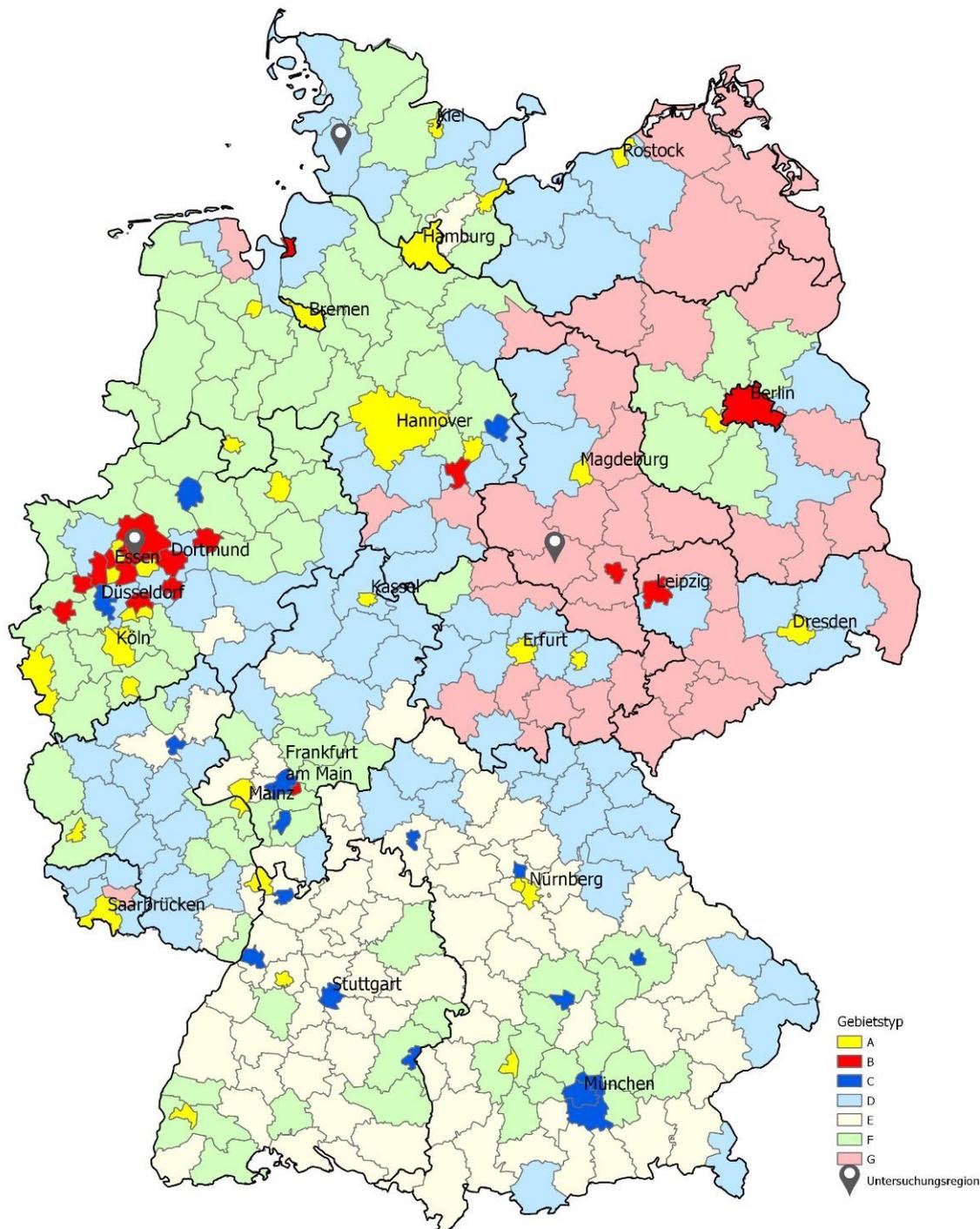
- In Gebietstyp A finden sich **„Städte mit überdurchschnittlicher Wirtschaftsintensität und erkennbaren sozialen Herausforderungen“**. Die gegensätzlichen Abweichungen in Faktor 1 und 2 spiegeln die innerstädtische Polarisierung zwischen sozialen Herausforderungen und wirtschaftlicher Stärke wider. Die Bevölkerungsentwicklung liegt mit 5,1 % deutlich über dem Mittel von 2,1 %.
- In Gebietstyp B weicht der Faktorwert „soziale Lage“ um die 2,6-fache Standardabweichung nach unten ab. Betroffen sind zumeist Städte, die im Durchschnitt besonders stark in Hinblick auf Unterbeschäftigung (14,8 %, Durchschnitt aller Kreisregionen: 7,3 %), einer überdurchschnittlichen SGB II-Quote von 19,1 % (Durchschnitt aller Kreisregionen: 8,6 %) sowie ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau von 18.700 Euro je Einwohner (Durchschnitt aller Kreisregionen: 21.700 Euro je Einwohner) geprägt sind. Neben den besonderen sozialen Herausforderungen weicht der Faktor Bevölkerungsstruktur bzw. Altersstruktur um rund eine Standardabweichung vom Mittelwert ab. Das Bevölkerungswachstum liegt mit 3,7 % oberhalb des Durchschnittswertes von 2,1 %. Die Untersuchungsregion Gelsenkirchen ist in diesem Cluster verortet. Hier wird auch deutlich, dass ein Bevölkerungswachstum eine grundsätzlich durch soziale Problemlagen geprägte Stadt vor besondere Herausforderungen stellen kann. *Gebietstyp B* kann definiert werden als **„Städte mit günstiger Altersstruktur und hohen sozialen Herausforderungen“**.
- Die Kreisregionen aus Gebietstyp C weisen eine überdurchschnittliche Wirtschaftsintensität auf (3,5-fache Standardabweichung). Auch dieser Typ ist städtisch geprägt mit einer Bevölkerungsdichte von 1.800 Einwohner je km<sup>2</sup>. Zudem weisen die Kreisregionen des Gebietstyps C einen überdurchschnittlichen Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungen (31 %, Durchschnitt aller Kreisregionen: 10,6 %) auf. Das BIP in Euro je Einwohner liegt dementsprechend im Durchschnitt mit 84.700 Euro deutlich oberhalb des Durchschnitts aller Kreisregionen von 35.100 Euro. Faktor 1 und 3 liegen beide noch im Bereich zwischen -1 und 1 und sind damit als durchschnittlich zu bezeichnen. *Gebietstyp C*: **„Städte mit ausgewiesener Wirtschaftsintensität“**.
- Gebietstyp D kann als **„durchschnittlich geprägte ländliche Regionen mit erkennbaren Herausforderungen bezogen auf die Altersstruktur“** charakterisiert werden. So weicht die Wirtschaftsintensität

aufgrund der unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 169 Einwohner je km<sup>2</sup> sowie der unterdurchschnittlichen Wirtschaftskraft mit einem BIP von 29.300 Euro je Einwohner (Durchschnitt aller Kreisregionen: 35.100 Euro) leicht nach unten ab. Die Kreisregionen dieses Clusters sind zudem geprägt von einem leicht negativen Bevölkerungsrückgang von -0,8 % (Durchschnitt aller Kreisregionen: 2,1 %). Der Landkreis Dithmarschen als weitere Untersuchungsregion ist diesem Gebietstyp zuzuordnen.

- In Gebietstyp E sind **„durchschnittlich geprägte Regionen mit erkennbar günstiger sozialer Lage“** verortet. Das Bevölkerungswachstum liegt mit 3,7 % leicht oberhalb des Niveaus aller Kreisregionen von 2,1 %, während das BIP von 36.700 Euro je Einwohner leicht oberhalb des Mittels von 35.100 Euro liegt. Jene Indikatoren, die auf den Faktor soziale Lage wirken, sind etwas unterhalb des Mittels aller Kreisregionen angesiedelt.
- Gebietstyp F stellt **„Regionen mit erkennbaren Herausforderungen der Wirtschaftsintensität und günstiger Altersstruktur“** dar. Während die Werte der SGB II- und der Unterbeschäftigungsquote (7,0 % bzw. 6,1 %) sowie des verfügbaren Einkommens je Einwohner (22.150 Euro) in etwa dem bundesweiten Mittelwert der Kreisregionen entsprechen, fällt das BIP mit rund 30.500 Euro je Einwohner unterdurchschnittlich aus. Die Bevölkerungsentwicklung ist mit 3,8 % positiv, der Anteil der jungen Menschen unter 18 Jahren ist mit 17,4 % überdurchschnittlich, der Anteil älterer Bevölkerung ist mit 20,7 % hingegen unterhalb des Mittelwertes angesiedelt.
- Gebietstyp G ist besonders stark durch den demografischen Wandel geprägt. So weicht der Faktorwert „Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur“ um mehr als die 1,5-fache Standardabweichung nach unten ab. Die Bevölkerungsentwicklung verläuft mit -4 % gegen den durchschnittlichen Zuwachs von 2,1 %. Der Anteil der jungen Bevölkerung unter 18 Jahren liegt mit 14,4 % unterhalb des Durchschnitts von 16,2 %. Dementsprechend liegt der Anteil der älteren Menschen mit 26,9 % oberhalb des Mittels von 22 %. Die Untersuchungsregion Mansfeld-Südharz ist in diesem Typ verortet. Auch wenn die beiden anderen Faktorwerte noch im Toleranzbereich unterhalb des Mittelwerts von 0 liegen, ist zu konstatieren, dass Gebietstyp G der einzige Typ ist, der durch drei negative Clusterzentrenwerte zu charakterisieren ist. Gebietstyp G kann damit als **„ländliche Regionen mit erkennbaren sozialen Herausforderungen, Bevölkerungsrückgang und ungünstiger Altersstruktur“** charakterisiert werden.

Die kartografische Darstellung bildet die räumliche Verteilung der Kreisregionen auf die sieben Gebietstypen ab (Abbildung 13). Auf Anhieb lassen sich deutliche Süd-Nord-Unterschiede in der Besetzung der Cluster erkennen. Besonders augenfällig sind zudem die starken Unterschiede in der Clusterzugehörigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 13: Gebietstypisierung, Kreisregionen 2017



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Geobasis DE/BKG 2017; Berechnung ZEFIR/Kartografie IAT.

Aus räumlicher Perspektive sind die dem Gebietstypen B zugeordneten Kreisregionen vorrangig im Ruhrgebiet verortet, aber auch Berlin und Leipzig gehören diesem Typ an. Kreisregionen des Gebietstypen G finden sich in den dünnbesiedelten Regionen Ostdeutschlands. Das Berliner Umland profitiert von der Nähe zur Hauptstadt und ist den Gebietstypen D und F zuzuordnen. Die wirtschaftsintensiven Kreisregionen des Gebietstypen C sind vorrangig im Süden, so z. B. in München, Stuttgart, Nürnberg oder Frankfurt, aber auch im nordrhein-westfälischen Düsseldorf und Münster oder in Braunschweig (Niedersachsen) zu finden. Der Süden Deutschlands ist in weiten

Teilen durch den Kreisregionstyp E geprägt. Zu Gebietstyp A gehören die großen Universitätsstädte in Deutschland, wie z. B. Köln, Aachen, Hannover, Magdeburg oder Erfurt.

Durch das explorative Vorgehen mittels Faktorenanalyse wurden neun Kernindikatoren identifiziert, die zentral für die Bestimmung ungleicher Lebensverhältnisse in den 361 Kreisregionen sind. Aufbauend auf der Gebietstypisierung können weitere inhaltlich relevante Merkmale zur Deskription oder Erklärung (ungleicher) regionaler Lebensverhältnisse herangezogen werden. Es werden damit nicht ausschließlich aus statistischer Hinsicht, sondern auch aus inhaltlicher Perspektive relevante Indikatoren einer näheren Betrachtung unterzogen. Damit wird der Logik der Raumordnungsberichterstattung des BBSR entsprochen, verschiedene Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse abzubilden (BBR 2005; BBSR 2012, 2017). Welche Bereiche und Indikatoren dies sein könnten, wurde auch intensiv in den drei Untersuchungsregionen diskutiert. Die Erhebung und Ergebnisse aus den Modellkommunen werden in Kapitel 4 ausführlich dokumentiert. In Kapitel 5 folgen dann Vorschläge und exemplarische Analysen mit weiteren Indikatoren.

## 4. Wahrnehmung der Lebensverhältnisse in den Untersuchungsregionen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analysen zur Wahrnehmung der Lebensverhältnisse in den drei Untersuchungsregionen – Landkreis Dithmarschen, kreisfreie Stadt Gelsenkirchen sowie Landkreis Mansfeld-Südharz – aufgeführt. Hierfür wird zunächst das methodische Vorgehen beschrieben. Aufbauend hierauf werden die Ergebnisse der Diskursanalyse sowie der Erhebungen in den drei Untersuchungsregionen aufgeführt. Abschließend erfolgt eine Bewertung der Ergebnisse in Hinblick auf die Entwicklung eines Messkonzepts gleichwertiger Lebensverhältnisse.

### 4.1 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen der Erhebung und Analyse der Lebensverhältnisse in den drei Untersuchungsregionen wurden verschiedene Methoden angewandt.

Zur Vorbereitung wurden Dokumente und Literatur aus den und über die Modellregionen gesichtet. Ziel der Literaturanalyse war, einen Überblick über die soziostrukturelle und räumliche Lage zu erhalten. Hierfür wurden u. a. regionale Entwicklungskonzepte, Demografie-, Bildungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsberichte gesichtet und zusammengefasst. Zudem wurden öffentlich zugängliche Daten auf Ebene der Gemeinden sowie für Gelsenkirchen auf Ebene der Stadtteile geprüft. Die Ergebnisse dieses Literaturüberblicks fließen in die Auswertungen der weiteren Erhebungen mit ein.

Die Diskursanalyse zielt darauf ab, einen Überblick über die mediale Berichterstattung zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse in den drei Untersuchungsregionen zu gewinnen. Es ging insbesondere darum, Unterschiede hinsichtlich der öffentlichen Problemwahrnehmung und der öffentlichen Meinungsbildung zum Thema „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zwischen den Regionen zu identifizieren. Es wurde die jeweils auflagenstärkste lokale Tageszeitung ausgewertet:

- Dithmarschen: Regionalausgaben des Verlages Boyens-Medien (lokale Anzeigenblätter wurden nicht berücksichtigt)
- Gelsenkirchen: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)
- Mansfeld-Südharz: Mitteldeutsche Zeitung (MZ)

Die Analyse erfolgte mittels der Suchfunktion in den Online-Archiven der drei Tageszeitungen über einen Zeitraum von insgesamt fünf Jahren (Januar 2014 bis Mai 2019). Da der Fachbegriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ – zumindest vor der Etablierung der gleichnamigen Kommission nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde, wurde nur der Begriff „Lebensverhältnisse“ aufgegriffen. Insgesamt gingen folgende Schlagworte in die Suche ein:

- abgehängt
- Daseinsvorsorge
- Haushaltslage
- Infrastruktur
- Lebensqualität
- Lebensverhältnisse
- Strukturwandel
- Teilhabe

Die Ergebnisse dieser Medienauswertung werden in Kapitel 4.2 dargestellt. In den drei Untersuchungsregionen wurden insgesamt 23 leitfadengestützte Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Verbänden der Fachbereiche Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Natur und Umwelt durchgeführt. In Gelsenkirchen ergab sich zudem die Möglichkeit, mit rund zehn Unternehmen auf Einladung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Nord Westfalen – Standort Gelsenkirchen im Rahmen eines Workshops zu diskutieren. Die

Gespräche dauerten im Schnitt 1,5 Stunden und wurden persönlich vor Ort durchgeführt. Sie wurden protokolliert, aufbereitet und inhaltlich ausgewertet. Die Gespräche umfassten folgende Themenblöcke:

- Einschätzung der Region in Hinblick auf Stärken und Herausforderungen
- Generelle Einschätzung, Definition, Dimensionen und mögliche Indikatoren gleichwertiger Lebensverhältnisse
- Einschätzung der Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf gleichwertige Lebensverhältnisse vor Ort
- Einschätzung zum Stand und Entwicklung der Daseinsvorsorge in der Region
- Zentrale Maßnahmen und Akteure zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse
- Besondere Herausforderungen in der Region in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse
- Abschlussfragen zu nicht angesprochenen Themen sowie weiteren Experten und Expertinnen

In jeder Untersuchungsregion wurde darüber hinaus jeweils ein Experten- und ein Bürgerworkshop durchgeführt. Die Akquise der 6-18 Teilnehmenden erfolgte über die interviewten Expertinnen und Experten. In Mansfeld-Südharz konnten die Teilnehmenden zusätzlich über einen Zeitungsaufruf in der Mitteldeutschen Zeitung gefunden werden. Ziel der Workshops war es, die Zwischenergebnisse zum Messkonzept zu diskutieren und in Hinblick auf die Wahrnehmung der regionalen Lebensverhältnisse vor Ort zu reflektieren. Ein wichtiger Aspekt lag auch darin zu überprüfen, inwiefern das Messkonzept verständlich und vermittelbar ist. Die rund zweistündigen Workshops hatten jeweils den gleichen Ablauf: Zunächst wurden die vorläufigen Ergebnisse – mit Fokus auf die jeweilige Region – präsentiert. Im Anschluss wurden die Ergebnisse in Hinblick auf die Wahrnehmung der Menschen vor Ort diskutiert und ggf. fehlende Dimensionen reflektiert. Es folgte eine Erörterung der Stärken und Herausforderungen der Region in Bezug auf die Lebensverhältnisse sowie die Frage danach, welche Themen und Bereiche aus Sicht der Teilnehmenden für die Lebensverhältnisse besonders wichtig sind. Die Ergebnisse wurden auf Karten und Metaplanwänden festgehalten und protokolliert.

Ziel der Quartiers- bzw. Ortsbegehungen war es, einen visuellen und individuellen Eindruck von den Lebensverhältnissen vor Ort zu erhalten. Hierzu wurden in jeder Region zwei Orte, jeweils ein Zentrum und ein weniger zentraler Ort, zu Fuß erschlossen. In Gelsenkirchen wurden die Innenstadt und ein Stadtteil begangen. In Mansfeld-Südharz sowie in Dithmarschen wurden jeweils der Kern eines Mittelzentrums und ein Ort ohne zentralörtliche Funktion, der „Dorfkern“, erkundet. Zur Vorbereitung auf die insgesamt sechs Quartiersbegehungen wurde ein Leitfaden zur Protokollierung angefertigt. Dieser wurde zur Erstellung von Notizen während der Begehung genutzt und nach der Begehung vollständig ausgefüllt. Neben der Versorgungssituation in Bezug auf zentrale Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse ging es um das generelle Erscheinungsbild (baulicher Zustand der Häuser, Straßen, Angsträume) sowie wahrnehmbare Zeichen der Lebensverhältnisse vor Ort (Belebtheit etc.). Zudem wurde die Wegstrecke via Global Position System (GPS) mitgezeichnet und zentrale Plätze, Gebäude etc. wurden fotografisch festgehalten.

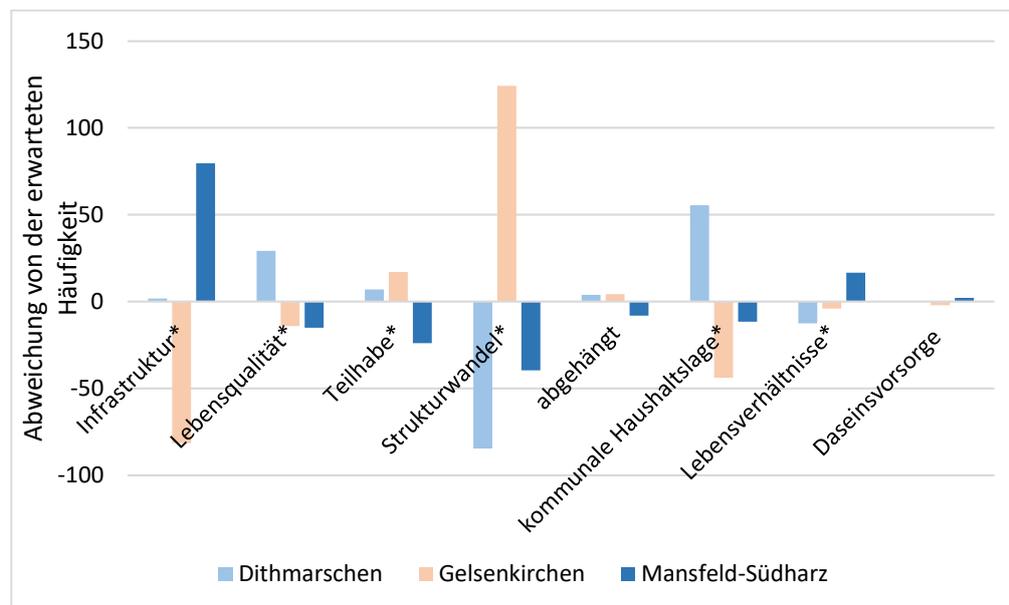
Darüber hinaus wurde in jeder Region eine Tour mit Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, die von regionalen Akteuren (mit-)organisiert wurde. Ziel dieser Touren war es, mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt an Orten, die für die Lebensverhältnisse relevant sind, ins Gespräch zu kommen und so einen vertieften und anschaulicheren Einblick in die Lebensverhältnisse zu erhalten. In Dithmarschen führte die Fahrt mit dem ehrenamtlich getragenen Bürgerbus von Meldorf nach Niendorf. In Gelsenkirchen erfolgte eine dreistündig geführte, fußläufige Tour mit sieben Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadtteile Schalke/Schalke-Nord. Die Führung übernahm ein lokaler Unternehmer. In Mansfeld-Südharz wurde eine fünfstündige Bustour mit sechs Bürgerinnen und Bürgern (Sangerhausen–Benndorf–Roßla–Sangerhausen) durch den lokalen LEADER-Manager organisiert. Die Bürgertouren wurden protokolliert und ergänzend zu den Workshops ausgewertet. Die regionsübergreifenden und generalisierenden Ergebnisse aus Interviews, Workshops und Bürgertouren werden in Kapitel 4.3, die regionsspezifischen Herausforderungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Kapitel 4.4 dargestellt.

## 4.2 Analyse von regionalen Tageszeitungen aus den drei Untersuchungsregionen (Diskursanalyse)

Im Rahmen der Schlagwortsuche zu den acht Begriffen Lebensverhältnisse, Daseinsvorsorge, Lebensqualität, Infrastruktur, Teilhabe, abgehängt, Strukturwandel und Haushaltslage konnten 1.899 Zeitungsartikel identifiziert werden. Diese Artikel wurden in Anlehnung an Paulus (2015: 19 f.) mithilfe des Programms MAXQDA kodiert, um die Artikel zu analysieren. Abbildung 14 stellt die Abweichungen der Artikelhäufigkeit vom Erwartungswert<sup>9</sup> dar. Sie beschreibt also die Abweichung der Schlagwortverteilung zwischen den Regionen in Bezug auf das durchschnittliche Vorkommen in allen 1.899 Zeitungsartikeln. Für sechs von acht Schlagworten konnten statistisch signifikante Abweichungen festgestellt werden (Chi<sup>2</sup>-Test). Nur die Schlagworte „abgehängt“ und „Daseinsvorsorge“ werden, relativ gesehen, in etwa gleich häufig in den regionalen Zeitungen genannt. Einen Überblick über die absoluten Häufigkeiten findet sich in Tabelle 14 im Anhang.

Zum Schlagwort „Infrastruktur“ wurden mit insgesamt 648 die meisten Zeitungsartikel gefunden. So wurde das Thema in insgesamt 195 Artikeln besonders intensiv in Mansfeld-Südharz diskutiert. Damit lag die Anzahl der tatsächlichen Artikel mit 80 Artikeln deutlich über der Anzahl der erwartbaren Artikel von 115. Konträr dazu wurde „Infrastruktur“ in Gelsenkirchen unterdurchschnittlich oft besprochen mit -81 Artikeln zum Erwartungswert von insgesamt 337. „Strukturwandel“ hingegen ist ein Gelsenkirchener- bzw. Ruhrgebietsthema. Hier lag die Abweichung bei über 120 Artikel zum Erwartungswert. In Mansfeld-Südharz wurde das Thema in nur 13 Artikeln aufgegriffen (-40 vom Erwartungswert von 53), obwohl auch Mansfeld-Südharz vom Strukturwandel im Kupfer-Bergbau betroffen ist bzw. war. Möglicherweise erklärt die Schließung des letzten Steinkohlenbergwerks 2018 im Ruhrgebiet die Häufung der Nennungen, wohingegen der Kupferbergbau in Mansfeld bereits 1990 zum Erliegen kam. „Lebensqualität“ und die „Haushaltslage“ der Kommunen waren, relativ betrachtet, besonders häufig Thema in Dithmarschen. Die erhöhte Häufigkeit des Schlagworts „Haushaltslage“ in Dithmarschen erklärt sich möglicherweise dadurch, dass im Untersuchungszeitraum der kommunale Finanzausgleich von Schleswig-Holstein überarbeitet wurde.

Abbildung 14: Abweichungen der Zeitungsartikel nach Schlagworten in den drei Untersuchungsregionen vom Erwartungswert



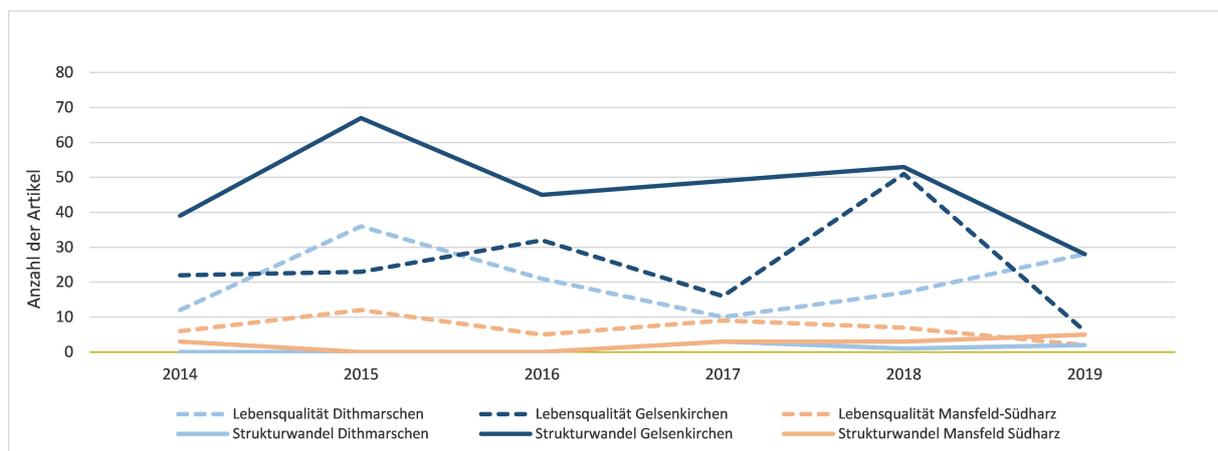
Datenbasis: Boyens Medien, WAZ, MZ; Berechnung IAT.

\*signifikanter Unterschied zwischen erwarteter und tatsächlicher Häufigkeit (Chi<sup>2</sup>Test).

<sup>9</sup> Erwartungswert (Schlagwort Region) = Anzahl der Zeitungsartikel der Region / Anzahl der Zeitungsartikel aller Regionen \*Anzahl der Zeitungsartikel des Schlagwortes aller Regionen

Abbildung 15 illustriert die Häufigkeit der Artikel im Zeitverlauf für die Schlagworte „Lebensqualität“ und „Strukturwandel“. Entgegen der Vermutung, dass das Thema Strukturwandel 2018 mit der Schließung des Bergwerks Konjunktur hatte, wurde das Schlagwort besonders häufig 2015 in Zeitungsartikeln aus Gelsenkirchen gefunden. Beim Schlagwort Lebensqualität zeigt Gelsenkirchen im Jahr 2018 mit 51 Zeitungsartikeln die mit Abstand häufigsten Nennungen (2017 wurden nur 17 Artikel aus Gelsenkirchen zum Thema gefunden). Ein möglicher Grund hierfür könnte in der Veröffentlichung der Deutschlandstudie des ZDF im selben Jahr sein. Gelsenkirchen belegte in dieser Studie den letzten Platz unter allen 401 Kreisen und kreisfreien Städten. Dieses Ergebnis löste eine Kontroverse über den Zweck und das Forschungsdesign dieser und ähnlicher Studien aus (u. a. WAZ, 25.05.2018<sup>10</sup>; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 17.04.2019<sup>11</sup>; Website Mythos 1904<sup>12</sup>).

Abbildung 15: „Themenkonjunkturen“: Strukturwandel und Lebensqualität 2014-2019



Datenbasis: Boyens Medien WAZ, MZ; Berechnung IAT.

Insgesamt liefert die quantitative Auswertung der Artikel anhand der Schlagworte nur bedingt Anhaltspunkte zu den Unterschieden der Lebensverhältnisse in den drei Untersuchungsregionen. Vielmehr scheint es, dass Themenkonjunkturen und Unterschiede im Sprachgebrauch (z. B. Strukturwandel) sichtbar werden. So stellt sich beispielsweise ungeachtet der häufigsten Nennung „Haushaltssituation“ die kommunale Haushaltssituation in Dithmarschen im Vergleich zu Gelsenkirchen und Mansfeld-Südharz positiver dar (der Landkreis weist die höchsten Ausgaben für Sachinvestitionen je Einwohner auf). Keine Unterschiede konnten hingegen beim Schlagwort „Daseinsvorsorge“ festgestellt werden, auch wenn hier die Versorgungslage in den beiden dünn besiedelten Landkreisen stärker herausgefordert ist als im dicht besiedelten Gelsenkirchen. Vor diesem Hintergrund erscheint es umso wichtiger, den Korpus auch qualitativ zu erschließen. Im Folgenden wird analysiert, welche diskursiven Zusammenhänge unter dem jeweiligen Schlagwort in den einzelnen Regionen verhandelt wurden.

Inhaltlich dominiert in **Gelsenkirchen** die Verkehrsinfrastruktur zum Schlagwort „Infrastruktur“, welche als „marode“ und überlastet dargestellt wird. Auch die Radwege und die Vernetzung des ÖPNVs werden als unzureichend dargestellt. Angesichts der Haushaltssituation, welche für das gesamte Ruhrgebiet als prekär zu bewerten ist, wird insbesondere die Diskussion um einen Solidaritätszuschlag für das Ruhrgebiet zur Entlastung der angespannten Infrastruktur gefordert. Begründet wird dies auch mit den Belastungen durch den strukturellen Wandel. Der „Strukturwandel“ wird zudem mit dem Problem der hohen Arbeitslosigkeit, (Kinder-)Armut, einer niedrigeren Lebenserwartung sowie der Existenz von Quartieren, die als abgehängt beschrieben werden, in Verbindung gebracht. Neben einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit ist jedoch auch der Fachkräftemangel Thema. Die Probleme in Gelsenkirchen lassen ein negatives Image für die Stadt entstehen, die innerhalb der medialen Verhandlung von Lebens-

<sup>10</sup> <https://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/zdf-studie-gelsenkirchen-oberbuergemeister-frank-baranowski-leben-qualitaet-armut-id214387209.html> - zuletzt geprüft am 11.12.2019.

<sup>11</sup> <https://www.mpib-berlin.mpg.de/unstatistik-fragwuerdiges-staedte-ranking> - zuletzt geprüft am 11.12.2019.

<sup>12</sup> Zum hashtag #401ge - <https://www.mythos1904.de/401ge/> - zuletzt geprüft am 11.12.2019.

verhältnissen problematisiert wird. Thematisiert wird die Deutschlandstudie, welche die Außenwirkung Gelsenkirchens negativ beeinflusst. Wie aus Abbildung 15 ersichtlich ist, führen Präsentation und Reaktionen auf die Studien, u. a. durch die Lokalpolitik, zu einer Themenkonjunktur des Begriffs „Lebensqualität“ im Jahr 2018.

Weiterhin spielt das Thema Digitalisierung eine wichtige Rolle, u. a. deshalb, weil die Stadt eine Strategie zur „Smart City“ entwickelt hat. Auch Investitionen in die Bausubstanz, in Stadtteilprogramme, Quartiersarbeit und in die Kinder- und Jugendarbeit werden im Rahmen der Aufwertung der Stadt angesichts der schlechten Haushaltslage zur Diskussion gestellt. Zudem werden spezifische Bevölkerungsgruppen angesprochen, und es wird thematisiert, wie diese an einer Verbesserung von Lebensverhältnissen teilhaben können (u. a. Verbesserung der Bildungsteilhabe für Kinder und Jugendliche). Flankierend steht die Forderung einer Ausweitung der Maßnahmen für einen sozialen Arbeitsmarkt im Raum, welche Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig abbauen sollen. Im Kontext des Begriffs Teilhabe werden Inklusionsthemen für Menschen mit Behinderung sowie die Integration von Migranten, insbesondere Geflüchteter, diskutiert. Auch über Angebote für Senioren, darunter beispielsweise Demenzbetroffene, wird berichtet. Unter dem Schlagwort „Lebensqualität“ wird weiterhin das Thema Klimaschutz, in erster Linie in Bezug auf die Luft- und Wasserverschmutzung, aufgegriffen, welche auch im Kontext einer hohen Verkehrsbelastung in Gelsenkirchen-Schalke verhandelt wird. In diesem Kontext steht auch die Thematisierung der schlechten Luftqualität, welche im Rahmen der Deutschlandstudie bemängelt wurde.

In **Dithmarschen** wird die Haushaltslage der Kommunen und Kreise problematisiert. Darunter litten auch die Verantwortlichen von Sport- und Freizeit- sowie Kultureinrichtungen, welche um deren Erhalt fürchten. Gleiches gilt für die Ausstattung der Feuerwehren. Zudem wird über die finanzielle Entlastung der Kommunen durch Landesmittel berichtet. Die mediale Diskussion über die Verkehrsinfrastruktur setzt im Vergleich zu Gelsenkirchen andere Schwerpunkte. Neben der Forderung zunehmender Investitionen in den Straßenbau, die in allen drei Regionen Thema sind, wird hier auch über die Nutzbarmachung grüner Energie für Mobilitätsangebote (z. B. Liquefied Natural Gas (LNG)- und Elektro-Autos) und die mangelhaften Bahnanbindungen für Pendler berichtet. Zudem wird in Dithmarschen der mögliche Anschluss an die A 20 thematisiert, welche die Verbindung der Landkreise nach Osten (und damit zur Landeshauptstadt Kiel) erheblich verbessern und das Pendeln in die Ballungszentren (v.a. Hamburg) erleichtern würde. Fehlende Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten werden als Nachteil für die Attraktivität der Region beschrieben. Gleichsam wird die Forderung nach einer besseren Aufstellung der Forschungslandschaft, die Förderung der Digitalisierung und des Breitbandausbaus der Region gestellt.

Lebensverhältnisse betreffen verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlicher Hinsicht – dies gilt insbesondere für den Begriff der „Teilhabe“. Neben den Themen interkultureller Austausch und Bildungsteilhabe wird vor allem die Teilhabe von Senioren in Bezug auf soziale Kontakte und Gesundheitsdienstleistungen diskutiert. In dieser Hinsicht wird auch die Rolle von Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen und Sportvereinen hervorgehoben. Zudem werden auch Langzeitarbeitslosen mangelnde Teilhabechancen zugeschrieben. Lebensqualität wird bezüglich des Naturschutzes und der Errichtung von Windkraftanlagen thematisiert. Vor dem Hintergrund des Begriffs „Daseinsvorsorge“ werden in besonderer Hinsicht Freizeitangebote (Schwimmbäder und Sportangebote) genannt. Zugleich wird das Thema im Rahmen der Bevölkerungsentwicklung Dithmarschens sowie der Ortsentwicklung auch vor dem Hintergrund der zuvor thematisierten Ausdünnung von Einkaufs- und Gastronomieangeboten diskutiert.

Für **Mansfeld-Südharz** wird die Konfrontation mit den Folgen des demografischen Wandels in der medialen Diskussion ausgetragen, insbesondere die Ausdünnung von Angeboten der Daseinsvorsorge (Schulschließungen und Wegbrechen von Nahversorgungs- und Gesundheitsangeboten). Dies wird als Einschnitt in die Lebensqualität deklariert. In diesem Zusammenhang findet eine Einordnung als „abgehängte“ Region statt. In diesen Kontext wird der Diskurs auf den Osten als „abgehängte“ Region erweitert. Als Mittel, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wird die Steigerung der Attraktivität der Region benannt, auch um die Schrumpfung bzw. den Bevölkerungsrückgang abzumildern. Attraktivitätssteigerungen werden u. a. dem Breitbandausbau zugeschrieben, auch im Rahmen der Digitalisierung der Schulen. Die diskursive Verknüpfung zwischen Bautätigkeit und Kreisfinanzen wird ähnlich wie in den beiden anderen Untersuchungsregionen gebildet; jedoch spielt hier auch die Instandsetzung infolge des

Hochwassers im Jahr 2013 eine Rolle, welche im Rahmen der Hochwasserhilfe stattfand bzw. teilweise noch aussteht. In Hettstedt wurde im Jahr 2014 über eine Haushaltssperre berichtet, die die angespannte finanzielle Situation der Kommunen verdeutlicht. Zudem ist der Erhalt von Hallenbädern wie auch in Gelsenkirchen Thema. Angesichts der Kommunalfinanzen und des damit verbundenen Sparzwanges sind jedoch die Daseinsvorsorgeleistungen der Kommunen gefährdet. Daher wird für eine Aufrechterhaltung des Solidaritätszuschlages plädiert.

Ein weiteres Thema stellt die schlechte Verkehrsinfrastruktur dar, welche sich auf Berufspendelnde auswirkt. Im Kontext der Problematisierung von Lebensverhältnissen und Lebensqualität wird der Einfluss von Bürgerinitiativen betont. Im Bereich der Teilhabe werden Arbeitsplätze als Ermöglichungsbedingung skizziert. Im Rahmen des Begriffs „Strukturwandel“ wird über die Etablierung von Fördermitteln für die vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen diskutiert. „Lebensqualität“ wird in Mansfeld-Südharz mit der Nahversorgung und Gesundheitsversorgung assoziiert. Der Begriff „Lebensverhältnisse“ ist eng an die Wendezeit geknüpft - dies zeigt sich u. a. darin, dass die Berichterstattung über die Ungleichheit in Ostdeutschland nach der Wende und die Überführung der Betriebe in das Wirtschaftssystem der alten Bundesländer durch die Treuhand thematisiert wird.

Fasst man die Diskurse in den drei Regionen zusammen, ist somit Folgendes festzuhalten: In allen drei Regionen wird das Thema Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV als wichtige Herausforderung diskutiert. Unterschiede ergeben sich in Hinblick auf das Ausdünnen von Angeboten der Daseinsvorsorge, was stärker in den ländlichen Regionen thematisiert wird. Dagegen wird in Gelsenkirchen vermehrt das Thema Armut und Migration bzw. Integration von Geflüchteten diskutiert. In Mansfeld-Südharz wird weniger das Thema Armut diskutiert, sondern es wird viel umfassender von „abgehangenen Regionen“ in der Zeitung berichtet.

Damit deuten sich bereits Unterschiede an, die sich aus den verschiedenen Gebietstypen ergeben könnten. So ist z. B. Mansfeld als Gebietstyp G besonders stark durch Bevölkerungsrückgänge geprägt. Die Thematisierung des Wegbrechens von Angeboten der Daseinsvorsorge verwundert daher nicht. Die Berichterstattung in den lokalen bzw. regionalen Medien greift lokale bzw. regionale tagesaktuelle Themen auf. Die Diskursanalyse hilft damit, den regionalen öffentlichen Diskurs auch über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Hilfreich ist dies insbesondere im Vorfeld der Vorbereitung und Durchführung von Experteninterviews, da so zentrale Diskussionen und Herausforderungen bereits bekannt sind und eingeordnet werden können. Bei der Analyse zentraler Begriffe wird jedoch deutlich, dass auch der überregionale Diskurs und Themenkonjunkturen Einfluss auf die regionale Medienberichterstattung haben. Die Analyse stößt damit auch schnell an Grenzen.

### 4.3 Generelle Wahrnehmungen gleichwertiger Lebensverhältnisse

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse der generellen Wahrnehmung gleichwertiger Lebensverhältnisse thematisiert. Im Rahmen der Expertengespräche wurde abgefragt, was unter gleichwertigen Lebensverhältnissen generell zu verstehen ist und welche Dimensionen zentral sind. In den Bürger- und Expertenworkshops wurden die Teilnehmenden gleichermaßen dazu aufgefordert zu diskutieren, welche Themen und Bereiche für sie im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse besonders wichtig sind. In den Workshops erfolgte die Abfrage bewusst nach der Präsentation des Entwurfs des Messkonzeptes. Die Workshopteilnehmenden reagierten damit auf einen inhaltlichen Input und hoben die Punkte hervor, welche ihrer Meinung nach im Messkonzept fehlten. Daher werden im Folgenden zunächst die Ergebnisse der Experteninterviews präsentiert und dann diese um die Antworten aus den Workshops ergänzt.

Den Expertinnen und Experten fiel es im Rahmen der Gespräche in der Regel leicht, Stärken und Herausforderungen ihrer Region in Bezug auf die Lebensverhältnisse zu beschreiben. Die anschließend formulierte allgemeine Frage nach der persönlichen Definition gleichwertiger Lebensverhältnisse war für viele schwieriger zu beantworten und wurde oftmals beispielhaft unter Nennung von Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse beantwortet. Am häufigsten wurde eine allgemeine Definition über die räumliche Gerechtigkeit der Chancen vorgenommen: Lebensverhältnisse sind dann gleichwertig, wenn möglichst gleiche Chancen auf individuelle Entfaltung bestehen unabhängig vom Wohnort. Dies gilt aus Sicht mehrerer Expertinnen und Experten besonders in Bezug auf die

Chancen von Kindern (Chancengerechtigkeit von Geburt an). Eine quantitativ und qualitativ gute Versorgung mit (frühkindlicher) Bildung wird aus diesem Grund als zentrale Dimension beschrieben. Neben gleichwertiger Bildungsteilhabe wurden zudem gleiche Chancen auf ein eigenständiges Einkommen und Erwerbsteilhabe, Gesundheit und soziale Teilhabe aufgeführt. Mehrere verdeutlichten in ihrer Antwort, dass eine hundertprozentige räumliche Chancengleichheit jedoch nicht herstellbar und auch nicht gewollt sei.

Mehrere Expertinnen und Experten definierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse über die Erreichbarkeit von Einrichtungen sowie die netzgebundene Versorgung zur Befriedung der Grundbedürfnisse. Hierbei geht es jedoch nicht nur um die Erreichbarkeit bzw. den Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, sondern auch um Zugang zur Arbeit bzw. Einkommen. Hierbei fokussieren die Expertinnen und Experten auf eine Sicherung der Mobilität. Aus Sicht einiger muss eine gewisse Grundausstattung gewährleistet werden (Bildung, Gesundheit, ÖPNV, Wirtschaft), während andere Angebote wie Kultur als nachrangig in Hinblick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse betrachtet werden. Die Antworten suggerieren eine räumliche Priorisierung der Einrichtungen entlang der Bedürfnispyramide (nach Maslow)<sup>13</sup> und im Sinne des Zentralen-Orte-Konzepts (ohne dass der Begriff in diesem Kontext genannt wurde). Grundbedürfnisse, die häufig nachgefragt werden, sollen im Nahbereich befriedigt werden können, wohingegen es akzeptabel ist, für weniger existenzielle Bedarfe weitere Wege auf sich zu nehmen (z. B. Hochkultur). Zum Beispiel sollen Kitas und Grundschulen wohnortnah erreicht werden können, und es soll in jedem Teilraum prinzipiell möglich sein, einer Arbeit nachzugehen, welche ein auskömmliches Einkommen sichert.

Da neben dem Zugang zu den Einrichtungen auch deren Qualität für die Betrachtung der Lebensverhältnisse entscheidend ist, wird eine gewisse Bündelung und Zentralisierung der Versorgungseinrichtungen akzeptiert, sofern die Erreichbarkeit gesichert ist. Daher ist das Mobilitätsangebot ein Schlüssel zur Herstellung von Gleichwertigkeit, da sich hier der angemessene Zugang entscheidet. Daraus, dass Menschen je nach Lebenslage den motorisierten Individualverkehr (MIV) nicht nutzen können, leiten die Expertinnen und Experten die Forderung eines barrierefreien ÖPNVs ab. Dies wurde insbesondere in den beiden dünnbesiedelten Untersuchungsregionen thematisiert. Um Teilhabe in allen Lebenslagen zu ermöglichen, wurde von einigen ein Mindeststandard an ÖPNV-Versorgung gefordert, auch wenn dies auf dem Lande hohe Kosten verursachen würde.

Als weitere Definition gleichwertiger Lebensverhältnisse wurde die Verteilung monetärer Ressourcen thematisiert. Hierbei ging es jedoch nicht um eine Gleichverteilung von Einkommen, sondern um die Überlegung, was man sich von seinem Einkommen in der Region leisten kann. Eine Expertenaussage kann als Forderung einer räumlichen Leistungsgerechtigkeit interpretiert werden: Gleichwertigkeit bestände folglich dann, wenn für gleiche Arbeit in allen Teilräumen ein preisbereinigt identisches Einkommen gezahlt würde. Als eine Möglichkeit des Umgangs mit unterschiedlichen Einkommensmöglichkeiten, etwa zwischen Dithmarschen und Hamburg, regten mehrere Expertinnen und Experten einen Indikator an, der das verfügbare Einkommen von Regionen mit den jeweiligen Preisniveaus ins Verhältnis setzt. Auch das Thema einer ähnlichen Lebenszufriedenheit zwischen den Teilräumen als mögliche Definition gleichwertiger Lebensverhältnisse wurde genannt.

In Tabelle 5 wird eine Häufigkeitsübersicht der im Rahmen der 23 Expertengespräche genannten Dimensionen gegeben. In den Antworten spiegeln sich die Überlegungen zur Definition wider (siehe oben). So erhielten Bildung, Wirtschaft (Erwerbsarbeit/Einkommen/[sozialer] Arbeitsmarkt) und Mobilität (ÖPNV/Straßen) die meisten Nennungen. Mit einigem Abstand folgen Kultur, Wohnen und Nahversorgung, Breitband/Mobilfunk sowie Natur, Altersvorsorge, Gesundheit/Prävention. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist darauf zu achten, die Häufigkeiten nicht als Rangfolge der Relevanz der Dimension in Hinblick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu werten. So ist die Versorgung mit Wasser/Elektrizität eine wichtige Dimension für die Lebensverhältnisse vor Ort, auch wenn nur ein Experte diese explizit aufführte. Dies ist vermutlich hierauf zurückzuführen, dass die Ver- und Entsorgung in allen Teilräumen Deutschlands flächendeckend gegeben ist, wohingegen andere Angebote – u. a. aus den Bereichen Mobilität, Gesundheit etc. – stärker ungleich verteilt sind. Ein weiterer Aspekt ist auch immer darin zu

<sup>13</sup> Maslow nennt fünf Bedürfnishierarchieebenen Grund-, und Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Wertschätzung und soziale Entfaltung (Quelle: <http://www.centeredlearning.de/fuehrungsfaehigkeiten/mitarbeitermotivation/maslowsche-beduerfnispyramide/#1>, zuletzt aufgerufen am 19.06.2017 – zuletzt geprüft am 17.12.2019).

sehen, dass Themen, die im Alltag der Menschen eine besondere Rolle spielen, wie Schulbildung, Kinderbetreuung oder Mobilität, in der subjektiven Wahrnehmung eine größere Rolle einnehmen.

Tabelle 5: Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse aus Sicht der Expertinnen und Experten, Anzahl der Nennungen

Dimensionen	Dithmarschen	Gelsenkirchen	Mansfeld-Südharz	Insgesamt
Bildung: Schulen und Kita	5	4	5	14
Wirtschaft/Erwerbsarbeit/sozialer Arbeitsmarkt/Einkommen	3	5	5	13
Mobilität (ÖPNV/Straße)	6	2	4	12
Kultur	4	2	2	8
Sozialer Wohnungsbau/Mietpreise	3	3	2	8
Nahversorgung	2	1	2	5
Breitband/Mobilfunk	2	-	2	4
Natur	1	1	1	3
Altersversorgung (auch Barrierefreiheit und selbstbestimmtes Wohnen)	1	1	1	3
Gesundheit/Prävention	2	-	1	3
Integration Flüchtlinge/Zuwanderer	1	2	-	3
Grundversorgung	2	-	-	2
Sport/Bäder	1	1	-	2
Sicherheit (Kriminalität)	1	1	-	2
Emissionen/Verkehr	1	1	-	2
Steuern/Haushaltsslage	-	2	-	2
Engagement/Ehrenamt/Partizipation	-	1	1	2
Soziale Kontakte/Einsamkeit	1	-	1	2
Wasser/Elektrizität	1	-	-	1
Verwaltung (Erreichbarkeit)	1	-	-	1

Quelle: IAT.

Im Rahmen der Bürger- und Expertenworkshops wurden die Teilnehmenden im Anschluss an die Präsentation des Entwurfs des Messkonzeptes (neun Kernindikatoren plus weitere Indikatoren) gefragt, welche Dimensionen und Bereiche, die für die Lebensverhältnisse vor Ort zentral sind, aus Sicht der Teilnehmenden noch fehlen. Ferner wurde danach gefragt, welche Themen und Bereiche in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse besonders wichtig sind. Folgende Dimensionen und Bereiche wurden hierbei genannt:

Teilnehmende regten an, dass das **Lebensgefühl bzw. die subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse** als wichtige Bereiche der Lebensverhältnisse zu berücksichtigen sind, auch wenn diese schwer zu messen seien. Das wurde besonders in Dithmarschen mit der Frage verdeutlicht, „warum die Leute denn nicht alle in Hamburg wohnen würden, wenn es da doch objektiv so viel besser sei?“. In diesem Zusammenhang wurde für die Messung der subjektiven Wahrnehmung neben Bevölkerungsbefragungen auch vorgeschlagen, u. a. psychische Krankheiten als Indikator zu verwenden. Insgesamt wurde der **Gesundheitszustand bzw. Erkrankungen** als ein weiterer relevanter Bereich gesehen und vorgeschlagen, die Lebenserwartung als Indikator zu berücksichtigen. In der Diskussion ging es weniger um die Angebotsseite von Gesundheitsinfrastruktur, welche im Rahmen der zweiten Analysestufe der weiteren Indikatoren bereits beinhaltet ist (vgl. Kapitel 5.3), sondern eher um den Gesundheitszustand als einen Indikator dafür, wie die Lebensverhältnisse vor Ort sich auf die Gesundheit der dort lebenden Menschen auswirken.

Weitere benannte Themen waren **Kultur/Freizeit/Naherholung** sowie **Bildung**. Bildung wurde in der Diskussion in Dithmarschen ausführlich thematisiert. Einerseits wurde darauf verwiesen, dass die Qualität des Bildungsangebots entscheidend für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist. Andererseits wurde auch diskutiert, wie die Qualität und die Ausstattung von Bildung gemessen werden können (Unterrichtsausfälle wegen Lehrermangels wurden in allen drei Regionen aufgegriffen). In diesem Zusammenhang wurde der präsentierte Outcome-Indikator „Schulabgänger ohne Abschluss“ kritisch hinterfragt.

Aufbauend auf den gewonnenen Informationen für die Entwicklung eines Messkonzeptes zu der generellen Wahrnehmung gleichwertiger Lebensverhältnisse, werden im Folgenden die regionalspezifischen Wahrnehmungen aufgeführt.

#### 4.4 Spezifische Wahrnehmungen gleichwertiger Lebensverhältnisse in den drei Untersuchungsregionen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der qualitativen Erhebung in Hinblick auf die Lebensverhältnisse vor Ort präsentiert. Die Ergebnisse beziehen sich neben den 23 Experteninterviews und sieben Workshops, auf die drei Exkursionen mit Bürgerinnen und Bürgern und die Orts- und Quartiersbegehungen. Die Darstellung spiegelt die vor Ort wahrgenommenen Stärken und Herausforderungen der Lebensverhältnisse wider. Es wird ferner versucht, die generelle Stimmung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die subjektiv wahrgenommenen Lebensverhältnisse vor Ort abzuleiten. Für die Einordnung der Wahrnehmungen vor Ort erfolgt zunächst ein Überblick entlang der neun strukturgebenden Kernindikatoren (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Übersicht der Kernindikatoren in den drei Untersuchungsregionen und des Mittelwertes aller Kreisregionen

Indikatoren	Dithmarschen, Landkreis	Gelsenkirchen, kreisfreie Stadt	Mansfeld-Südharz	Mittelwert der Kreisregionen in Deutschland
Unterbeschäftigungsquote 2017	9,52	19,41	14,61	7,29
SGB II-Quote 2017	12,54	25,81	17,07	8,57
Verfügbares Einkommen in Euro je Einwohner 2016	21.519	16.136	18.308	21.728
BIP in Euro je Einwohner 2016	31.380	29.163	19.445	35.080
Bevölkerungsdichte 2017	93,44	2.480,51	95,26	507,34
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Dienstleistungen am Arbeitsort 2017	7,30	10,42	5,92	10,63
Bevölkerungsentwicklung 2010-2017 (%)	-0,59	0,40	-7,34	2,13
Anteil 'Bevölkerung unter 18 Jahre 2017'	16,04	17,40	13,54	16,25
Anteil 'Bevölkerung 65 Jahre und älter 2017'	24,57	20,61	28,88	21,98
Gebietstyp	D	B	G	
Zuordnung anderer Regionalstudien				
BBSR-Analyse 2017	ausgeglichene LV	unterdurchschnittliche LV	stark unterdurchschnittliche LV	
FES Disparitätenbericht	Deutschlands solide Mitte	städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel	ländlich geprägte Räume in dauerhafter Strukturkrise	
IW Köln-Studie	nicht gefährdet	gefährdet	gefährdet	
Berlin Institut Teilhabeatlas	abgehängte Region	Großstadt mit Problemlagen	abgehängte Region	
Prognose ZDF-Deutschlandstudie	Rang 313	Rang 401	Rang 378	

Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung ZEFIR.

Der **Landkreis Dithmarschen** wurde im Rahmen der Gebietstypisierung dem *Typ D* „durchschnittlich geprägte ländliche Regionen mit erkennbaren Herausforderungen bezogen auf die Altersstruktur“ zugeordnet. Die Unterbeschäftigungsquote (9,52 %) und die SGB II-Quote (12,54 %) liegen oberhalb der entsprechenden Mittelwerte aller

Kreisregionen (7,29 %; 8,57 %), das verfügbare Einkommen in etwa auf dem Niveau dieses Durchschnittswertes. Das BIP je Einwohner liegt mit 31.380 Euro unterhalb des Mittelwertes aller Kreisregionen mit 35.080 Euro. Ein gegenläufiger Trend ist bei der Bevölkerungsentwicklung zu beobachten, welche zwischen 2010 und 2017 bei -0,59 % liegt, während im Durchschnitt aller Kreisregionen ein Wachstum von 2,13 % zu beobachten ist. Auch in den in Tabelle 1 in Abschnitt 2.2 aufgeführten und analysierten Regionalstudien wird der Landkreis mehrheitlich als durchschnittlich betrachtet. In der BBSR-Analyse von 2017 werden dem Landkreis „ausgeglichene Lebensverhältnisse“ attestiert, das IW Köln ordnet den Landkreis als „nicht gefährdet“ ein und in der Friedrich-Ebert-Stiftungs-Studie wird der Landkreis dem Typ „Deutschlands solide Mitte“ zugeordnet. Einzig im Teilhabeatlas des Berlin-Instituts wird die Region als „abgehängt“ eingestuft. Zurückzuführen ist dies auf die hohe Berücksichtigung der Bildungsabwanderung (Wanderungen der jüngeren Bevölkerung bis 35 Jahren), die in die Typisierung einfließt.

Die **kreisfreie Stadt Gelsenkirchen** konnte im Rahmen der Gebietstypisierung dem Typ „*Städte mit günstiger Altersstruktur und hohen sozialen Herausforderungen*“ zugeordnet werden. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezieht Grundsicherung für Arbeitssuchende (25,81 %) und die Unterbeschäftigungsquote liegt bei 19,41 % (Mittelwert aller Kreisregionen 8,57 %; 7,29 %). Das verfügbare Einkommen liegt mit 16.136 Euro deutlich unterhalb des Durchschnittswertes von 21.728 Euro. Das Bevölkerungswachstum ist zwischen 2010 und 2017 mit 0,4 % leicht positiv (Mittelwert aller Regionen 2,13 %). Gelsenkirchen ist mit einem Anteil an Einwohnern unter 18 Jahren an allen Einwohnern von 17,40 % eine „relativ junge Stadt“. Der entsprechende Vergleichswert aller Kreisregionen liegt bei 16,25 %. Auch in den in Kapitel 2.2 sechs analysierten Regionalstudien wird Gelsenkirchen die großen sozialen Herausforderungen attestiert. In der BBSR-Analyse wird der Stadt unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse zugesprochen, die IW-Studie stuft Gelsenkirchen als „gefährdete“ Region ein und der Disparitätenbericht der FES ordnet Gelsenkirchen dem Typ „städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel“ zu. Das Berlin-Institut ordnet Gelsenkirchen zum Typ Großstadt mit Problemlagen und die Prognos-Studie platziert Gelsenkirchen auf den letzten Rang 401.

Der **Landkreis Mansfeld-Südharz** konnte dem Gebietstyp G „*ländliche Regionen mit erkennbaren sozialen Herausforderungen, Bevölkerungsrückgang und ungünstiger Altersstruktur*“ zugeordnet werden. Die SGB II-Quote (17,07 %) und Unterbeschäftigungsquote (14,61 %) liegen deutlich oberhalb des Mittelwertes aller Kreisregionen (8,57 %; 7,29 %), das BIP je Einwohner liegt mit 19.445 Euro deutlich unterhalb des Durchschnittswertes von 35.180 Euro. Besondere Herausforderungen liegen nach wie vor in der negativen Bevölkerungsentwicklung, denn diese liegt mit -7,3 % deutlich unterhalb des Durchschnittswertes aller Regionen mit einem Plus von 2,1 %. Mit einem Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung von 28,9 % und einem Anteil an Bevölkerung unter 18 Jahren von nur 13,54 % ist der Landkreis „relativ alt“. Der entsprechende Mittelwert aller Regionen liegt bei 1,98 %; 16,25 %).

## Dithmarschen

Der Landkreis Dithmarschen liegt an der Westküste Schleswig-Holsteins. Im Süden grenzt der Kreis an die Elbmündung, im Süd-Osten an den Nord-Ostseekanal, im Westen an die Nordsee und im Norden an die Eider, sodass der Kreis eine „Insellage“ innehat. Der Kreis setzt sich aus 111 Gemeinden sowie fünf Städten zusammen. Die zwei Städte Heide und Brunsbüttel werden hauptamtlich geleitet, drei weitere Städte sowie die 111 Gemeinden werden in sechs Ämtern zusammengefasst. Der Landkreis ist Teil der Metropolregion Hamburg.

In Hinblick auf die Wahrnehmung der Lebensverhältnisse vor Ort, werden als wichtige **Stärken** im Landkreis die Natur und die attraktive Landschaft (Luftqualität, Meer sowie Freiräume) genannt (siehe Tabelle 7). Zudem wird auf den Zusammenhalt und die Gemeinschaft in den Orten verwiesen. In Hinblick auf die wirtschaftlichen Stärken wird die sehr kleinbetriebliche sowie die breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur hervorgehoben, die hierdurch resilienter gegenüber Konjunkturschwankungen sei. Auch wenn die Gehälter in Dithmarschen deutlich hinter denen Hamburgs zurückliegen, wird häufig auf den bezahlbaren Wohnraum hingewiesen. „Hier kann man sich sein Haus noch leisten“ war eine vielgenannte Aussage. Dies zeigt sich auch bei den durchschnittlichen Angebots- und Wiedervermietungsmieten, die 2017 bei 6,03 Euro je m<sup>2</sup> und damit 90 Cent unter dem Bundesdurchschnitt lagen (BBSR 2019).

Neben dem sozialen Zusammenhalt wird auch die Kooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie der Bürgerschaft hervorgehoben. Verlässlichkeit und verbindliche Strukturen stellen die Zusammenarbeit verschiedener Akteure sicher. Hierbei wird auf die eigene Identität der „Dithmarscher“ – im Vergleich zu den Schleswig-Holsteinern – verwiesen<sup>14</sup>. Als wichtiges Potenzial für die wirtschaftliche Zukunft sehen die Expertinnen und Experten die erneuerbaren Energien.

Tabelle 7: Nennungen von Stärken und Herausforderungen der Region Dithmarschen in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse

Stärken	Herausforderungen
Attraktive Landschaft (Luft, Meer, Raum), Lebensqualität	Mobilität (ÖPNV, Autobahnanschluss Ost-Westküste)
Zusammenhalt, Gemeinschaft	Demografischer Wandel
Bezahlbarer Wohnraum	Fachkräftebedarf
Resiliente Wirtschaftsstruktur	Klima- und Energiewende
Funktionierende Strukturen und Kooperationen (Politik, Verwaltung, Ehrenamt, etc.)	Versorgung in den „Dörfern“
Klima- und Energiewende (Chance)	Ausbau des Mobilfunknetzes
Eigene Identität	Schwieriges Image (Außen- und Fremdwahrnehmung und bei Jugendlichen)
	Dorfgemeinschaft für Zugezogene aufbrechen

Quelle: IAT.

Als zentrale **Herausforderungen** in Hinblick auf die Lebensverhältnisse vor Ort werden der Ausbau und die weitere Optimierung der Mobilität genannt. Dies gilt sowohl für den Individualverkehr als auch für den ÖPNV. So soll der ÖPNV, der derzeit noch stark durch den Schülerverkehr geprägt ist, für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv werden, um die Mobilität sicherzustellen. Hierfür werden „starke Linien“ mittels Bahn und Regionalbussen eingerichtet, welche die zentralen Orte verbinden und flexible Lösungen (Ruf- und Bürgerbusse) für die weniger stark nachgefragten Verbindungen entwickelt. Auch mit selbstfahrenden Bussen wird bereits experimentiert, denn ein limitierender Faktor in der ÖPNV-Versorgung ist zunehmend auch fehlendes Personal.

Der seit 2017 bestehende Bürgerbus Meldorf und Umgebung e.V. ist ein Beispiel, wie durch ehrenamtliches Engagement und in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Mobilität gesichert werden kann. Der Bürgerbus wurde durch Bürgerinnen und Bürger initiiert, die hierfür den Verein im Jahr 2015 gegründet haben. Der Bus, der bis zu acht Personen befördern kann, wurde durch die Stadt finanziert. Auch die Versicherungs- und Wartungskosten übernimmt die Stadt. Alle weiteren Kosten trägt der Verein. Die Fahrer sind ehrenamtlich tätig. Das Liniennetz wurde gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der zuständigen Verkehrsgesellschaft in Meldorf geplant. Zentrale Aspekte waren Anlaufpunkte wie das Gesundheitszentrum, das Einkaufszentrum sowie eine Wohnsiedlung am Rand Meldorfs, in der viele ältere, oftmals bedürftige, Bürgerinnen und Bürger wohnen. Zudem werden zwei umliegende „Dörfer“ angefahren. Die Auslastung des Bürgerbusses könnte allerdings höher sein, denn viele Bürgerinnen und Bürger nutzen oftmals das eigene Auto.

Als eine weitere zentrale Herausforderung wird von den Expertinnen und Experten der demografische Wandel genannt. Zum einen stellt die Alterung der Bevölkerung den Kreis vor neue Herausforderungen. So ist aus Sicht mehrerer Expertinnen und Experten bereits jetzt die Versorgung älterer Menschen, die nicht mehr eigenständig Autofahren können, in den weiter abgelegenen Dörfern eine Herausforderung. Dies trifft insbesondere Ältere, deren Familienangehörigen nicht mehr vor Ort leben. Denn dort existieren z.T. kaum oder keine Angebote der Nahversorgung mehr. Hier gilt es, die Mobilitätsangebote anzupassen und attraktive Verbindungen in die Zentralorte zu

<sup>14</sup> Die Dithmarscher berufen sich auf die „Schlacht von Hemmingstedt“ aus dem 15. Jahrhundert, in der die Bauern Dithmarschens gegen den Dänischen König - trotz dessen zahlenmäßig weit überlegenen Truppen - siegten und ihren unabhängige Bauernrepublik verteidigten.

schaffen oder auch mit innovativen Versorgungsangeboten (z. B. Telemedizin, arztentlastende Versorgungsassistentinnen) neue Versorgungsmodelle aufzubauen.

Zum anderen wird mit Sorge der fehlende Nachwuchs betrachtet. Unternehmen haben bereits Probleme, Fachkräfte zu gewinnen. Dies wird sich in Zukunft weiter verschärfen, auch weil der Landkreis mit anderen Regionen im Wettbewerb um den Nachwuchs steht. Auch im ehrenamtlichen Bereich, der eine große Bedeutung zur Sicherung der Daseinsvorsorge hat, wird der Nachwuchsmangel mit Sorge betrachtet. Hier müssen in Zukunft unterstützende Strukturen aufgebaut werden, um das Ehrenamt weiter zu stärken.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sollte der Landkreis besonders für Familien attraktiv sein. Der noch als unzureichend betrachtete Ausbau der U3-Kinderbetreuung sollte hierfür weiter vorangetrieben werden. Auch eine quantitativ und qualitativ angemessene Versorgung mit Schulen und Ärzten wird als Voraussetzung angesehen, damit Familien in Dithmarschen bleiben oder mit der Familiengründung wieder in ihre Heimat zurückziehen. Hier hat der Landkreis bereits selbst Verantwortung übernommen und betreibt ein Medizinisches Versorgungszentrum in Büsum. Während der Ausbau des Breitbands durch den Zweckverband Dithmarschen gut strukturiert wurde (allerdings noch weiter ausgebaut werden muss), wird der Ausbau des Mobilfunknetzes als weitere Herausforderung benannt.

Auf die Frage, wie die Bürgerschaft die Lebensverhältnisse im Landkreis subjektiv bewertet, antworteten die Expertinnen und Experten überwiegend positiv und verdeutlichten eine positive Grundstimmung. So würden die meisten Menschen gern im Landkreis leben; es besteht eine hohe Grundzufriedenheit. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich sehr wohl und sind individuell glücklich. Auch der Bürgerworkshop unterstrich die positive Grundstimmung, die auch daraus resultiert, dass es viel Platz, Lebensraum und Ruhe gibt und der Zusammenhalt stimmt. Besonders Familien und Menschen mittleren Alters fühlen sich in Dithmarschen wohl. Anders verhält es sich zum Teil für junge und alte Menschen. Die jungen Leute denken, hier sei „tote Hose“, und ältere Leute, besonders in den Dörfern, fühlen sich teilweise allein gelassen. Ein Experte argumentierte, dass insbesondere jüngere Menschen die Verhältnisse mit Großstädten (auch aufgrund sozialer Medien) verglichen: Im Rahmen eines solchen Maßstabs sei das Angebot (Kultur, Medizin etc.) in Dithmarschen nur „mittelmäßig“. Jedoch könnte man in der ländlichen Region auch nicht mehr als eine gute Grundversorgung erwarten. Insbesondere die nahegelegene Metropole Hamburg ist Referenzpunkt für viele in Dithmarschen.

Die Energiewende wird von den Expertinnen und Experten als Zukunftschance gesehen. Im Landkreis gibt es bereits jetzt zahlreiche Windparks, die jedoch von Teilen der Bevölkerung auch als störend empfunden werden. Ziel ist es, die Chancen der Energiewende zu nutzen und auch für den Landkreis wirtschaftlich nutzbar zu machen. Als vielversprechend wird hier die Zusammenarbeit mit der FH Westküste im Bereich Wasserstoff gesehen. Diese Chancen werden jedoch auch als Herausforderung gesehen, da beklagt wird, dass Dithmarschen oftmals nicht schnell genug handelt und damit wichtige Trends „verschläft“.

## **Gelsenkirchen**

Gelsenkirchen liegt im nördlichen Ruhrgebiet, einer der größten Agglomerationen in der Mitte Europas (mit fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in 53 Kommunen). Gelsenkirchen ist umgeben von den Großstädten Herne im Osten, Bochum im Süden, Essen im Westen sowie im Norden durch den Landkreis Recklinghausen mit Übergang zum südlichen Münsterland. Während die Mitte Gelsenkirchens als ehemaliges Industriezentrum sehr stark bebaut und verdichtet ist, sind die nördlichen Stadtteile im Übergang zum Münsterland landschaftlich attraktiver. Die weniger attraktiven alten Arbeiterviertel in der Mitte und im Süden Gelsenkirchens, sind heute auch durch eine Vielzahl an Herausforderungen (wie z. B. höhere Armut und eine höhere Gesundheitslast) gekennzeichnet, wie im Exkurs in Abschnitt 3.3 deutlich gemacht werden konnte.

Als wichtigste Herausforderungen in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse werden in Gelsenkirchen die sozialen Herausforderungen, insbesondere die (Kinder-)Armut und die Langzeitarbeitslosigkeit gesehen. Um hier

langfristig gegenzusteuern, investiert die verschuldete Kommune trotz vieler Sparzwänge in die frühkindliche Bildung der Kinder.

Tabelle 8: Nennungen von Stärken und Herausforderungen der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse

Stärken	Herausforderungen
Freizeit- und Kulturangebote in der Ruhrregion (Lage bietet kurze Wege)	Armutszuwanderung aus Süd-Osteuropa
Lebensqualität mit viel Grünflächen	Hoher Leerstand und günstiger Wohnraum
Gute und breite Versorgungsangebote (insbesondere für Kinder)	Langzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel
Bezahlbarer Wohnraum	Bildungsteilhabe
Zusammenhalt und Offenheit der Menschen	Kommunalfinanzen
Schalke 04	ÖPNV ist im Ruhrgebiet schlecht vernetzt
	Schwache Wirtschaft, wenig Industrie-arbeitsplätze

Quelle: IAT.

Alle Befragten werteten als **Stärke**, dass es sehr viele Freizeit- und Kulturangebote gibt; sowohl in Gelsenkirchen selbst als auch im gesamten Ruhrgebiet. Die Wege in die zahlreichen großen Nachbarstädte sind kurz. Innerhalb der Stadt gibt es viele Grünflächen und Parks. So ist z. B. auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Rheinelbe im südlichen Stadtteil Ückendorf ein „Industriewald“<sup>15</sup> entstanden. Mit der Forststation Rheinelbe wird dort durch Wald und Holz NRW waldbezogene Umweltbildung angeboten<sup>16</sup>. Die Renaturierung der Emscher bietet weitere Erholungsmöglichkeiten. Neben diesen positiven Entwicklungen muss jedoch auch auf die sehr hohen Verkehrslärm- und Umweltbelastungen in Teilen Gelsenkirchens hingewiesen werden, mit denen die Bevölkerung täglich konfrontiert ist.

Die Versorgungssituation des Handels wird als gut bewertet, auch wenn höherwertige Geschäfte fehlten. Maßstab der Bewertung ist häufig die Vergangenheit, als Gelsenkirchen noch eine wohlhabende Industriestadt war. Jedoch wird auch der Vergleich mit den südlich gelegenen Großstädten gesucht, wo der Strukturwandel bereits weiter vollzogen und die Ausstattung des Einzelhandels hochwertiger ist. Bezogen auf die Mobilität wird der ÖPNV im gesamten Ruhrgebiet als ausbaufähig betrachtet in Hinblick auf die Taktung, den Ausbau der Nord-Süd-Verbindung und in Hinblick auf ein einheitliches Tarifsysteem im gesamten Ruhrgebiet mit dann günstigeren Preisen. Hier ist den Interviewten durchaus bewusst, dass der ÖPNV verglichen mit dünn besiedelten Regionen gut ausgebaut ist. Jedoch ist der Maßstab in einer der größten Agglomerationen nicht Dithmarschen, sondern Berlin.

Sowohl als Stärke jedoch auch als **Herausforderung** wird der bezahlbare Wohnraum gesehen, der zum Teil als „zu günstig“ eingeschätzt wird. Die durchschnittlichen Angebots- und Wiedervermietungs-mieten lagen 2017 bei 5,35 Euro je m<sup>2</sup> und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6,93 Euro je m<sup>2</sup>. Positiv wird gewertet, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger die Mieten leisten können oder auch über Wohneigentum verfügen können. Als negativ wird die Entwicklung aufgrund eines hohen Investitions- und Sanierungsstaus der Immobilien durch die niedrigen Mieten angesehen, der in einzelnen Straßenzügen zu einer hohen Anzahl an unbewohnbaren Immobilien führt. Die Stadt Gelsenkirchen hat eine „Task-Force“ gegründet, um diese unbewohnbaren Häuser zwangszuschließen. Im Rahmen der Stadtführung wurden allein entlang einer Straße im Stadtteil Schalke-Nord fünf Häuser gesichtet, die durch die Stadt bereits geschlossen wurden. Eine weitere Herausforderung, die aus dem günstigen Wohnraum resultiert, ist die Armutsmigration, besonders aus Südosteuropa. Gelsenkirchen ist hiervon (in einzelnen Straßenzügen) besonders stark betroffen. Dies führt aus Sicht der Befragten zu weiteren Herausforderungen in

<sup>15</sup> Der Industriewald ist im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park 1989 etabliert worden. Ein Schwerpunkt der IBA Emscher Park war es, altindustrielle Flächen und Gebäude zu sanieren und einer neuen Nutzung zuzuführen.

<sup>16</sup> <https://www.wald-und-holz.nrw.de/ueber-uns/einrichtungen/regionalforstaemter/ruhrgebiet/industriewald-ruhrgebiet>.

einer Stadt, die bereits durch hohe Armut herausgefordert ist. Mehrere Befragte sprechen davon, dass die Stimmung in Hinblick auf die Armutsmigration „kippen“ könnte und die Stadt hier weitere Unterstützung durch Bund und Land erhalten müsse.

Aufgrund der besonderen Problemlage bezüglich der Kommunalfinanzen muss Gelsenkirchen aus Sicht der Befragten auch unterstützt werden, um wieder handlungsfähig für die Bürgerschaft und Wirtschaft vor Ort zu werden. In diesem Kontext nannten insbesondere Unternehmerinnen und Unternehmer das Verwaltungshandeln (auch aufgrund der personellen Engpässe in der Verwaltung aufgrund der Sparzwänge) optimierungsbedürftig. Besonders die Unterstützung kleiner Betriebe und Unternehmen sei ausbaufähig und angebracht, um langfristig resiliente Wirtschaftsstrukturen aufzubauen.

In Gelsenkirchen besteht das Nebeneinander von verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel. Vor dieser Herausforderung steht auch Mansfeld-Südharz (vgl. unten). Anders als Mansfeld-Südharz verfügt Gelsenkirchen über eine relativ junge Bevölkerung, sodass dem Fachkräftemangel mit den skizzierten Bemühungen zur Bildungsteilhabe langfristig begegnet werden kann. Laut mehreren Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern fehle es Schulabgängerinnen und Schulabgängern häufig an Grundkompetenzen für die Ausbildung und/oder produktiver Beschäftigung im Betrieb. Entsprechend unternimmt die IHK Nord Westfalen gemeinsam mit Unternehmen und Schulen Projekte, welche den Einstieg der Schulabgänger in die Arbeitswelt fördern.

Das Image von Gelsenkirchen wird als Stärke und Herausforderung gleichermaßen bewertet. Einerseits ist Gelsenkirchen als „arme, architektonisch wenig reizvolle“ Stadt bekannt. Viele Regionalstudien, bzw. deren Verbreitung durch die Medien, verstärken dieses Image. Mit der Aktion „#401GE–der exklusive Platz an der Mondfinsternis, dafür lohnt es sich zu kämpfen!“ wurde konkret auf die Wirkungen dieser Studien am Beispiel der ZDF-Deutschlandstudie reagiert.<sup>17</sup> Die Aussage des Initiators hierzu war: „besser ein schlechtes Image als gar kein Image“. Dagegen stiftet der FC Gelsenkirchen Schalke 04 nicht nur Identität nach innen, sondern verleiht der Stadt nationale und internationale Bekanntheit.

Die subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse wird als zweigeteilt beschrieben. Auf der einen Seite leben die Menschen gerne in Gelsenkirchen, was sich auch in einer großen Heimatverbundenheit bzw. Rückkehrbereitschaft der gebürtigen Gelsenkirchener widerspiegelt. Auf der anderen Seite wurde von Mehreren berichtet, dass die Stimmung zu kippen drohe. So sei Gelsenkirchen zwar eine tolerante und kulturell diverse Stadt; die gegenwärtige Armutzuwanderung wird von Vielen jedoch gleichermaßen als Problem wahrgenommen, welches die individuellen Lebensverhältnisse an einzelnen Straßenzügen punktuell beeinträchtigen würde. Mit der Zuwanderung wird auch eine gefühlte Zunahme der Unsicherheit und abnehmende Sauberkeit im öffentlichen Raum in Verbindung gebracht, auch wenn mehrere Expertinnen und Experten darauf verwiesen, dass beides objektiv betrachtet sich nicht bestätigen lasse. Beispielsweise sei statistisch gesehen keine Kriminalitätszunahme zu beobachten. Ein Experte verwies im Kontext der Armutzuwanderung auf folgendes Perspektivenproblem: So böten sich den „Armutzuwanderern“ im Bundesdurchschnitt ohne Frage unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse. Diese seien für die Zuwanderer dennoch attraktiver als der Verbleib in den Herkunftsländern. Ob dies tatsächlich so sei oder ob die Erwartungen an ein Leben in Deutschland überhöht seien, wurde insbesondere im Bürgerworkshop kontrovers diskutiert.

## **Mansfeld-Südharz**

Der Landkreis Mansfeld-Südharz liegt in Sachsen-Anhalt und befindet sich in der Mitte von Deutschland. Nächstgelegene Großstadt ist Halle (Saale). Auch Göttingen, Erfurt und Leipzig sind noch gut erreichbar, was auch in der Autobahnerschließung durch die A 38 liegt, welche den Landkreis von West nach Ost durchquert. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises leben in den drei größeren Städten Sangerhausen, Lutherstadt Eisleben

<sup>17</sup> <https://www.mythos1904.de/401ge/> - zuletzt geprüft am 11.12.2019.

und Hettstedt sowie in drei weiteren Städten und elf Einheits- und Verbandsgemeinden. Der Landkreis wurde 2007 im Rahmen der Kreisgebietsreform durch die Fusion der Kreise Mansfelder Land und Sangerhausen gebildet.

Als **Stärken** des Landkreises benannten die Befragten die besondere Kultur- und Naturlandschaft. Als landschaftsprägendes Merkmal der langen Bergbautradition sind schon von weitem die spitzen Kupferschieferhalden sichtbar, welche aufgrund ihrer Form als „Pyramiden“ bezeichnet werden. Auch sonst hat der Landkreis mit der Südharzlage, der hügeligen Vorharzlandschaft und dem kulturellen Erbe, wie zum Beispiel Eisleben als Geburtsort Martin Luthers, und den gut sanierten Altstädten diverses zu bieten. Als weitere landschaftliche Stärke wird die gute Bodenqualität („Goldene Aue“) benannt, welche intensive Landwirtschaft und den Anbau zahlreicher Wildobstsorten ermöglicht.

Der preisgünstige Wohnraum wird als weitere Stärke der Region gesehen. Eigentum kann relativ günstig erworben werden. Einhellig wurde auch die günstige Lage im Zentrum von Deutschland und die gute überregionale Verkehrsanbindung durch Autobahnen und die Regionalbahn als Stärke benannt.

Tabelle 9: Nennungen von Stärken und Herausforderungen des Landkreis Mansfeld-Südharz in Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse

Stärken	Herausforderungen
Besondere Kultur- und Naturlandschaft (Südharzlage, „Pyramiden“), fruchtbare Böden	Demografischer Wandel, Abwanderungen, fehlende „Müttergeneration“
Günstiger Wohnraum	Strukturbruch (Schließung des Kupferbergbaus), wenig neue starke Branchen
Gut ausgebaute Kinderbetreuung	Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel
Gute Verkehrsanbindung (Autobahnanbindung und Regionalbahnanbindung nach Halle/Leipzig)	Kommunaler Haushalt (Altschulden, Finanzausgleich)
Daseinsvorsorge (eigentlich noch ganz gut: Theater, Kinos, viele sanierte Schulen etc., jedoch Verschlechterung gegenüber früher)	Mobilität (besonders der ÖPNV im Südharz)
	Schlechtes Marketing/Image, Tourismus „verschlafen“
	Rolle der Verwaltung

Quelle: IAT.

Die Angebotssituation der Daseinsvorsorge im Landkreis kann als ambivalent bezeichnet werden: sie wurde sowohl als Stärke als auch als **Herausforderung** benannt. Einigkeit besteht jedoch darin, dass die Kitaversorgung, wie für Ostdeutschland typisch, gut ist, was sich auch in der hohen Betreuungsquote für Kleinkinder niederschlägt (59,3 %, Bundesdurchschnitt: 31,2 %; 2017, BBSR 2019). Aus Sicht der Kreisverwaltung ist es auch gelungen, viele Einrichtungen und Angebote zu erhalten und qualitativ aufzuwerten. Der dünn besiedelte Landkreis kann mit drei Krankenhäusern, Schwimmbädern, einem Theater und angemessenen Busverbindungen aufwarten. In letzter Zeit konnte die weitere Schließung von Grundschulen vermieden werden, trotz des weiter anhaltenden Bevölkerungsrückgangs. Dennoch wird die Daseinsvorsorge durch die Bevölkerung als eher defizitär angesehen, da diese mit der früheren Versorgungslage (zu DDR-Zeiten mit einer deutlich höheren Einwohnerzahl) verglichen wird. Zudem gibt es einzelne sehr dünnbesiedelte Regionen im Südharz, wo Schulen und Sparkassen fehlen und der ÖPNV sowie die ärztliche Versorgung insbesondere für ältere Menschen ohne ein eigenes Auto als nicht mehr ausreichend angesehen werden. Wie auch im Landkreis Dithmarschen „dünn“ es in Hinblick auf Daseinsvorsorge aus und ohne MIV stellt sich die Versorgungslage als eine Herausforderung dar.

Als Herausforderungen in Bezug auf die Lebensverhältnisse wurde übereinstimmend die demografische Entwicklung benannt, welche stark mit dem Strukturbruch im Zuge der Wiedervereinigung zusammenhängt. Im Mansfelder Kombinat waren bis zur Wiedervereinigung tausende Menschen beschäftigt, allerdings wurde aufgrund der unwirtschaftlichen Kupferschieferförderung die Produktion nach der Wende jedoch fast umgehend geschlossen. Höher Qualifizierte oftmals jüngere Menschen wanderten in andere Regionen, wo die Chancen auf Arbeit deutlich besser waren. Zurückgeblieben seien tendenziell weniger qualifizierte Hilfskräfte, welche kaum vermittelbar waren und

sind. Hieraus erklärt sich auch die Situation der anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Wie hemmend die demografische Entwicklung und der Fachkräftemangel auf die Regionalentwicklung wirken, wurde (zufällig) im Rahmen des Unternehmerworkshops in Gelsenkirchen ersichtlich. Ein Unternehmer berichtet davon, dass er an der Übernahme der ehemaligen Mitteldeutschen Fahrradmanufaktur (MIFA) in Sangerhausen interessiert war. Er entschied sich jedoch gegen den Erwerb der Produktionsstätte: So sei das geschnürte Paket durchaus attraktiv gewesen; jedoch hatte der Unternehmer große Bedenken, genügend Fachkräfte vor Ort zu finden.

Entsprechend wird die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises als herausfordernd bewertet. Es sei nicht gelungen, neue starke Branchen in der Region anzusiedeln. Als ausbaufähig wird der Tourismus in der Region wahrgenommen, denn der Landkreis sei als Destination trotz der großen Potenziale kaum bekannt. Es fehle an Fahrradwegen, weshalb die Region von dem boomenden Radtourismus kaum profitiere. Ferner seien die Angebote wenig vernetzt, was z.T. in der schlechten Zusammenarbeit der Kommunen begründet liegt. Ein Experte sieht in der mangelnden Zusammenarbeit eine grundlegende Herausforderung für den Kreis. Die Fusion der Altlandkreise im Rahmen der Kreisgebietsreform 2007 wurde bisher mental nur bedingt vollzogen.

Auch das Agieren der kommunalen Verwaltung wurde thematisiert. Aus Sicht mehrerer Bürgerinnen und Bürger würde sich die Verwaltung der Probleme der Bürgerschaft zu wenig annehmen und Chancen nur zu zögerlich ergreifen. Die äußerst angespannte Lage der kommunalen Haushalte erschwert die Handlungsfähigkeit, denn Mittel für freiwillige Ausgaben stehen kaum zur Verfügung. Die jahrelange „Mangelverwaltung“ sowie aufwendige Vorgaben zur Fördermittelvergabe durch Bund und Land erschweren die Arbeit der Verwaltung und führen zum Teil auch zu Resignation – trotz hohen Engagements. Erwähnt werden soll aber auch, dass durch strategisches kommunales Handeln (Kommune und kommunale Wohnungsgesellschaft) und dem hohen Engagement einzelner Akteure in Benndorf eine ganze Bergarbeitermehrfamilienhaussiedlung attraktiv, integrativ, barrierefrei und energieeffizient (CO<sub>2</sub>-neutral) saniert werden konnte (LENA 2016), während viele andere sanierungsbedürftige Siedlungen in Ostdeutschland abgerissen und nicht erhalten werden konnten.

Aus Sicht der Expertinnen und Experten werden die Lebensverhältnisse von den Bürgerinnen und Bürgern eher negativ bewertet; trotz der attraktiven Landschaft, Ruhe und niedrigen Kriminalität. Dennoch seien die Leute unzufrieden, und es bestehe das Gefühl, „abgehängt“ zu sein. Dies habe auch mit der fehlenden Wertschätzung der erbrachten Leistungen zu tun und dem Gefühl, sich für seine Region entschuldigen zu müssen. Aus Sicht einer Expertin gibt es sehr viel Frust, der eher diffus ist und sich eher auf generelle Themen wie Dieselvebote, Kohleausstieg usw. bezieht. Hierbei entstehe die Sorge, sich in Zukunft den Lebensstandard durch steigende kommunale Abgaben (Ver- und Entsorgung) nicht mehr leisten zu können. Diese Sichtweise wurde im Bürgerworkshop zwar bestätigt, jedoch betonten die Teilnehmenden, dass Sie selbst gerne in der Region lebten und insbesondere jüngere Menschen nicht mehr wegzögen und es eine Trendumkehr geben würde.

Als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung wird die Grundstoffindustrie bewertet. Neben den fruchtbaren Böden, Gipsvorkommen und der Holzwirtschaft stellt auch der Kupferschieferabraum einen Rohstoff dar, welcher nun mechanisch aufbereitet werden soll. Entsprechend habe der Landkreis auch im Recycling-Bereich Erfahrungen, die aus der Beseitigung der Bergbaufolgeschäden herrühren und die für eine nachhaltige Grundstoffindustrie eingesetzt werden können. Die zentrale und verkehrsgünstige Lage in Deutschland stellt ferner einen Vorteil dar, um die entsprechenden Rohstoffe liefern zu können.

#### **4.5 Rückschlüsse für die Ableitung von Indikatoren regionaler Lebensverhältnisse aus den Analysen in den drei Untersuchungsregionen**

Die qualitativen Erhebungen in den Untersuchungsregionen legten den Schwerpunkt auf die subjektive Wahrnehmung regionaler Lebensverhältnisse. In Hinblick auf die Entwicklung eines Messkonzepts und die Ableitung von Indikatoren zur Abbildung von Lebensverhältnissen sind folgende Aspekte zusammenfassend zentral:

Das Thema „gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird ganz stark mit Fragen der räumlichen Gerechtigkeit in Verbindung gebracht. Die Chancengerechtigkeit wird zudem oftmals auf Kinder und deren Aufwachsen fokussiert; „Kinder sollten – unabhängig vom Wohnort – die gleichen Chancen haben, sich zu entfalten“. Aufbauend auf dieser Definition sind die Dimensionen Bildung (Schule/Kita), Wirtschaft (Erwerbsarbeit/Einkommen/soz. Arbeitsmarkt) sowie Mobilität für die Befragten zentral – sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Bezogen auf den Bereich der Daseinsvorsorge erwarten die Befragten, dass Kitas und Grundschulen wohnortnah zur Verfügung stehen sollten, eine größere Entfernung für weiterführende Schulen ist für viele akzeptabel. Hierzu muss jedoch die Mobilitätsinfrastruktur sichergestellt werden, um den Schulweg zu garantieren. Das Zentrale-Orte-Prinzip erscheint somit für viele Bürgerinnen und Bürger sinnvoll und nachvollziehbar, sofern die Mobilität (insbesondere für ältere alleinstehende Menschen) sichergestellt ist. Hierbei geht es nicht nur um die ÖPNV-Angebote, sondern auch um die Kosten für die ÖPNV-Nutzung. Auch in den Tageszeitungen wird das Thema Verkehrsinfrastruktur in allen drei Regionen diskutiert. Das Zentrale-Orte-Prinzip und deren Erreichbarkeit durch ÖPNV wird hinsichtlich der Gesundheitsversorgung mit ähnlichen Maßstäben betrachtet.

Das Thema Digitalisierung war in den ländlichen Räumen ein großes Thema und wurde als große Chance gesehen. Jedoch fehlt hier noch flächendeckende Infrastruktur. Dies bezieht sich nicht nur auf den Breitbandausbau, der u. a. in Dithmarschen gut vorangeht, sondern auch auf den Ausbau des Mobilfunknetzes.

In allen Regionen wurde diskutiert, dass die Versorgungslage sich innerhalb der Region und der dort natürlichen Gegebenheiten (z. B. Südhazlage, Meer) und der gewachsenen Siedlungsstruktur stark unterscheidet. Auch wenn das Zentrale-Orte-Prinzip als sinnvoll erachtet wird, sollte die Planung entlang der kleinräumigen Gegebenheiten erfolgen. Eine kleinräumige Betrachtung wird von vielen daher gewünscht.

In diesem Kontext wird auch betont, dass Lebenslagen der Menschen für die Bedürfnislage in Hinblick auf die Lebensverhältnisse zentral sind. Insbesondere ältere Menschen in ländlichen Räumen, deren Familien nicht mehr vor Ort sind, benötigen besondere Unterstützungsinfrastruktur. Aber auch die Bedürfnisse der jüngeren Menschen müssen in den Blick genommen werden, um die Zukunftsfähigkeit der Regionen langfristig sicherzustellen.

Die Möglichkeit der Erwerbsteilhabe und der damit verbundenen Möglichkeit, ein eigenes Einkommen zu generieren, wurde sehr häufig genannt. Die Höhe des Einkommens wurde hierbei relativiert in Hinblick auf die Lebenshaltungskosten vor Ort (insbesondere am Beispiel des Wohneigentums). Ein Indikator, der Einkommen und Lebenshaltungskosten in Relation zu versetzen vermag, wäre folgerichtig.

Das Thema Natur wurde als besondere Stärke in den ländlichen Regionen gesehen: gute Luft, Meer, Wald und Obstwiesen. Zwar werden die Chancen für die erneuerbaren Energien diskutiert, die Folgen für die Klimaveränderung (hier z. B. für den Küstenschutz) jedoch noch zu wenig.

In den städtischen Regionen wird das Freizeit- und Kulturangebot als besondere Stärke hervorgehoben. Aber auch hier sind viele Grünflächen und Parks entstanden, die die Lebensqualität steigern können. Jedoch muss hier auch auf die hohe Emissionsbelastung (Luft, Lärm etc.) hingewiesen werden, die an diversen Stadtpunkten (Ausfahrtstraßen etc.) besonders belastend sind und die Lebensqualität und die Gesundheit der dort lebenden Bevölkerung ganz maßgeblich verschlechtern.

Aus der vergleichenden Analyse der drei Regionen erscheint es sinnvoll, im Rahmen eines Indikatorensets auch Indikatoren zu berücksichtigen, die „weiche Faktoren“ umfassen. Die Themen Lebensqualität sowie Gemeinschaft/Solidarität/Zusammenhalt/Engagement wurden in allen Regionen genannt und wurden als besonders beachtenswert betrachtet. Auch wenn hier keine Vorschläge für konkrete Indikatoren vorgenommen werden konnten, spielt es für die subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse vor Ort eine zentrale Rolle.

Die Bewertung der heutigen Lebensverhältnisse wird durch die Bürgerinnen und Bürger oftmals mit der Vergangenheit in Verbindung gebracht. Während die Entwicklung des Einzelhandels in allen Regionen zentriert wurde,

gibt es regionale Spezifika, die in Hinblick auf die Bewertung der qualitativen Erhebungen zentral sind. Sowohl in Mansfeld-Südharz als auch in Gelsenkirchen wurde oft der Begriff „Stolz“ auf die eigene und regionale Leistung in Hinblick auf den Bergbau genannt. Die Dominanz dieser Branchen hat eine regionale Identität erzeugt, die mit dem langsamen Auslaufen (in Gelsenkirchen) bzw. dem schnellen Bruch (in Mansfeld-Südharz) verloren ging.

Vergleicht man die von vielen Akteuren benannte Stimmungslage in den Regionen sowie die eigene Wahrnehmung der Grundstimmung vor Ort, ist festzuhalten, dass im Landkreis Dithmarschen, der als durchschnittlicher ländlicher Kreis typisiert werden konnte, eine positive Grundstimmung herrscht. In Gelsenkirchen scheint die Stimmungslage zwiegespalten: Zum einen hat man die Vergangenheit hinter sich gelassen und blickt optimistisch in die Zukunft, jedoch sind die sozialen Herausforderungen sehr hoch. In Mansfeld-Südharz hat der politische und wirtschaftliche Umbruch zu jahrelangem Rückgang der Bevölkerung geführt. Hier herrscht eine hohe Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen vor Ort, die jedoch oftmals nur diffus beschrieben werden kann.

Die Interpretation der Indikatoren für die Regionalentwicklung kann nur durch Akteure vor Ort erfolgen, da nur diese die Spezifika vor Ort kennen. Als Beispiel hierfür wurde der Indikator Schulabgänger ohne Abschluss genannt. Die Gründe für einen hohen Anteil liegen z. B. in Dithmarschen darin, dass hier überdurchschnittlich viele Schulen vor Ort sind, für Schüler mit besonderem Förderbedarf. Auch in Gelsenkirchen wurde der Indikator hinterfragt, da aufgrund der hohen Fluktuation der Schülerinnen und Schüler in einigen wenigen Schulen, die Daten oftmals nicht valide sind.

Nach der Darstellung der qualitativen Erhebungen und der Beschreibung der wichtigsten Ergebnisse, soll im folgenden Kapitel die Konkretisierung des Messkonzepts erfolgen.

## 5. Konkretisierung eines Messkonzeptes zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands

Im Folgenden wird die Idee des zweistufigen Messkonzeptes spezifiziert (Abschnitt 5.1), um aufbauend darauf mögliche Indikatoren für die zweite Stufe zu diskutieren (Abschnitt 5.2) und beispielhaft einige dieser Indikatoren beispielhaft vor dem Hintergrund der Regionsstrukturen aufzuzeigen (Abschnitt 5.3).

### 5.1 Die zwei Stufen des Messkonzeptes

Im Rahmen der in Kapitel 3 beschriebenen Faktorenanalyse konnten neun strukturgebende Indikatoren identifiziert werden, die die drei Faktoren „soziale Lage“, „Wirtschaftsintensität“ und „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“ mit einer hohen statistischen Güte erklären. Entlang der hierdurch identifizierten drei Faktoren konnten sieben Gebietstypen gebildet werden, die sich in ihrer Ausprägung voneinander in Hinblick auf die drei Faktoren unterscheiden.

Ziel der Faktorenanalyse war es, möglichst die wenigen zentralen Indikatoren zu identifizieren, die auch viele andere Indikatoren „miterklären können“ und die Anzahl der strukturgebenden Indikatoren auf eine geringe Anzahl zu halten. So korrelieren z. B. die SGB II-Quoten stark mit der Kinderarmut oder die Bevölkerungsdichte korreliert stark mit der Infrastrukturausstattung einer Region.

Für die Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind darüber hinaus weitergehende und tiefergehende Analysen wichtig. Diese können nun – in einem zweiten Schritt – aufbauend auf den sieben verschiedenen Gebietstypen erfolgen. Im Rahmen von Kapitel 2 und auch die Ergebnisse aus den qualitativen Erhebungen in den drei Untersuchungsregionen haben weitere relevante Dimensionen, Themen und Indikatoren aufgezeigt, die für die Messung der Lebensverhältnisse in den Regionen wichtig sind.

In Abbildung 16 wird das methodische Vorgehen zur Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse dargestellt.

Abbildung 16: Schema eines Messkonzeptes zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse



Quelle: IAT/ZEFIR.

## 5.2 Ableitung wünschenswerter Themen und Indikatoren

Eine Übersicht wichtiger Themenfelder sowie möglicher Indikatoren ist für diesen zweiten Analyseschritt Tabelle 10 zu entnehmen. Diese ergibt sich aus der Querauswertung aller grundsätzlich zur Verfügung stehender Quellen. Die Reihenfolge der Bereiche folgt keinerlei Wertung. Die Tabelle soll beispielgebend zur Abbildung der zentralen Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse sein und ist nicht als abschließend aufzufassen.

Die Ergebnisse aus der Literatur sowie die Ergebnisse aus den Untersuchungsregionen zeigen, dass die subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse genauso wie „weiche Faktoren“ (Zusammenhalt, Solidarität, Gemeinschaft) eine hohe Bedeutung haben. Aus diesem Grund sollen an dieser Stelle mögliche Indikatoren im Bereich „Lebensqualität und Zufriedenheit“ einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Das SOEP stellt wichtige Informationen zur Lebensqualität der Befragten zur Verfügung. Neben der allgemeinen Lebenszufriedenheit wird u. a. die Zufriedenheit mit dem Einkommen sowie die Zufriedenheit mit der Wohngegend abgefragt (vgl. 2.2). Darüber hinaus bietet auch der Deutsche Freiwilligensurvey, welcher federführend durch das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) koordiniert wird, Informationen zur Lebensqualität. Der Freiwilligensurvey wird seit 1999 in einem Abstand von fünf Jahren erhoben. Die Grundgesamtheit ist die Wohnbevölkerung ab 14 Jahren. In der Erhebungswelle 2014 wurden rund 28.700 Personen telefonisch befragt (Simonson/Hameister/Vogel 2017: 51). Im Rahmen des Surveys wird das Engagementverhalten detailliert erfasst. Folgende Frage könnte für das Messkonzept im Bereich „Engagement“ relevant sein:

*„Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie aktiv sind, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt“ (Simonson et al.: 2016: 29).*

Es werden die 14 Bereiche Sport und Bewegung; Kultur und Musik; Freizeit und Geselligkeit; sozialer Bereich; Gesundheitsbereich, Schule und Kita; Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene; Umwelt-, Natur- und Tierschutz; Politik und politische Interessensvertretung; berufliche Interessensvertretung; Kirche oder Religion; Justiz und Kriminalitätsprobleme; Unfall- und Rettungsdienst sowie eine offene Kategorie weitere Bereiche als Antwortoptionen vorgegeben. Neben der Frage zum Engagement werden auch Fragen zur Lebensqualität erhoben: So gibt es eine Frage zum sozialen Zusammenhalt im Quartier sowie zu Unterstützungsstrukturen außerhalb des eigenen Haushaltes im Hilfefall (Simonson et al: 2016).

Sowohl das SOEP als auch der Freiwilligensurvey bieten die Möglichkeit, Fragen zur Lebensqualität, Engagement und sozialem Zusammenhalt zu beantworten. Aufgrund des Stichprobenumfangs und der Stichprobenverteilung ist eine (klein)räumliche Auswertung nur sehr eingeschränkt möglich. Geprüft wurde hier, ob eine Auswertung auf Ebene der sieben Gebietstypen möglich und aussagekräftig ist (vgl. Kapitel 5.3).

Tabelle 10: Auswahl möglicher Themen für weitere deskriptive Analysen entlang der sieben Gebietstypen

Dimension	Thema	Datenhalter oder-quelle	Räumliche Ebene
Bildung (Versorgung, Erreichbarkeit, Outcome)	Kindertageseinrichtungen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Kinder- und Jugendhilfe	Gemeinden
	Grundschulen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik	Gemeinden
	weiterführende Schulen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik	Kreise
	Universitäten/ Fachhochschulen/Berufsakademien	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik	Kreise
	Schulabgänger nach Abschluss	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik	Kreise
	Offene Lehrerstellen	Kultusministerien, Kommunen, Kreise	vorhanden, aber nicht öffentlich zugänglich
	Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen der Primar- und Sekundarstufe I	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik	Kreise
Gesundheit/Pflege/Demografie (Versorgung, Erreichbarkeit, Outcome)	Hauptdiagnosen der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten nach Wohnort	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Krankenhausstatistik	Kreise
			Kreise, Kreisregionen, Cluster
	vorzeitiger Renteneintritt wegen Erwerbsminderung	Deutsche Rentenversicherung	
	Lebenserwartung	BBSR, Landesgesundheitsberichterstattung	Kreise
	Rauchverhalten	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus	Gebietstypen
	Body-Mass-Index (Adipositas)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus	Gebietstypen
	Hausärzte	Kassenärztliche Bundesvereinigung	Gemeinden/Mittelbereiche
	Einsätze von Rettungsdiensten	Rettungsdienststatistik	Kreise
	Akutkrankenhäuser	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Krankenhausstatistik	Mittelbereiche/Kreise
	Apotheken	Apothekerkammer	Gemeinden/Mittelbereiche
Pflegeheime	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik	Kreise	

Dimension	Thema	Datenhalter oder-quelle	Räumliche Ebene
Verkehr/Mobilität	Fußläufige Erreichbarkeit zur ÖPNV-Haltestelle gewisser Bedienungsfrequenz	BBSR/INKAR	Raster/Gemeinden
	Autoabhängigkeit eines Gebietes (aggregierte Kenngröße aus 5 Indikatoren zur ÖV-Qualität und 4 Indikatoren zur Erreichbarkeit der Grundversorgung mit Fuß/Rad)	BBSR	Kreisregionen/ROR
	Subjektive Bewertung der Erreichbarkeit verschiedener Aktivitätstypen (MID)	BBSR	Stadttypen/Regionstypen/Gebietstypen
	Belastung durch/Kosten für Mobilität (Pendler, Mobilitätskosten)	BBSR, MID	Gemeinden/Kreise/Stadttypen/Gebietstypen
Nahversorgung Handel Gastgewerbe (Versorgung, Erreichbarkeit, Outcome)	Lebensmitteleinzelhandel	BBSR	Kreise
	Banken/Sparkassen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Unternehmensregister	Gemeinden/Kreise/Gebietstypen
	Unternehmen im Gastgewerbe	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Unternehmensregister	Kreise
Digitale Infrastruktur	Breitbandversorgung	Breitbandatlas, BBSR	Gemeinden/Kreise
	Mobilfunkversorgung	Breitbandatlas, BBSR	Gemeinden/Kreise
Kommunale Finanzen	Kommunaler Haushalt (Schulden, Ausgaben für freiwillige Aufgaben, Sachinvestitionen je EW)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Finanzstatistik der Kommunen	Kreise
Arbeitsmarkt/Wirtschaft	unbesetzte Ausbildungsstellen	Bundesagentur für Arbeit, Statistik des Ausbildungsstellenmarktes	Kreise
	sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsabschluss	Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik	Kreise
	Beschäftigung Schwerbehinderter	Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik	Kreise
	Pendlersaldo	Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik	Kreise
	Existenzgründungen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbestatistik	
Wohlstand/Armut	SGB XII-Leistungsbezug	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Empfänger der Grundsicherung	Kreise
	Sozialgeldquote nach SGB II unter 15 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Grundsicherung	Kreise, Gemeinden
	Kaufkraft	GfK, nexiga	Kreise/Gemeinden
	Wohngeldempfänger	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Sozialleistungen	Kreise

Dimension	Thema	Datenhalter oder-quelle	Räumliche Ebene
Umweltqualität	Feinstaub (PM10, PM2,5)	Umweltbundesamt/Landesämter	Raster/Gemeinden
	Ozon	Umweltbundesamt/Landesämter	Raster/Gemeinden
	Lärmbelastung	Umweltbundesamt/Landesämter	Raster/Gemeinden
	Zugang zu Grün-/Erholungsflächen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Flächenstatistik	Raster/Gemeinden
	Flächenverbrauch	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Flächenstatistik	Gemeinden/Kreise
	Klimafolgen Hitzetage	Umweltbundesamt/Landesämter	Raster/Gemeinden
	Klimafolgen Starkregen/Überschwemmungen	Umweltbundesamt/Landesämter	Raster/Gemeinden
Wohnen	Angebotsmieten	BBSR	Gemeinden
	Wohnungen, ungenügend beheizbar bzw. energetisch schlechter Heizung	BBSR; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, GWZ	Gemeinden/Kreise
Partizipation/Engagement	Frauen in Gremien (Kreisräten, Aufsichtsräten...)	BBSR?	Kreise
	Leistungsbezug Elterngeld nach Geschlecht	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik zum Elterngeld	Kreise
	Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wahlstatistik	Kreise
	Vereine		Kreise
	Engagement in letzten 12 Monaten nach 14 Bereiche	Deutsches Zentrum für Altersfragen, Freiwilligensurvey	Gebietstypen
Lebensqualität	allg. Lebenszufriedenheit (gegenwärtig (SOEP) Zukunft und letzte 5 Jahre)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEP	Gebietstypen
	Zufriedenheit mit der Wohngegend (SOEP)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEP	Gebietstypen
	Veränderung Zufriedenheit seit Mauerfall	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEP	Gebietstypen
	Zufriedenheit mit dem Einkommen (SOEP)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEP	Gebietstypen
	sozialer Zusammenhalt im Wohnquartier	Deutsches Zentrum für Altersfragen, Freiwilligensurvey	Gebietstypen
	Unterstützungsgelegenheit im Hilfefall außerhalb Haushalts	Deutsches Zentrum für Altersfragen, Freiwilligensurvey	Gebietstypen
Freizeit	Sportstätten	Sportstättenstatistik	Raster/Gemeinden/
	Kultureinrichtungen und -veranstaltungen	Kulturstatistik, Kultusministerkonferenz	
	Jugendfreizeiteinrichtungen	BBSR? Kommunalstatistik	Kreise
Sicherheit	Wie oft haben Sie sich in den letzten vier Wochen ängstlich gefühlt?	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEP	Gebietstypen

Dimension	Thema	Datenhalter oder-quelle	Räumliche Ebene
	Verletzte und Getötete im Straßenverkehr	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Empfänger der Grundsicherung im Alter	Kreise
	Wohnungseinbrüche/Straftat gegen das menschliche Leben	Kriminalstatistik	Kreise

Quelle: eigene Zusammenstellung nach IAT; ZEFIR; BBSR Bonn.

Die Dimensionen der Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit, Mobilität und Verkehr sollten detailliert in Hinblick auf Versorgungsstrukturen, Erreichbarkeit sowie mögliche Qualitätsmerkmale betrachtet werden. Qualität kann z. T. über Output-/Outcome-Indikatoren gemessen werden, allerdings nur dann, wenn die Kausalzusammenhänge zwischen Input und Output relativ eindeutig sind. Die räumliche Ebene, auf der die Informationen zur Verfügung gestellt werden sollten, kann von der Kreis- bzw. Kreisregionsebene abweichen. Je nach Bereich ist eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.

- Im Bereich Bildung bildet die Anzahl der Kindertagesstätten, der Schulen und Hochschulen die Versorgungssituation ab. Der Indikator Schulabgänger ohne Abschluss weist beispielsweise auf Herausforderungen in Richtung besondere Unterstützungsbedarfe an Schulen hin. Wünschenswert wäre bezüglich Versorgung und Qualität und des sich daraus abzeichnenden Handlungsbedarfs auch der Indikator „unbesetzte Lehrerstellen“. Diese Angaben werden jedoch bundesweit derzeit nicht vergleichend veröffentlicht.
- Auch im Bereich Gesundheit sollte nicht nur die Bereitstellung von Versorgungsdiensten und der Versorgungsgrad geprüft werden, sondern auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung und gesundheitliche Risikofaktoren (Verhalten). Für die Versorgungsdienste liegen Statistiken vor. Gesundheitliche Risikoindikationen wie das Rauchverhalten oder der Anteil adipöser Menschen werden im Mikrozensus erhoben und könnten auf Ebene der Gebietstypen geprüft werden. Denn selbst der Mikrozensus, die mit rund 870.000 befragten Personen und 370.000 privaten Haushalten größte jährliche Befragung, kann nicht bei allen Fragen bis auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte verwendet werden. Dies gilt insbesondere für die freiwilligen Angaben, wie z. B. Angaben zum Gesundheitsverhalten (Rauchgewohnheiten, Gewicht). Zudem sollten in diesem Bereich auch die Pflegesituation und die Rettungsdienste betrachtet werden. Letztere sollten nicht nur in Hinblick auf die Zahl der Einsätze (akute Gefahrensituationen der Bevölkerung), sondern auch in Hinblick auf die Wegezeiten (Chancengerechtigkeit lebensrettender Versorgung) geprüft werden.
- Generell stellt die Mobilität eine wichtige Dimension gleichwertiger Lebensverhältnisse dar, nicht nur bezüglich Bildungs- und Gesundheitsinfrastrukturen. Neben der Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur könnte die Belastung der Haushalte für die notwendige Mobilität berücksichtigt werden (Gebühren des ÖPNV, Anteil des Haushaltseinkommens für Mobilität). Zudem wären die theoretischen Kennzahlen zur Erreichbarkeit der Verkehrsinfrastrukturen mit Indikatoren zur subjektiven Bewertung zur Erreichung ausgewählter Ziele in Betracht zu ziehen. Zum Teil könnten entsprechende Informationen über die Befragung „Mobilität in Deutschland“ (MID)<sup>18</sup> gewonnen werden, zum Teil sind geeignete Datenquellen noch zu eruieren.
- Analysen zur fußläufigen Erreichbarkeit des Lebensmitteleinzelhandels wurden vom BBSR durchgeführt. Vergleichbare Analyse zur Nahversorgung von Finanzinstitutionen (Banken, Sparkassen, Geldautomaten) wären zu ergänzen, da diese trotz zunehmenden Online-Bankings von zentraler Bedeutung sind. Eine Liste aller Banken ist in Kürze über das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) verfügbar. Des Weiteren stellt das Gastgewerbe wichtige Einrichtungen für soziale Kontakte dar. Geeignete Indikatoren und Daten sind zu prüfen.
- Das Thema digitale Infrastruktur ist über Indikatoren hinsichtlich des Breitbandausbaus und des Mobilfunks abbildbar. Dem gegenüber wird auf NUTS 2-Ebene (Regierungsbezirke) die periodische Umfrage zur IT-Nutzung durch Eurostat bereitgestellt. Während beim Breitbandatlas die angeschlossenen Haushalte geschätzt werden, geben hier die Haushalte an, ob Sie tatsächlich über einen Internetanschluss verfügen und für welche Zwecke sie diesen Nutzen.

Die Dimension der Kommunalfinanzen ist in Hinblick auf die Handlungsfähigkeit von Kommunen bezüglich der Lebensverhältnisse vor Ort relevant. Erledigt die Kommune nur die Pflichtaufgaben oder hat sie die (finanziellen) Möglichkeiten, in freiwillige Aufgabenbereiche wie Sport, Freizeit, Kultur und Vereinsförderung zu investieren und

---

<sup>18</sup> vgl. <http://www.mobilitaet-in-deutschland.de>;

diese Bereiche aktiv zu fördern? Die einzelnen Kennzahlen zu den kommunalen Haushalten (Schulden, Sachinvestitionen etc.) sind jeweils für sich allein nicht hinreichend aussagekräftig; hier kann nur über verschiedene Kennzahlen ein umfassenderes Bild zur kommunalen Handlungsfähigkeit gewonnen werden. Ein Teil der benötigten Daten liegt auf Ebene der Gemeinden, mehrheitlich zumindest für die Kreise vor.

Für die Erwerbsteilhabe ist die Lage und Situation des Arbeitsmarktes entscheidend. Mögliche Indikatoren, die den regionalen Arbeitsmarkt und die Chancen zur Teilhabe beschreiben, sind „unbesetzte Ausbildungsstellen“, „geringqualifizierte Beschäftigte“, „Beschäftigungsquoten Schwerbehinderter“ oder auch das „Pendlersaldo“. Darüber hinaus informiert die Anzahl an Gewerbeanmeldungen über Unternehmensgründungen. Alle Informationen sind auf Kreisebene verfügbar.

Der Bereich Umwelt/Natur spielt in den Untersuchungsregionen eine vielfältige Rolle. Leider ist die Datenlage auf kleinräumiger Ebene nur unzureichend, um die gewünschten Informationen auch abbilden zu können. Das Umweltbundesamt informiert zwar über viele der Emissionen (Lärm, Feinstaub, Ozon etc.), jedoch sind viele dieser Emissionen nur auf den Standort der Messstationen und deren unmittelbares Umfeld begrenzt. Das Umweltbundesamt erzeugt über Interpolationen flächendeckende Karten zur Luftbelastung, die Qualität und Zuverlässigkeit dieser Informationen für Stadtteile, eine Gesamtstadt oder einen Landkreis sind jedoch noch zu prüfen. In Bezug auf Grünflächen und ihre Erreichbarkeit für die Wohnbevölkerung laufen viele Forschungsprojekte. Mittelfristig sollten hier qualifiziertere Indikatoren zur Verfügung stehen.

Die Wohnungsversorgung ist in Deutschland für die breite Mehrheit gewährleistet. Allerdings gibt es zwischen den Regionen große Unterschiede der Wohnkosten, welche über den Indikator der Angebotsmieten abgebildet werden können. Auch die Ausstattung von Wohnungen, die ungenügend beheizbar oder mit energetisch schlechter Heizung ausgestattet sind, können mithilfe der Angaben aus dem Zensus aufgezeigt werden.

Im Bereich „Wohlstand und Armut“ sollten die Kinderarmut sowie die in Zukunft an Bedeutung zunehmende Altersarmut (z. B. Schräpler et al. 2015) berücksichtigt werden. Zudem sollte die Anzahl der Wohngeldempfänger einbezogen werden. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, die reale regionale Kaufkraft abzubilden, also das verfügbare Einkommen mit dem Preisniveau vor Ort in Verhältnis zu setzen.

Weitergehend ist der Bereich Sicherheit relevant. Hier spielen Indikatoren zur Verkehrssicherheit (z. B. Unfallopfer im Straßenverkehr) eine Rolle. Zudem könnten Wohnungseinbrüche und ermittelte Straftaten insgesamt als Indikator herangezogen werden. Allerdings handelt es sich nur um gemeldete Straftaten. Regionale Statistiken zur Kriminalität sind mit Vorsicht zu interpretieren. Im Rahmen des SOEP wird auch nach Sorgen und Ängsten gefragt, die zumindest für die Gebietstypen ausgewertet werden könnten.

Der Freizeitbereich ist statistisch bisher relativ schwach erfasst. So liegen zwar Informationen bezüglich Kultureinrichtungen und -veranstaltungen oder zu Sportstätten vor; eine breite Übersicht des Freizeitverhaltens der Wohnbevölkerung ist allerdings nicht verfügbar. Es gibt zwar im Rahmen der Zeitverwendungserhebung des Statistischen Bundesamtes Informationen über das Freizeitverhalten; aber die Erhebung erfolgte bisher lediglich in einem Abstand von zehn Jahren. Zudem ist der Stichprobenumfang mit rund 11.400 Personen in der bisher dritten und letzten Erhebung 2012/2013 relativ klein.<sup>19</sup> Hier besteht weiterer Bedarf, um das Freizeitverhalten der Wohnbevölkerung näher und auch auf regional tieferen Ebenen vergleichend analysieren zu können.

### 5.3 Darstellung und Bewertung ausgewählter Indikatoren entlang der sieben Gebietstypen

Die sieben ermittelten Gebietstypen ermöglichen eine Gruppierung der bundesdeutschen Kreisregionen. In diesem Abschnitt soll untersucht werden, ob und inwiefern die sieben Gebietstypen auch andere als die in die Typisierung

<sup>19</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/Methoden/zeitverwendung.html>.

eingegangenen Strukturen und Prozesse erklären können. In diesem Zusammenhang interessieren somit auch diejenigen Dimensionen, die in den strukturgebenden Indikatoren noch nicht berücksichtigt wurden.

In Tabelle 11 werden ausgewählte relevante Indikatoren in Hinblick auf verschiedene Teilbereiche gleichwertiger Lebensverhältnisse aufgeführt. Es werden einzelne Beispiele aus den Bereichen soziale Teilhabe/Wohlstand, Daseinsvorsorge (Bildung), Infrastruktur, Engagement und Partizipation aufgenommen und deren Mittelwerte bezogen auf die oben im Rahmen clusteranalytischer Verfahren bestimmten sieben Gebietstypen dargestellt. Mittels des Verfahrens der Varianzanalyse (ANOVA) wird die Signifikanz der Mittelwert-Unterschiede zwischen den Gebietstypen untersucht. Das Zusammenhangsmaß Eta-Quadrat informiert über den Anteil der Varianz in der abhängigen Variablen, der sich durch die unabhängige Variable statistisch erklären lässt.

Tabelle 11: Clustermittelwerte ausgewählter Indikatoren, Kreisregionen 2017

Ausgewählte Indikatoren	Ge- bietstyp A	Ge- bietstyp B	Ge- bietstyp C	Ge- bietstyp D	Ge- bietstyp E	Ge- bietstyp F	Ge- bietstyp G	Mittelwert insge- samt <sup>1)</sup>	Eta- Quadrat <sup>2)</sup>
Mittlere Lebenserwartung (Mittelwert 2015/2016/2017)	80,8	79,6	81,8	80,4	81,7	81,2	79,9	80,9	0,47 <sup>***</sup>
Sozialgeldquote (unter 15 Jahre) 2017	21,0	29,4	13,3	11,9	6,6	10,5	17,5	12,9	0,69 <sup>***</sup>
SGB XII-Quote 2017	4,6	5,0	4,8	2,1	2,0	2,4	1,2	2,6	0,59 <sup>***</sup>
Kinderbetreuungsquote unter 3 Jahre 2016/17	33,8	25,4	34,6	33,6	25,8	28,3	51,4	32,3	0,40 <sup>***</sup>
Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss 2016/17	7,0	7,8	5,6	6,5	5,7	5,9	9,0	6,5	0,24 <sup>***</sup>
Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	74,4	70,4	77,4	75,1	77,6	76,6	70,6	75,3	0,43 <sup>***</sup>
Pendlerdistanz 2017, km (Tagespendler mit max. Distanz von 150 km)	13,6	15,1	13,5	19,1	17,9	20,1	19,2	3,6	0,36 <sup>***</sup>
Durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung 2015	3,3	3,5	3,5	12,7	11,9	12,4	13,8	10,8	0,58 <sup>***</sup>
Angebots- und Wiedervermietungsmieten 2017 (Euro je m <sup>2</sup> )	8,1	6,3	10,9	5,8	7,7	7,2	5,2	7,0	0,47 <sup>***</sup>
Breitbandversorgung der Haushalte ab 50 Mbit	93,2	90,2	93,4	69,2	76,5	75,7	59,7	75,8	0,44 <sup>***</sup>
Steuereinnahmen in Euro je Einwohner 2017	1.345	1.114	1.954	969	1.259	1.114	738	1.130	0,52 <sup>***</sup>

<sup>1)</sup> Mittelwerte bezogen auf die Gesamtheit der 361 Kreisregionen.

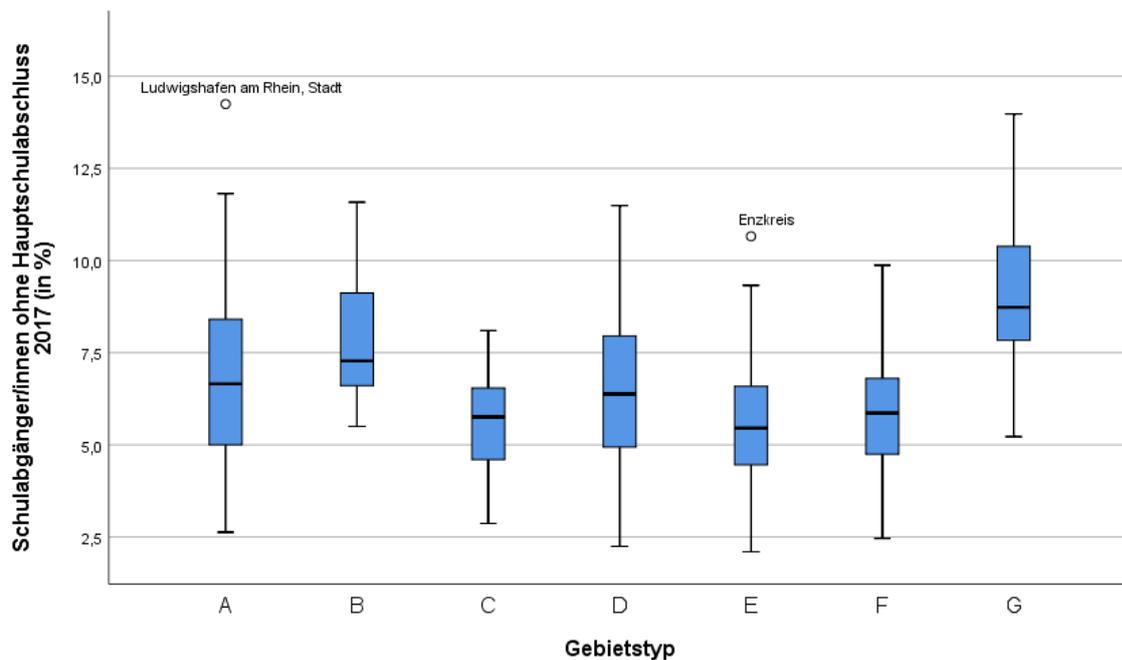
<sup>2)</sup> Signifikanzniveau: \*\*\* p<0,001; \*\* p<0,01; \* p<0,05.

Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung ZEFIR.

Da Varianzanalysen im Ergebnis lediglich statistische Maßzahlen liefern, sollen die Befunde zudem im Rahmen von Boxplots exemplarisch grafisch dargestellt werden. Ein Boxplot dient der vergleichenden Darstellung der statistischen Verteilung in einem Diagramm (vgl. hierzu Abschnitt 3.3).

Abbildung 17 demonstriert zunächst die Spannweite bezüglich des Anteils der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die im Schuljahr 2017/2018 die weiterführende Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben. Wenngleich der Indikator eine statistisch signifikante Streuung über die sieben Gebietstypen aufweist, so ist der Median (mit Ausnahme in Gebietstyp G mit einem Median von 8,7 %) überall unterhalb von 7,5 % angesiedelt. Damit liegt die erklärte Varianz bei insgesamt moderaten 24 %. Die Streuung der Bildungsarmut ist also eher gering, auch wenn neben Gebietstyp G der Median in dem durch soziale Herausforderungen gekennzeichnete städtischen Gebietstyp B mit 7,3 % nach oben abweicht und für einen erhöhten Handlungsbedarf in diesen betroffenen Regionen spricht. Der dem Cluster A zugeordnete „Ausreißer“ der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein, die mit einem Wert von 14,2 % den insgesamt höchsten Anteil von Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss aufweist, fällt hier zudem in besonderem Maße ins Auge.

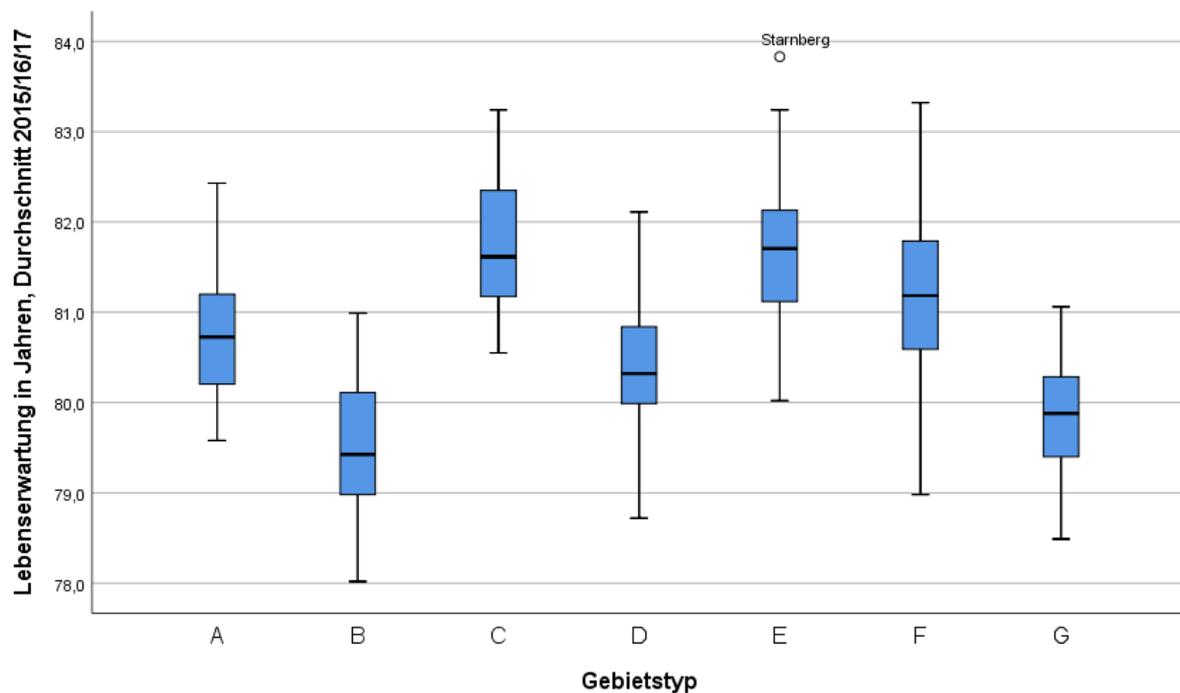
Abbildung 17: Bildung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2017, Kreisregionen



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

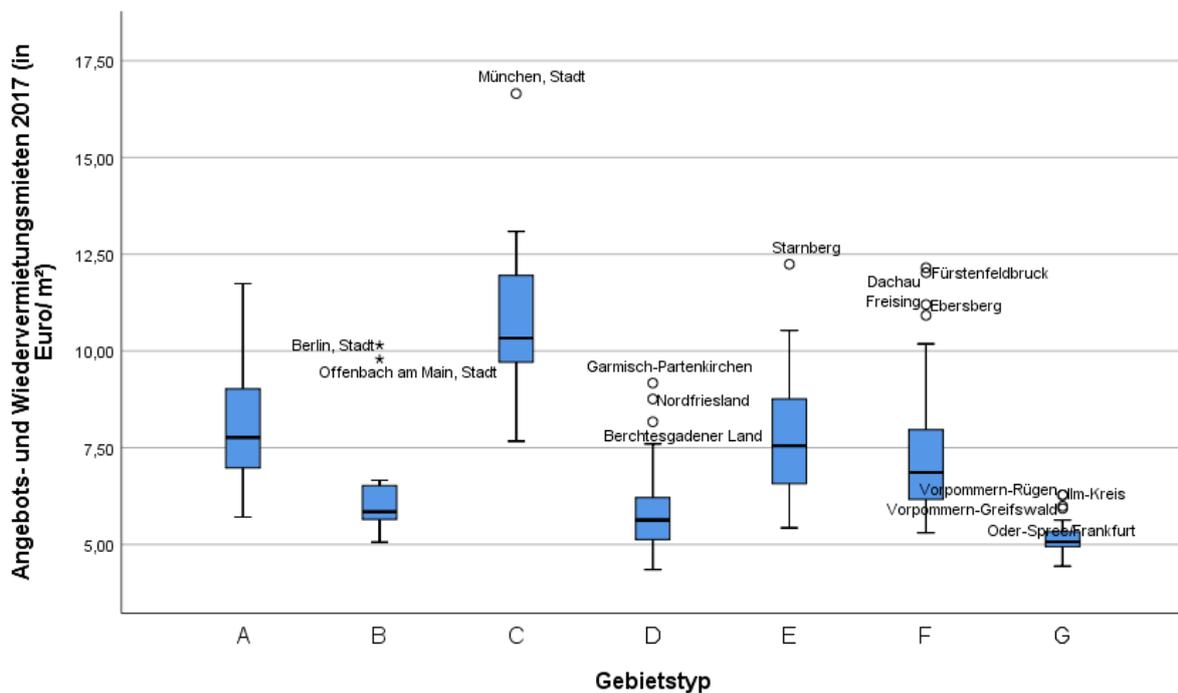
Die Lebenserwartung der Wohnbevölkerung ist seit vielen Jahren ein Thema der (raumbezogenen) sozialen Ungleichheitsforschung. In den Kreisregionen beträgt die mittlere Lebenserwartung eines Neugeborenen im Mittel der Jahre 2015-2017 80,9 Jahre. Dass sich diese Lebenserwartung räumlich höchst differenziert darstellt, verdeutlicht Abbildung 18 eindrucksvoll. Das hoch signifikante Ergebnis mit einer erklärten Varianz von 47 % belegt deutliche Unterschiede zwischen den Gebietstypen in Hinblick auf die Lebenserwartung in diesen Regionen. Dabei stehen die als sozial herausgeforderten städtischen Regionen des Gebietstypen B mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von rund 79,6 Jahren noch schlechter da als die dem ebenfalls in Hinblick auf die soziale Lage als unterdurchschnittlich zu bezeichnenden ländlichen Typs G mit 79,9 Jahren. Insgesamt ist allerdings besonders auffällig, dass die Streuung um den bundesweiten Median auf Ebene der Kreisregionen mit einem Minimalwert von 78,0 Jahren in Cluster B und einem Maximalwert von 83,8 Jahren im Landkreis Starnberg (Gebietstyp E) sehr deutlich ausfällt. Damit wird sichtbar, dass sich die Lebenserwartung zwischen einzelnen Teilräumen in Deutschland um fast sechs Jahre unterscheidet.

Abbildung 18: Demografie: Lebenserwartung, Mittelwert 2015-2017, Kreisregionen 2017



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

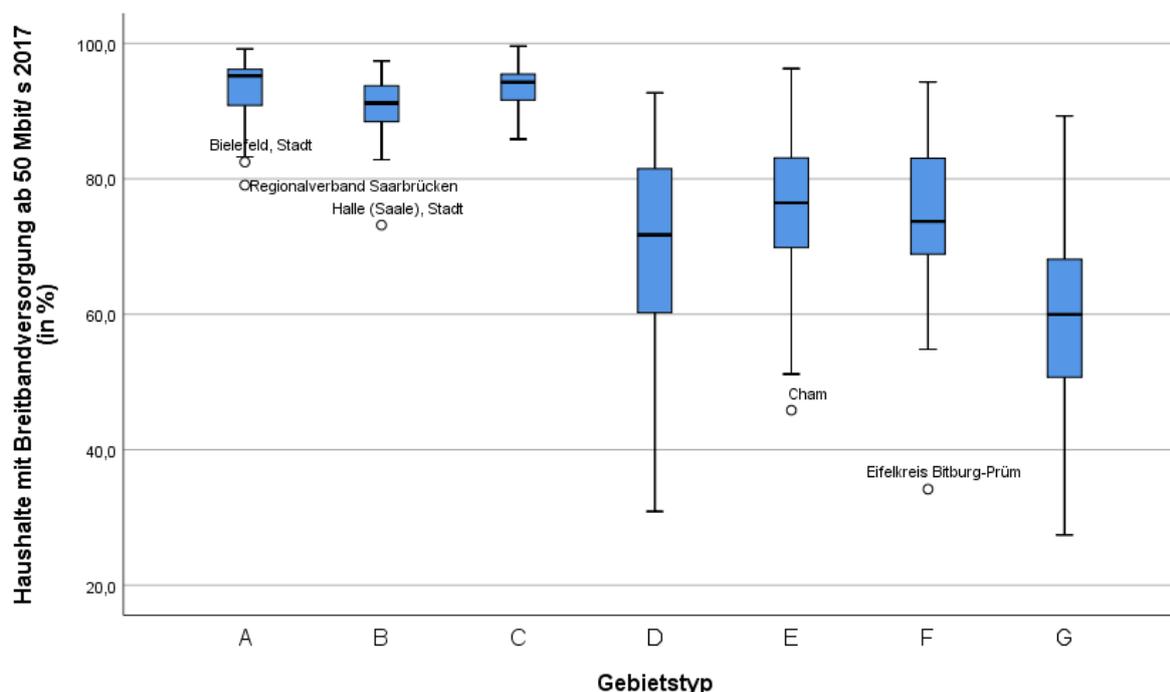
Bezahlbarer Wohnraum ist ein existenzielles Bedürfnis. Aus diesem Grund ist der Indikator „Angebotsmieten“ wichtig, um die Lebensverhältnisse vor Ort zu bewerten. Wohnmieten sind fixe Grundkosten und dominieren das Preisniveau der Unterhaltskosten vor Ort. Deutliche Unterschiede sind auch mit Blick auf diesen Indikator zwischen den sieben Gebietstypen erkennbar. Auffällig ist zum einen, dass selbst die „Ausreißer nach oben“ von Typ G wie z. B. Vorpommern-Rügen noch unterhalb des deutschlandweiten Medians von 6,5 Euro pro m<sup>2</sup> (Mittelwert: 7,0 Euro pro m<sup>2</sup>, vgl. Tabelle 11) liegen. Insbesondere in städtisch prosperierenden Räumen, wie den Universitätsstädten aus Typ A sowie die starken Wirtschaftsstandorte aus Typ C mit der kreisfreien Stadt München als höchsten Ausreißer – werden deutlich überdurchschnittliche Angebots- und Wiedervermietungsmieten auch in Zukunft weiter zu beobachten sein (vgl. Abbildung 19). Eine Sonderrolle kommt der dem sozial herausgeforderten städtischen Gebietstypen B zugeordneten Hauptstadt Berlin zu, die mit knapp 10 Euro pro m<sup>2</sup> einen sehr hohen Extremwert aufweist. Insgesamt wird die Streuung der Mieten zu 47 % durch die Gebietstypen erklärt.

Abbildung 19: Wohnen: Angebots- und Wiedervermietungsrenten (Euro/m<sup>2</sup>) 2017, Kreisregionen 2017

Datenbasis BBSR Bonn 2019; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

Die Digitalisierung – abgebildet durch den Anteil der Haushalte mit einer Breitbandversorgung ab 50 Mbit/s, wurde bis 2017 in den Kreisregionen Deutschlands auf deutlich unterschiedlichem Niveau vollzogen. Abbildung 20 offenbart hier vor allem große Unterschiede zwischen den städtisch geprägten Gebietstypen A-C, denn hier beträgt der jeweilige Medianwert mehr als 90 % (vgl. Tabelle 11): Die Spannweite fällt dementsprechend gering aus. Von den ländlichen Gebietstypen erreichen lediglich die Gebietstypen E und F mit Mittelwerten von 76,5 % bzw. 75,7 % den bundesweiten Durchschnittswert von 75,8 %, während die Gebietstypen D (Mittelwert: 69,2 %) und vor allem Gebietstyp G mit 59,7 % nochmals nach unten abfallen. Der Minimalwert beträgt hier 27,4 % im in Sachsen-Anhalt verorteten Jerichower Land.

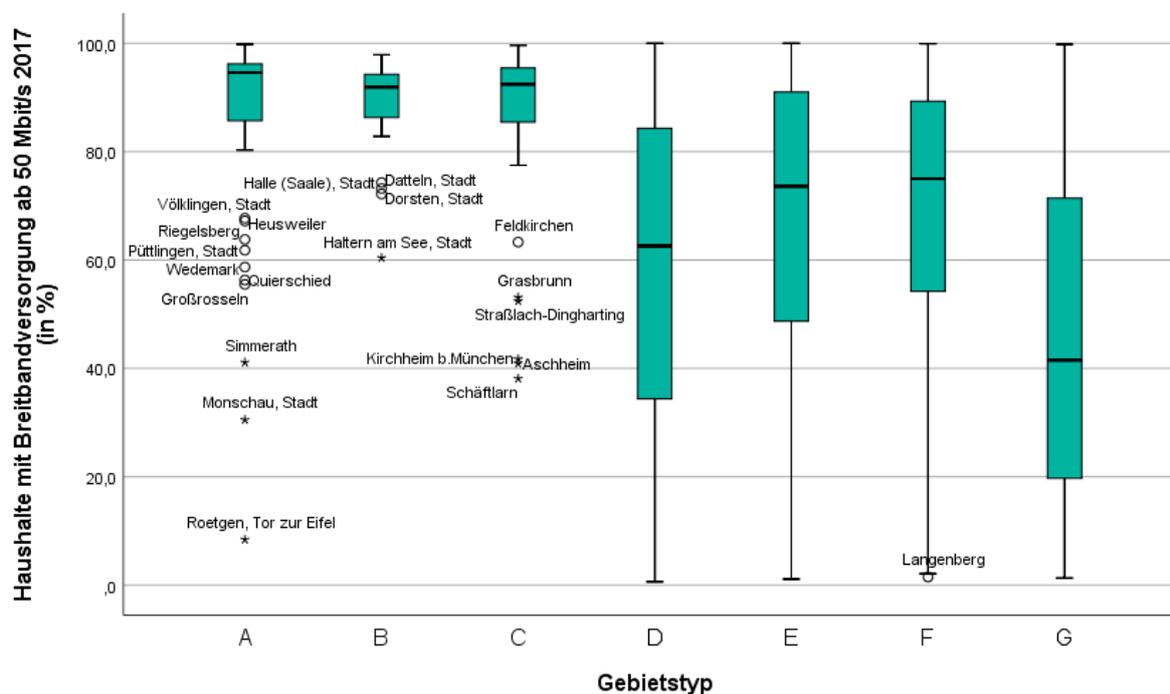
Abbildung 20: Digitale Infrastruktur: Breitbandversorgung ab 50 Mbit/s 2017, Kreisregionen 2017\*)



Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

Wie schon am Beispiel der innerstädtischen SGB II-Quoten oben dargestellt (vgl. Abschnitt 3.3), kann ein „kleinräumigerer“ Blick auf die Lebensverhältnisse vor Ort sinnvoll sein, um etwaige Disparitäten noch deutlicher herauszustellen. Nimmt man den Grad der Breitbandversorgung als Beispiel und betrachtet nicht die räumliche Ebene der Kreisregionen, sondern nimmt die 4.455 Gemeindeverbände<sup>20</sup>, in den Fokus, stellt sich das Bild nochmals differenzierter dar (vgl. Abbildung 21). Zunächst treten auch hier wieder die erheblichen Stadt-Land-Unterschiede zu Tage. Mit Blick auf die ländlicher geprägten Gebietstypen D, E, F und G fällt allerdings die deutlich größere Spannweite auf, die hier, bezogen auf die Kreisregionsgebietstypen D bis G nahezu zwischen 0 und 100 % beträgt, während bei Betrachtung der räumlichen Ebene der Kreisregionen die Spannweite zwischen 27,4 % (Gebietstyp G) und 96,3 % (Gebietstyp E) liegt. Die Mittelwertunterschiede zwischen den Gebietstypen sind auch hier auf der räumlichen Ebene der Gemeindeverbände signifikant. Die erklärte Varianz des abhängigen Breitbandversorgungsgrades durch die unabhängigen Gebietstypen beträgt in diesem Beispiel allerdings vergleichsweise geringe 10 % (Kreisregionsebene: 44 %, vgl. Tabelle 11).

<sup>20</sup> Einbezogen wurden nur die Gemeindeverbände mit Einwohnerinnen und Einwohnern. Eine detaillierte gemeindescharfe und interaktive Betrachtung bietet der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unter: <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html>

Abbildung 21: Digitale Infrastruktur: Breitbandversorgung ab 50 Mbit/s 2017, Gemeindeverbände 2017<sup>\*)</sup>

<sup>\*)</sup> Ohne 73 gemeindefreie Gebiete, die keine Wohnbevölkerung aufweisen.  
Datenbasis: BBSR Bonn 2019; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

Die ausgewählten Beispiele aus den verschiedenen Dimensionen zeigen sehr deutlich, die unterschiedlichen Ausprägungen und Herausforderungen der verschiedenen Kreisregionen. Die Analysen dieser zweiten Stufe können nicht nur Unterschiede zwischen den verschiedenen Gebietstypen, sondern auch Herausforderungen aufzeigen, um konkrete Handlungsschritte abzuleiten. Für den Bereich Bildung wird deutlich, dass Schülerinnen und Schüler in sozial herausgeforderten Städten die Schule überdurchschnittlich häufig ohne Abschluss verlassen. Hier müssen die Schulen (in den betroffenen Stadtteilen) gestärkt werden, um Schülerinnen und Schüler intensiver zu begleiten und ihnen somit einen Übergang in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

### Subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse

Wie bereits in Kapitel 2.2 hervorgehoben, sind die Daten des SOEP grundsätzlich geeignet, auch regional differenzierte Aussagen in Hinblick auf die individuelle Lebenszufriedenheit der Bevölkerung in Deutschland zu messen. Die skizzierte Problematik besteht allerdings darin, dass die Fallzahl, d. h. die Anzahl der befragten Haushalte und deren Mitglieder sich mit dem Fokus auf eine möglichst kleinräumige Betrachtung schwierig darstellt. Bereits eine Auswertung auf Ebene der Kreisregionen darf als methodisch schwierig betrachtet werden. Einen Ausweg aus diesem Dilemma liefert die im Rahmen der vorliegenden Analysen unternommene Gebietstypisierung. Die Zuordnung der befragten Haushalte und Personen erlaubt eine einfache Auswertung der individuell abgefragten Zufriedenheitsmerkmale für die sieben Typen.<sup>21</sup>

Die zentralen Ergebnisse aktueller SOEP-Auswertungen sind Tabelle 12 zu entnehmen. Es zeigt sich in Hinblick auf die aktuell gegebene allgemeine Lebenszufriedenheit, dass sich die überwiegende Mehrheit der Befragten als durchschnittlich zufrieden äußert. Dabei hat diese Zufriedenheit im Vergleich zum Befragungsjahr 2013 zugenommen, was sich nicht lediglich in der allgemeinen Lebenszufriedenheit, sondern auch in materiellen Aspekten, d. h.

<sup>21</sup> Das Projektteam bedankt sich an dieser Stelle für die freundliche Unterstützung des DIW, namentlich bei Jan Goebel, der freundlicherweise die statistische Auswertung im FDZ Berlin ermöglicht hat.

der steigenden Zufriedenheit in Hinblick auf den Lebensstandard und dem Haushaltseinkommen niederschlägt. Dieser Trend ist für sämtliche Gebietstypen zu konstatieren: 2018 ist die Lebenszufriedenheit in allen Gebietstypen gestiegen, auffallend ist allerdings, dass der städtisch und sozial herausgeforderte Gebietstyp B mit 7,1 in 2013 bzw. 7,2 in 2018 und der ländliche durch hohe Bevölkerungsrückgänge geprägte Gebietstyp G mit 6,8 in 2013 und 7,1 in 2018 zwar eine im Zeitverlauf wachsende Zufriedenheit mit der allgemeinen Lebenssituation aufweist, diese aber im Vergleich zu den anderen Gebietstypen auch 2018 noch geringer ausfällt. Gleiches gilt für die Befragten in Typ G bezüglich einer im Vergleich zu den anderen Gebietstypen mit einem Zufriedenheitsmittelwert von 6,2 deutlich abfallenden Zufriedenheit hinsichtlich der Haushaltseinkommen. Die Zufriedenheit mit der Wohngegend fällt in Gebietstyp B hingegen mit 7,5 am geringsten aus. Interessanterweise zeigen sich die Befragten aller Typen in 2018 optimistischer in Hinblick auf die Zukunftsaussichten als in 2013.

Tabelle 12: SOEP-Indikatoren zur individuellen Zufriedenheit bezogen auf die Gebietstypen \*)

Indikatoren	Gebietstyp A	Gebietstyp B	Gebietstyp C	Gebietstyp D	Gebietstyp E	Gebietstyp F	Gebietstyp G
Lebenszufriedenheit gegenwärtig 2013	7,2	7,1	7,2	7,2	7,2	7,3	6,8
Lebenszufriedenheit gegenwärtig 2018	7,4	7,2	7,5	7,4	7,4	7,4	7,1
Zufriedenheit Lebensstandard 2013	7,6	7,3	7,6	7,4	7,6	7,6	7,0
Zufriedenheit Lebensstandard 2018	7,6	7,6	7,7	7,6	7,7	7,7	7,2
Zufriedenheit Haushaltseinkommen 2013	6,6	6,3	6,8	6,6	6,8	6,8	6,0
Zufriedenheit Haushaltseinkommen 2018	6,9	6,8	6,9	6,9	7,0	7,0	6,2
Zufriedenheit Wohngegend 2017	7,8	7,5	8,0	8,0	8,1	8,0	7,8
Lebenszufriedenheit in 5 Jahren 2013	7,5	7,2	7,5	7,1	7,3	7,4	6,7
Lebenszufriedenheit in 5 Jahren 2018	7,7	7,6	7,8	7,5	7,5	7,6	7,0

\*) Mittelwerte, Skala zwischen 0 („ganz und gar unzufrieden“) und 10 („ganz und gar zufrieden“).

Datenbasis: BBSR Bonn 2019/ DIW Berlin 2020, SOEP v35; Berechnung ZEFIR/DIW Berlin.

Die deskriptive Analyse weiterer Indikatoren im Rahmen der zweiten Stufe des Messkonzepts zeigt deutlich unterschiedliche Ausprägungen zwischen den sieben Gebietstypen auf und erweitert damit die Kerndimensionen um weitere wichtige Bereiche gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die grafische Darstellung über die Boxplots ermöglicht eine anschauliche Betrachtung des Medians, der jeweiligen Spannweiten sowie möglicher Ausreißer (Minimum und Maximum). Damit erweitert die zweite Stufe die drei Faktoren „soziale Lage“, „Wirtschaftsintensität“ sowie „Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur“ um wichtige und in der inhaltlichen Bedeutung keinesfalls nachrangige Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur aber auch Teilhabe am Arbeitsmarkt, Wirtschaft, aber auch Lebenszufriedenheit (mit Einschränkungen) oder Partizipation. etc. Mit diesem zweistufigen methodischen Vorgehen kann somit sichergestellt werden, zentrale strukturgebende Kernindikatoren zu identifizieren sowie weitere inhaltlich ebenso relevante Indikatoren aufbauend auf diesen strukturellen Gebietstypen zu analysieren.

## 6. Fazit und Ausblick

Im durchgeführten Modellvorhaben der Raumordnung – Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands konnte ein **zweistufiges Messkonzept** entwickelt werden, welches sich für ein dauerhaftes Monitoring eignet.

Im Rahmen der **ersten Stufe** konnte die Vielzahl möglicher Indikatoren auf die drei zentralen Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse „soziale Lage“, „Wirtschaftsintensität“ sowie „Bevölkerungsentwicklung/Altersstruktur“ reduziert werden. Die statistische Herleitung durch die Faktorenanalyse identifiziert voneinander unabhängige Variablen, was eine grundlegende Voraussetzung für die Gebietstypisierung mittels Clusteranalyse darstellt. Der Vorteil der durchgeführten Faktorenanalyse besteht darin, dass die hohe Anzahl möglicher Indikatoren auf neun strukturgebende Indikatoren reduziert werden konnte: Diese neun Indikatoren können viele andere Indikatoren „mitklären“. Die Bevölkerungsdichte liefert beispielsweise Hinweise auf eine hohe Dichte an Angeboten der Daseinsvorsorge. In der statistischen Herleitung von zentralen Indikatoren ist ein klarer Vorteil im Vergleich zum Vorgehen des BBSR im Rahmen der Raumordnungsberichterstattung zu sehen, da hier eine hohe Anzahl an (zum Teil abhängigen) Indikatoren einfließt. Aufbauend auf diesen Indikatoren erfolgt die Gebietstypisierung der 361 Kreisregionen zu sieben unterschiedlichen Gebietstypen mittels Clusteranalyse. Die unterschiedliche Ausprägung der Typen entlang der drei Faktoren zeigen bereits Chancen und Herausforderungen auf. Als Vorteil des methodischen Vorgehens ist hervorzuheben, dass hier im Gegensatz zu Rankings keine Reihung vorgenommen wird und somit Stigmatisierungstendenzen von Regionen unterer Rangplätze weniger ausgeprägt sind. Entsprechend ist es besonders wichtig, bei der Bezeichnung der sieben Gebietstypen auf Objektivität und Sachlichkeit zu achten. Das methodische Vorgehen wurde im Rahmen des diskursiv angelegten Forschungsdesigns sowohl mit Bürgerinnen und Bürgern als auch mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis diskutiert und die Ergebnisse als nachvollziehbar und verständlich bewertet. Somit ist auch die **Kommunizierbarkeit** sichergestellt.

In der **zweiten Stufe** des hier vorgeschlagenen Messkonzeptes werden entlang der sieben definierten Gebietstypen weitere Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse mittels ausgewählter Indikatoren analysiert. Themen gleichwertiger Lebensverhältnisse unterliegen immer einem gewissen politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Dennoch konnte in Kapitel 2 eine fortwährende Kontinuität zentraler Themenfelder und Dimensionen seit Mitte der 1970er Jahre festgestellt werden. Die folgenden Themenfelder sind inhaltlich gleichsam relevant für die Messung der regionalen Lebensverhältnisse, wie die Kernindikatoren aus Stufe 1. Die Auswahl der neun Kernindikatoren für die Gebietstypisierung begründet sich statistisch. Folgende weitere Themenfelder sollten im Konzept Eingang finden:

- Die Bereiche der sozialen und der technischen Daseinsvorsorge sind zentral für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen, unabhängig ihres jeweiligen Wohnortes. Die flächendeckende Bereitstellung dieser Dienste und Infrastrukturen bildet die Grundlage für die Gewährleistung der räumlichen Chancengerechtigkeit. Bildung, Gesundheit, Mobilität und Verkehr, digitale Infrastruktur, aber auch weitergehende Bereiche wie Wohnen, die Nahversorgung für den Einkauf des täglichen Bedarfs und Geldautomaten fallen hierunter. Auch die Kommunalfinanzen, zur Abbildung der kommunalen Handlungsfähigkeit, sollte Betrachtung finden, da Kommunen die Bereitstellung der Daseinsvorsorge oftmals verantworten. Für das Monitoring steht hier ein breites Portfolio an validen Daten flächendeckend und zum Teil sogar kleinräumig zur Verfügung. Bei den Analysen sollten nicht nur die Anzahl an Einrichtungen oder die Versorgungsgrade einbezogen werden, sondern auch die Qualität der Angebote. Wie sind beispielsweise die Schulen personell ausgestattet (offene Lehrerstellen)? Was kostet der ÖPNV? Wie stellt sich die gesundheitliche Lage oder das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung dar? Zudem können Output-Indikatoren wie z. B. überdurchschnittliche Anteile von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss Hinweise für besonderen Unterstützungsbedarf der Schulen vor Ort geben. Hier besteht noch tiefergehender Bedarf, Daten, die prinzipiell erhoben werden, auch aufbereitet zur Verfügung zu stellen.

- Im Rahmen der Studie konnte aufgezeigt werden, dass das Themenfeld „Natur und Umwelt“ eine zentrale Dimension gleichwertiger Lebensverhältnisse darstellt. Dies beinhaltet zum einen Naturräume, beispielsweise zu messen am Anteil der Grünflächen, aber auch Belastungen durch die Umwelt wie Lärm, Ozon oder Feinstaub. Diese Belastungen können nur punktuell gemessen werden und damit nicht auf politisch-administrative Raumeinheit bezogen werden. Hier besteht grundsätzlich weiterer Forschungsbedarf, wie diese Herausforderung statistisch gelöst werden kann.
- In den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Wohlstand gibt es eine große Auswahl an prozessproduzierten Daten, die flächendeckend zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wurde insbesondere im Rahmen der Erhebungen in den drei Fallstudien deutlich, dass weitergehende Bereiche wie Kultur und Freizeit für die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort relevant sind. Auch wenn die amtliche Statistik in den letzten Jahren einige Kennzahlen zur Verfügung stellt, fehlen in Hinblick auf das Freizeitverhalten noch flächendeckende vergleichbare Angaben.
- In Hinblick auf die subjektive Wahrnehmung der Lebensverhältnisse vor Ort spielen „weiche Themen und Indikatoren“ wie Engagement, Partizipation, sozialer Zusammenhalt und Gemeinschaft eine zentrale Rolle. Dies wurde in den drei Fallstudien eindrücklich beschrieben. Annäherungen zur statistischen Abbildung können hier über die Anzahl von Vereinen oder das politische Engagement (Wahlbeteiligung) erfolgen. Es fehlen jedoch regional tiefgehende Angaben zum ehrenamtlichen Engagement. Der Freiwilligen-survey bietet hierzu Informationen, diese sind jedoch nicht regional tiefgehend repräsentativ.
- Eine ähnliche Situation ist für den Bereich der subjektiven Lebenszufriedenheit auszumachen. Im Rahmen der Arbeiten konnten hierzu Bevölkerungsbefragungsdaten des SOEP entlang der sieben Typen analysiert werden. So bestehen signifikante Unterschiede in der angegebenen Lebenszufriedenheit der Bevölkerung der sieben Gebietstypen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit in der Region hängt damit tendenziell von den sozialen, wirtschaftlichen und demografischen Problemlagen der Region ab. Tiefgehende raumspezifische Analysen erlauben die SOEP-Daten jedoch nicht. Für ein Monitoring gleichwertiger Lebensverhältnisse sind solche räumlich tiefgehenden Analysen wünschenswert und erfordern eine entsprechend räumlich angepasste Bevölkerungsbefragung.

Das zweistufige Vorgehen bietet die Möglichkeit **Ursachen und Wirkungen** zu betrachten. Es konnte an verschiedenen Beispielen – u. a. der Lebenserwartung – deutlich gemacht werden, dass die strukturellen Unterschiede der sieben Gebietstypen einen hohen Erklärungsgrad aufweisen. Im Rahmen von weitergehenden Analysen, z. B. multivariaten Regressionsanalysen, können zusätzliche Informationen über Stärke und Richtung der Wirkungen einzelner Indikatoren bestimmt werden.

Die Frage welche **räumliche Ebene** für ein Messkonzept regionaler Lebensverhältnisse geeignet ist, wurde ebenfalls untersucht. Für die vorliegende Studie wurde die Ebene der 361 BBSR-Kreisregionen verwendet und die sonst überwiegend gebräuchliche Gebietstypisierung auf Ebene der 401 Kreise und kreisfreien Städte nach intensiver Prüfung verworfen. Im Vergleich der räumlichen Ebenen zeigte sich, dass das Vereinheitlichen der Raumeinheitengrößen – also die Zusammenlegung kleinerer kreisfreier Städte mit den umliegenden Kreisen zu Kreisregionen – die regionalen Lebensverhältnisse deutschlandweit übersichtlicher abzubilden vermag. Für ein dauerhaftes Monitoring der Teilräume in Deutschland wird somit die Ebene der Kreisregionen empfohlen. Die Verwendung von Kreisregionen birgt jedoch den Nachteil der schlechteren Kommunizierbarkeit, da nicht nur Politik und Verwaltung, sondern auch die interessierte Bürgerschaft sich an politisch-administrativen Gebietseinheiten orientiert. Um die Kommunizierbarkeit der Messergebnisse gleichwertiger Lebensverhältnisse zu verbessern, bietet es sich an, im Anhang oder interaktiv die Zugehörigkeit der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte zu den Kreisregionen aufzuführen.

Sowohl die Erkenntnisse aus den Fallstudien als auch der Exkurs zu den kleinräumigen innerstädtischen Disparitäten zeigen auf, dass eine tiefgehende räumliche Analyse sinnvoll ist. In den Fallstudien konnte hervorgehoben werden, dass Angebote der Daseinsvorsorge in den peripheren Lagen der Landkreise stark ausdünnen bzw. bereits fehlen und auch die quantitative innerstädtische Analyse ergab multiple Herausforderungen in Hinblick auf Armut, Gesundheitslage etc. zwischen den Bezirken der untersuchten Großstadt Gelsenkirchen. Für kleinräumige

Analysen – auf Ebene der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und insbesondere auf Ebene der innerstädtischen Bezirke – fehlen derzeit jedoch breite und flächendeckend einheitliche Daten. Entsprechend lässt sich gegenwärtig noch kein umfassendes und einheitliches kleinräumliches Messkonzept für Deutschland entwickeln.

Die Definition eines **Schwellenwerts** für einzelne Indikatoren, wie dies z. B. durch den Beirat der Raumordnung 1976 (vgl. Plogmann 1977) umfänglich für einzelne Indikatoren vorgeschlagen wurde, erscheint im Rahmen einer deutschlandweiten Raubeobachtung aus vielerlei Sicht nicht sinnvoll und praktikabel. So konnte aufgeführt werden, dass eine generelle Orientierung am Minimum auch rechtlich nicht möglich ist, sondern zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Orientierung am Minimum und Maximum erfordert. Zudem konnte aufgeführt werden, dass die Interpretation der Daten in Hinblick auf konkrete Lösungen vor Ort nur mit regionalen Kenntnissen erfolgen kann. Beispielsweise können in peripheren Lagen Angebote der Daseinsvorsorge (Kita, Schule, Hausarzt) fehlen. Wenn jedoch durch die Bereitstellung angemessener Mobilitätskonzepte, etwa ein gut ausgebauter und abgestimmter ÖPNV, den Zugang zu diesen Diensten sicherstellt, beeinträchtigt das Fehlen dieser Dienste die Lebensverhältnisse vor Ort kaum. Damit wird deutlich, dass aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten – sowohl in Hinblick auf die räumlichen Ebenen als auch in Hinblick auf die verschiedenen Fachgebiete – es wenig sinnvoll erscheint, im Rahmen der Raubeobachtung einzelne Schwellenwerte zu definieren, sondern diese in ausgewählten Fachplanungen zu belassen (z. B. Krankenhausplanung). Grundsätzlich erscheint es auch fraglich, Schwellenwerte bei Indikatoren zu definieren, die nur schwer oder gar nicht steuerbar sind. So ist es politisch und gesellschaftlich unvorstellbar, Schwellenwerte bezogen z. B. auf die Bevölkerungsstrukturen (Alter, Geschlecht, Nationalität) oder bezogen auf Wirtschaftsleistungen (BIP je Einwohner) zu formulieren. In vielen Bereichen kann Politik unter den derzeitigen rechtlichen Voraussetzungen zwar Anreize setzen (z. B. familienfreundliche Angebote wie Kitas etc.), jedoch Veränderungen nicht direkt (restriktiv) durchsetzen.

Wie in Abschnitt 3.3 aufgezeigt werden konnte, sind die neun Kernindikatoren sehr gut für die Aufnahme in eine dimensionsreduzierende Faktorenanalyse geeignet. Die Eignung der Indikatorenauswahl für das Beobachtungsjahr 2017 ließ sich auch für das Beobachtungsjahr 2011 reproduzieren. Gleichzeitig konnten gesellschaftliche Veränderungen abgebildet werden: Während für das Jahr 2011 im Rahmen der Faktorenanalyse die zwei Faktoren „soziale Lage/Bevölkerungsstruktur“ und „Wirtschaftsintensität“ als strukturgebende Rahmenbedingungen identifiziert werden konnten, stellte der Faktor „Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur“ nur 2017 eine eigene Dimension dar. Die Modellgüte erreichte dabei in beiden Fällen ein außerordentlich hohes Niveau und verdeutlicht die Stabilität der Bedeutung der Ausgangsindikatoren für die beiden Vergleichsjahre. Es wird ersichtlich, dass sich die „messbare Wirklichkeit“ zwar ändert, allerdings erst im längeren Zeitverlauf. Nichtsdestotrotz gilt es die Gültigkeit und Relevanz der Kernindikatoren stets zu hinterfragen und zu prüfen, ob aufgrund gesellschaftlichen oder technischen Wandels andere Indikatoren im Zeitverlauf an Bedeutung für die Entwicklung der Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands gewinnen oder auch an Bedeutung verlieren. Mit Blick auf die Entwicklung eines dauerhaften **Monitorings** mag es daher zunächst sinnvoll erscheinen, die Faktorenanalyse jährlich zu aktualisieren. Sofern die Faktorwerte relativ stabil bleiben, erscheint eine jährliche Aktualisierung der Gebietstypisierung nicht zwingend erforderlich, so dass die Zuordnung der Kreisregionen über einen längeren Zeitraum als stabil betrachtet werden kann.

Nun lassen sich aber für ein Monitoring Faktorenanalysen nicht jährlich unmittelbar fortschreiben, da im Rahmen explorativer Verfahren die Faktorenwerte neu berechnet werden und aus methodisch-statistischen Gründen nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind. Einen Ausweg aus dieser Situation, die eine „Fortschreibung“ auch auf Basis der Ergebnisse aus Faktorenanalysen grundsätzlich erlaubt, beschreibt Micheel (2002). So stellen die Faktorwerte des aktuellen Basisjahres 2017 gewichtete Summen aus den einzelnen Merkmalswerten dar, die mit Faktorkoeffizienten multipliziert und addiert werden. Gilt es, Veränderungen auf Basis der ursprünglichen Faktorwerte zu untersuchen, so können die neuen Merkmalswerte für das neue Beobachtungsjahr mit den alten Faktorkoeffizienten multipliziert und wiederum aufsummiert werden. Ergebnis ist dann eine Reproduktion der alten Struktur aus dem Basisjahr 2017. Da hier die Transformation mit den Werten einer anderen Verteilung vorgenommen wird, sind die berechneten Variablen keine exakten z-Werte, der Mittelwert weicht von Null und die Standardabweichung von 1 ab. Im Detail werden also in einem ersten Schritt die Merkmale des neuen Jahres mit dem Mittelwert und der

Standardabweichung der Merkmale des Basisjahrs standardisiert („Altstandardisierung“), in einem zweiten Schritt erfolgt die Berechnung reproduzierter Hauptkomponentenwerte. Das Faktorenmodell des Basisjahres wird dann mittels Regressionsrechnung auf Basis der Regressionskoeffizienten der Korrelationsmatrix des Basisjahrs sowie den „altstandardisierten“ Merkmalswerten des neuen Beobachtungsjahrs reproduziert. Dabei stellen auch die reproduzierten Hauptkomponentenwerte keine exakten z-Werte dar. Diese Berechnungsweise erlaubt dann die unmittelbare Vergleichbarkeit von Faktorwerten des neuen Beobachtungsjahrs mit den Faktorwerten des Basisjahres, so dass auch die Veränderungen der Gebietseinheiten entlang der drei Faktoren direkt ablesbar werden (vgl. Micheel 2002: 178f.). Auf diese Weise ist aufbauend darauf ein Vergleich der Gebietstypenzugehörigkeiten zu den Beobachtungspunkten möglich (vgl. Franzke et al. 2015: 19 f.)

Insgesamt ist zu konstatieren, dass das hier vorgeschlagene Messkonzept eine gute Möglichkeit bietet, regionale Lebensverhältnisse in den Kreisregionen Deutschlands abzubilden und auch als Basis eines noch zu entwickelnden Monitorings dienen kann. Offene Fragen und weiterer Forschungsbedarf bestehen in Hinblick auf die folgenden Punkte:

- Es besteht weiterer Forschungsbedarf, inwieweit Korrelationen zwischen den Gebietstypen und der Lebensqualität oder dem Engagement bestehen. Auch das Freizeitverhalten, das maßgeblich zur Lebensqualität beiträgt, könnte in diesem Rahmen weiter im Hinblick auf regionale Lebensverhältnisse sondiert werden. Insgesamt besteht somit weiterer Forschungsbedarf in Bezug auf die Verknüpfung des hier vorgeschlagenen Messkonzepts mit bestehenden Individualdaten zu Fragen der Lebensqualität und weiterer relevanter Einstellungsdimensionen. Mögliche Fragen hierfür wären: Welche Datenquellen eignen sich in Hinblick auf die Thematik, die Stichprobengröße für eine Regionalanalyse mit dem Fokus auf gleichwertige Lebensverhältnisse? Welche konkreten Themenstellungen und Fragen werden in den einzelnen Erhebungen erfasst, die eine wichtige Ergänzung zum vorgeschlagenen Messkonzept darstellen?
- Wie in der Studie aufgezeigt werden konnte, kann eine dauerhafte Berichterstattung dazu beitragen, gesamtgesellschaftliche Entwicklung aufzuzeigen, um daraus wiederum regionalpolitischen Handlungsbedarf abzuleiten. Darüber hinaus bietet ein Monitoring jedoch auch die Möglichkeit, die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen regional-, struktur- und innovationspolitischer Instrumente über einen längeren Zeitraum zu betrachten. Denn ein neues Messkonzept allein kann gleichwertige Lebensverhältnisse nicht beeinflussen, sondern ist ein Hilfsmittel, um Strukturwandel und die Rahmenbedingungen raumwirksamer Politiken zu beobachten und besser zu verstehen. Auch hier besteht weiterer Forschungsbedarf.
- Grundlage hierfür ist eine möglichst kleinräumige, valide, breite empirische Datenbasis, um dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht nur auf der räumlichen Ebene der Kreisregionen, bzw. Kreisen und kreisfreien Städten, sondern auch auf Ebene der Gemeinden und innerstädtisch gerecht zu werden.

## 7. Literaturverzeichnis

- ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2016: Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder. Positionspapier aus der ARL 108, Hannover.
- BA Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) 2013: Vervollständigung der Datenbasis für die Unterbeschäftigung. Methodenbericht. Nürnberg.
- Backhaus, Klaus.; Erichson, Bernd.; Plinke, Wulff; Weber, Rolf, 2011: Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung. Wiesbaden.
- Bayerischer Landtag, 2017: Bericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Drucksache 17/19700.
- BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2006: Raumordnungsbericht 2005. Berichte. Band 21. Bonn.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2012: Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2016: Dokumentation Zensuskorrektur der Bevölkerungszeitreihe. Bonn.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2017: Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern. Bonn.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, (Hrsg.), 2019: Informationen aus der Forschung des BBSR Nr. 5/2019. Bonn.
- Beierlein, Constanze; Kovaleva, Anastassiya; László, Zsuzsa.; Kemper, Christoph J.; Rammstedt, Beatrice. 2014: Eine Single-Item-Skala zur Erfassung der Allgemeinen Lebenszufriedenheit: Die Kurzskala Lebenszufriedenheit-1 (L-1). In: GESIS-Working Papers 33/2014.
- Berlin-Institut (Hrsg.), 2019: Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Wüstenrot Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2017: Demographiebericht. Wegweiser Kommune. (Dithmarschen, Gelsenkirchen und Mansfeld-Südharz). Zugriff: <https://www.wegweiser-kommune.de> [abgerufen am 22.12.2019].
- Besecke, Anja; Herkommer, Benjamin. 2007: Schönste Stadt, erfolgreichste Stadt, lebendigste Stadt: Sinn und Unsinn von Städterankings. Eine Untersuchung verschiedener Städtevergleiche unter besonderer Berücksichtigung des Abschneidens Berlins (Vol. 5). Universitätsverlag TU Berlin.
- BM Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), 2019a: Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.
- BMI Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), 2019: Deutschlandatlas. Karten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Berlin.
- Böltken, Ferdinand; Sturm, Gabriele; Walther, Antje (2015): LebensRäume - Bevölkerungsumfrage des BBSR 2000–2012 (Variablenauswahl). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5611 Datenfile Version 3.0.0, Zugriff: <https://doi.org/10.4232/1.12069>, [abgerufen am 12.06.2019].
- Bortz, Jürgen, 2005: Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Wiesbaden.
- Braun, Hans, 2010: Empirische Glücksforschung. In: Bellebaum, Alfred; Hettlage, Robert (Hrsg.): Glück hat viele Gesichter. Annäherungen an eine gekonnte Lebensführung. Wiesbaden, S. 449–462.
- Crowe, Jessica, 2010: Community attachment and satisfaction: The Role of a Community's Social Network Structure. In: Journal of Community Psychology, 38 (5), p. 622–644.
- Deutscher Bundestag, 2017: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Britta Haßelmann, Christian Kühn (Tübingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/10951 – 18. Wahlperiode 21.02.2017. Stärkung strukturschwacher Regionen in Deutschland.
- Diaz-Serrano, Luis.; Rodríguez-Pose, Andrés, 2011: Decentralization, Happiness and the Perception of Institutions. IZA-Discussion Paper No. 5647.
- Diaz-Serrano, Luis; Rodríguez-Pose, Andrés, 2015: Decentralization and the Welfare State: What Do Citizens Perceive? In: Social Indicators Research 120 (2), p. 411–435.
- Diener, Ed, 1984: Subjective Well-Being. Psychological Bulletin, 95 (3), p. 542-575.

- Diener, Ed; Biswas-Diener, Robert, 2009: Will money increase subjective well-being? A literature review and guide to needed research. In: Diener, Ed (Hrsg.): The science of well-being. The Collected Works of Ed Diener. New York, p. 119-154.
- Dolan, Paul; Peasgood, Tessa; White, Mathew, 2008: Do we really know what makes us happy? A review of the economic literature on the factors associated with subjective well-being. In: Journal of Economic Psychology 29 (1), p. 94–122.
- Eickhof, Norbert, 2005: Regional- und Industriepolitik in den neuen Bundesländern. Diskussionsbeitrag Nr. 77. Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Potsdam.
- Fitz, Brittany, M.; Lyon, Larry; Driskell, Robyn, 2016: Why People Like Where They Live: Individual- and Community-Level Contributors to Community Satisfaction. In: Social Indicators Research 126 (3), p. 1209–1224.
- FES Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), 2019: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Franzke, Annette; Neu, Marc; Schultz, Annett; Strohmeier, Klaus Peter, 2015: Regionale Kontexte der Lebens- und Teilhabechancen von Kindern und Familien in NRW. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Familiengerechte Rahmenbedingungen. Gemeindetypisierung Nordrhein-Westfalen. Materialien zur Prävention. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor (KeKiz)“. Gütersloh, S. 22-101.
- Friedrichs, Jürgen, 1995: Stadtsoziologie. Opladen.
- Gärtner, Stefan, 2008: Ausgewogene Strukturpolitik: Sparkassen aus regionalökonomischer Perspektive. Berlin: Lit-Verl. Beiträge zur europäischen Stadt- und Regionalforschung, Band 5.
- Geerling, Danielle. M.; Diener, Ed, 2018: Effect Size Strengths in Subjective Well-Being Research. In: Applied Research Quality Life 13 (1), DOI: 10.1007/s11482-018-9670-8., p. 353.
- Gehne, David. H.; Neu, Marc; Schneebaum, Roland; Strohmeier, Klaus Peter, 2017: Sozial- und Bildungsmonitoring für kommunale Prävention. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und bildungsbezogene Übergänge im Lebensverlauf von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen. Bertelsmann Stiftung.
- Goebel, Jan; Hoppe, Lukas, 2015: Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Zugriff: <https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a-305-7-abschlussbericht-ausmass-trends-sozialraeumlicher-segregation.pdf?sessionid=E334394E3761DBC98154130E5E350140?blob=publicationFile&v=1>; [abgerufen am 03.02.2020].
- Hahne, Ulf, 2005: Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. Raumforschung und Raumordnung, 63(4), S. 257-265.
- Hahne, Ulf; Stielicke, Jan M., 2013: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zum Wandel der Normierung räumlicher Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. In: Ethik und Gesellschaft 1/2013.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter, 2004: Stadtsoziologie. Frankfurt a.M./ New York.
- Helliwell, John. F.; Layard, Richard; Sachs, Jeffrey. D., 2018: World Happiness Report 2018.
- ILS; ZEFIR Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein -Westfalen; ZEFIR – Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, 2004: Städte- und Regionalmonitoring. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen. Dortmund und Bochum.
- IW Köln Institut der Deutschen Wirtschaft, 2019: Die Zukunft der Regionen in Deutschland. IW Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Kantar Public, 2018: SOEP-Core – 2017: Personenfragebogen, Stichproben A-L3. SOEP Survey Papers 563: Series A. Berlin.
- Kawka, Rupert, 2015: Gleichwertigkeit messen. In: Information zur Raumentwicklung 1/2015, S. 71-82.
- Kawka, Rupert; Sturm, Gabriele, 2006: Objektive und regionale Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden. Was macht Bürgerinnen und Bürger zufrieden? In: Informationen zur Raumentwicklung 2006 (6/7), S. 309–316.
- Kersten, Jens, 2009: Wandel der Daseinsvorsorge – Von der Gleichwertigkeit zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion. In: Neu, Claudia (Hrsg.), 2009: Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden, S. 22-38.

- Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold, 2015: Regionale Daseinsvorsorge. Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Kreis Dithmarschen (Hrsg.), 2019: Handlungskonzept Demografie Kreis Dithmarschen. Fortschreibung.
- Krischausky, Gesine; Milbert, Antonia; Sturm, Gabriele, 2013: Raumabgrenzungen und Raumtypen im raumbezogenen Informationssystem des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). In: Regionale Standards. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, GESIS-Schriftenreihe 12). Köln. Zugriff: <https://doi.org/10.21241/ssoar.34820> [abgerufen am 02.02.2020].
- Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.), 2013: Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt a. M.
- Lechleitner, Marc, 2018: Gleichwertige Lebensverhältnisse Teil 1: Begriff und Staatsziel. Landtag Brandenburg, Potsdam.
- LENA Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH, 2016: Benndorf – ein Bergarbeiterdorf schreibt Energiegeschichte.
- Liebig, Stefan; Schupp, Jürgen; Goebel, Jan; Richter, David; Schröder, Carsten; Bartels, Charlotte; Fedorets, Alexandra, 2019: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten der Jahre 1984-2017/Socio-Economic Panel (SOEP), data from 1984-2017. Berlin.
- Lim, Chaeyoon.; Putnam, Robert D., 2010: Religion, Social Networks, and Life Satisfaction. In: American Sociological Review 75 (6), p. 914–933.
- Miosga, Manfred, 2015: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – Nicht nur Aufgabe der Kommunen. Friedrich Ebert Stiftung, Bayernforum, München.
- MKRO Ministerkonferenz für Raumordnung, 2016: Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Berlin.
- Morton, Lois Wright, 2003: Small town services and facilities: The influence of social networks and civic structure on perceptions of quality. *City and Community*, 2(2), p. 102–120.
- Neu, Marc; Strohmeier, Klaus Peter; Kersting, Volker, 2011: Sozialberichterstattung als Grundlage für eine kommunale Politik gegen Segregation. In: Hanesch, Walter (Hrsg.): Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.219-237.
- Ngamaba, Kayonda Hubert; Panagioti, Maria; Armitage, Christopher J., 2017: How strongly related are health status and subjective well-being? Systematic review and meta-analysis. In: *European journal of public health* 27 (5), p. 879–885.
- Noll, Heinz-Herbert, 1997: Sozialberichterstattung: Zielsetzungen, Funktionen und Formen. In: Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim/ München, S. 7–16.
- Oberst, Christian A.; Kempermann, Hanno; Schröder, Christoph, 2019: Räumliche Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft der Regionen in Deutschland. In: *IW Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft*, Köln; S. 87-114.
- Paulus, Stefan, 2015: Methodologische Überlegungen und methodisches Vorgehen bei einer intersektionalen Dispositivanalyse. In: *Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research* (Vol. 16, No. 1), DEU, p. 26.
- Pittau, M. Gracia; Zelli, Roberto; Gelman, Andrew, 2010: Economic Disparities and Life Satisfaction in European Regions. In: *Social Indicators Research* 96 (2), p. 339–361.
- Plogmann, Jürgen. 1977: Konkretisierung der Raumordnungsziele. Ein Diskussionsbeitrag zu den Empfehlungen des Beirats für Raumordnung vom 16. Juni 1976. Beiträge zum Siedlungs –und Wohnungswesen und zur Raumplanung Band 44, Münster.
- Prognos, 2018: Wo lebt es sich am besten? Die große Deutschland-Studie 2018. Studiendesign und Daten: Prognos AG; im Auftrag des ZDF. Zugriff: <https://deutschland-studie-senioren-familie.zdf.de/studie-2018/district/09162/default>. [abgerufen am 20.11.2019].

- Prognos 2019: Wo leben Familien / Senioren am besten? Die große Deutschland-Studie 2019. Studiendesign und Daten: Prognos AG; im Auftrag des ZDF. Zugriff: <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/deutschland-studie-102.html>. [abgerufen am 20.11.2019].
- Puntscher, Sybille; Hauser, Christoph; Pichler, Karin; Tappeiner, Gottfried, 2014: Social Capital and Collective Memory: A Complex Relationship. *Kyklos*, 67(1), S. 116-132.
- Puntscher, Sybille; Hauser, Christoph; Walde, Janette; Tappeiner, Gottfried, 2015: The Impact of Social Capital on Subjective Well-Being: A Regional Perspective. In: *Journal of Happiness Studies* 16 (5), p. 1231–1246.
- Schäfers, Markus, 2008: Lebensqualität aus Nutzersicht: wie Menschen mit geistiger Behinderung ihre Lebenssituation beurteilen. Wiesbaden.
- Schleswig-Holstein, Ministerpräsident (Hrsg.) (2016): Einwohnerentwicklung im Kreis Dithmarschen 2015-2030. Vorausberechnungen des Statistikamtes Nord im Auftrag der Staatskanzlei, Kiel. Zugriff: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/D/demografie/downloads/ergebnistabellen.pdf?blob=publicationFile&v=1>, [abgerufen am 10.11.2019].
- Schräpler, Jörg-Peter; Seifert, Wolfgang; Mann, Holger; Langness, Anja, 2015: Altersarmut in Deutschland – regionale Verteilung und Erklärungsansätze. Herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Simonson, Julia; Ziegelmann, Jochen P.; Vogel, Claudia; Hameister, Nicole; Müller, Doreen; Tesch-Römer, Clemens, 2016: Deutscher Freiwilligensurvey 2014. Erhebungsinstrument. Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin.
- Simonson, Julia; Hameister, Nicole; Vogel, Claudia, 2017: Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurvey. In: Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.), 2017: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden, S. 51-82.
- Stadt Gelsenkirchen (Hrsg.) 2015: Jedem Kind seine Chance! Förderung und Unterstützung von Geburt an. Gelsenkirchen.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2019): Lebendgeborene, Gestorbene und Wanderung nach Kreisen im 1. Halbjahr 2019. Zugriff: <https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesamt/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Tabellen/Wanderungen/Lebendgeborene-gestorbene-Wanderung-Kreise-Q.pdf> [abgerufen am 9.11.2019].
- Steel, Piers; Taras, Vasyli; Uggerslev, Krista; Bosco, Frank, 2018: The Happy Culture: A Theoretical, Meta-Analytic, and Empirical Review of the Relationship Between Culture and Wealth and Subjective Well-Being. In: *Personality and social psychology review: an official journal of the Society for Personality and Social Psychology*, Inc 22 (2), p. 128–169.
- Strohmeier, Klaus Peter, 2006: Segregation in den Städten. Bonn.
- Veenhoven, Ruut, 2017: Happiness Research: Past and Future. In: *Senshu Social Well-being Review* 2017 (4), p. 65-74.
- Veenhoven, Ruut, 2011: World Database of Happiness: Continuous register of scientific research on subjective enjoyment of life. Erasmus University Rotterdam. Zugriff: <https://worlddatabaseofhappiness.eur.nl/> [abgerufen am 01.04.2020]
- Zapf, Wolfgang, 1971: Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin.
- Zapf, Wolfgang, 1977: Lebensqualität in der Bundesrepublik: Methoden der Messung und erste Ergebnisse. *Soziale Welt*, 28 (4), S. 413-423.
- Zapf, Wolfgang; Schupp, Jürgen; Habich, Roland, 1996: Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/Main.

## 8. Internetquellen

Bürgerbus Meldorf

[https://www.buergerbus-meldorf.de/wp-content/uploads/2019/03/Fahrplan\\_2019.jpg](https://www.buergerbus-meldorf.de/wp-content/uploads/2019/03/Fahrplan_2019.jpg) - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Breitbandatlas: <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html>

Emscher Masterplan

<https://www.eglv.de/emscher/masterplan/> - zuletzt geprüft am 01.12.2019.

Gelsenkirchener Appell

<https://www.gelsenkirchen.de/de/meta/aktuelles/artikel/32876-gelsenkirchener-appell-2018> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Geschichte des FC Schalke 04

<https://schalke04.de/verein/epochen/> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

hashtag #401ge

<https://www.mythos1904.de/401ge/> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Industriewald im Rahmen der IBA Emscher Park

<https://www.wald-und-holz.nrw.de/ueber-uns/einrichtungen/regionalforstaemter/ruhrgebiet/industriewald-ruhrgebiet> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Kreis Dithmarschen

[https://www.dithmarschen.de/PDF/Adressen\\_Verwaltungsstrukturen.PDF?ObjSvrID=2046&ObjID=623&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1543821805](https://www.dithmarschen.de/PDF/Adressen_Verwaltungsstrukturen.PDF?ObjSvrID=2046&ObjID=623&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1543821805), abgerufen am 2.12.2019

Landesdatenbank NRW

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data/sid=C01CC2484EDCCDF9DD7569BE59A12BB.ldb1?operation=previous&levelindex=3&levelid=1575895394546&levelid=1575895351113&step=2> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Maslowsche Bedürfnispyramide

<http://www.centeredlearning.de/fuehrungsfahigkeiten/mitarbeitermotivation/maslowsche-beduerfnispyramide/#1> - zuletzt geprüft am 19.06.2017

Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“

[http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aktuelles/190710-Massnahmen-Bundesregierung-Gleichwertige-Lebensverhaeltnisse.pdf;jsessionid=EDDB-BACD0C4D827315E5454342F206CB.1\\_cid380?blob=publicationFile&v=1](http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aktuelles/190710-Massnahmen-Bundesregierung-Gleichwertige-Lebensverhaeltnisse.pdf;jsessionid=EDDB-BACD0C4D827315E5454342F206CB.1_cid380?blob=publicationFile&v=1) – zuletzt geprüft am 19.12.2019

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 17.04.2019

<https://www.mpib-berlin.mpg.de/unstatistik-fragwuerdiges-staedte-ranking> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Raumordnungsgesetz (ROG) - § 2 Grundsätze der Raumordnung

[https://www.gesetze-im-internet.de/rog\\_2008/\\_2.html](https://www.gesetze-im-internet.de/rog_2008/_2.html) - zuletzt geprüft am 19.12.2019

WAZ, 25.05.2018: „ZDF-Studie zeigt: In Gelsenkirchen lebt es sich besonders mies – jetzt reagiert der Oberbürgermeister“

<https://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/zdf-studie-gelsenkirchen-oberbuergemeister-frank-baranowski-leben-qualitaet-armut-id214387209.html> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Website Mythos 1904

<https://www.mythos1904.de/401ge/> - zuletzt geprüft am 11.12.2019

Zentrale Orte und Stadtkerne Schleswig-Holsteins

[https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung\\_raumordnung/Downloads/zentrale\\_orte\\_stadtrandkerne.pdf;jsessionid=8B1698E0792E7AAD28B185DF2597BBE0.delivery2-replication?blob=publicationFile&v=1](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/Downloads/zentrale_orte_stadtrandkerne.pdf;jsessionid=8B1698E0792E7AAD28B185DF2597BBE0.delivery2-replication?blob=publicationFile&v=1) - zuletzt geprüft am 02.12.2019

Zweites Sozialgesetzbuch §16i - Grundsicherung für Arbeitsuchende (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954)

[https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_2/\\_16i.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/_16i.html) - zuletzt geprüft am 19.12.2019

## 9. Anhang

Tabelle 13: Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse in ausgewählten Studien

Raumordnungsbericht 2011 BBSR 2012	Unser Plan für Deutschland BMI 2019	Disparitäten- Bericht FES 2019	Deutschland- Studie ZDF/Prognos 2018	Teilhabeatlas Berlin-Institut 2019	IW Köln 2019
Demografie		Wanderungen			Demografie
Wirtschaft	Wirtschaft und Inno- vation	Wirtschaft, Be- schäftigung, Ar- beitsmarkt		Wirtschaftliche Teilhabe	Wirtschaft
Wohlstand		Wohlstand und Ge- sundheit			
Infrastruktur	Digitale Infrastruktur und Mobilität			Breitbandversorgung	Infrastruktur
	Soziale Daseinsvor- sorge	Bildungs- und Le- benschancen	Gesundheit und Sicherheit	Versorgung	
Arbeitsmarkt			Arbeit & Wohnen		
Wohnungsmarkt	Räumliche Struktu- ren und Wohnraum				
	Finanzsituation der Kommunen				
	Engagement und Zusammenhalt	Staatliches Han- deln und Partizipa- tion			
			Freizeit und Natur		
				Soziale Teilhabe	

Quellen: BBSR 2012, 2017; BMI 2019b; FES 2019; Prognos 2018; Berlin-Institut 2019; IW Köln 2019.

Tabelle 14: Anzahl der Zeitungsartikel nach Schlagworten

Schlagworte	Dithmarschen	Gelsenkirchen	Mansfeld-Südharz	Insgesamt
Infrastruktur	197	256	195	648
Lebensqualität	124	150	41	315
Teilhabe	100	178	31	309
Strukturwandel	6	281	14	301
abgehängt	36	60	11	107
kommunale Haushaltslage	82	2	4	88
Lebensverhältnisse	10	35	30	75
Daseinsvorsorge	17	27	12	56
Summe	572	989	338	1.899

Quelle: IAT.